

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3.00 M., monatlich 1.10 M.,
vierteljährlich 2.80 M., halbjährlich 5.40 M.,
jährlich 10.00 M. ...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Gebühr für die sechsstelligen Nummern-
blätter über deren Raum 50 Wfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Wfg. ...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1983.

Samstag, den 19. August 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Zum Protokoll
der Gewerkschaftskonferenz.

(Schluß.)

Wir haben bisher vor allem das Einigende aus den
Reden der Gewerkschaftsvertreter hervorgehoben. Aber es
hieß in der Tat, sich und der Partei Scheuflappen anlegen,
wollte man sich verhehlen, daß auf der Konferenz auch manche
Neuerung gefallen ist, die auf recht bedenkliche Auffassungen
schließen läßt und beweist, wie dringend nötig es wäre, daß
man sich in den Kreisen der Gewerkschaftsführer etwas mehr
mit der sozialistischen Theorie vertraut mache.

Die seltsamsten Neuerungen stammen vom Genossen
Bringmann, dem Redakteur des „Zimmerer“. Dieser
Genosse forderte ganz offen die Schaffung einer „gewerk-
schaftlichen Theorie“. Er meinte damit offenbar nicht
eine aus den bisherigen internationalen gewerkschaftlichen
Erfahrungen abgeleitete Theorie des gewerkschaftlichen
Kampfes und seiner besten Methoden, sondern ihm schwebte
vermutlich die Idee vor, daß die marxistische, sozialistische
Klassenkampftheorie veraltet und überwunden sei und durch
eine neue Theorie ersetzt werden müsse, die den Gewerk-
schaften die Rolle des ersten und vielleicht
einzigen Trägers des Klassenkampfes zuweise.
Ähnliche Ansichten sind ja auch schon von anderer Seite ge-
äußert worden. Rezhäuser hat ja seinerzeit den Vor-
schlag gemacht, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion
durch eine Gruppe parlamentarischer Gewerkschaftsvertreter
zu ersetzen. Und auch Genosse v. Elm hat einmal die in der
sozialdemokratischen Partei verkörperte politische Organi-
sation des Proletariats als einen den Gewerkschaften und
Genossenschaften gegenüber sekundären Faktor bezeichnet.

Wir haben in unserem geistigen Artikel auseinandergesetzt,
welche Betätigungsbereiche der sozialdemokratischen
Auffassung nach der politischen und der gewerkschaftlichen
Organisation zufallen. So wenig natürlich infolge des
sozialistischen Geistes, der beide Organisationen erfüllen muß,
und der in der gemeinsamen Führerschaft sich verkörpernden
Personalunion eine scharfe Scheidung beider Teile der
Arbeiterbewegung vorgenommen werden kann, so un-
möglich ist es andererseits, daß jemals der eine Teil den
anderen Teil auffaugen und überflüssig machen
könnte. Der Gedanke, die Gewerkschaften auch zum Träger
des politischen Klassenkampfes zu machen, ist entweder
anarchistisch oder — ultrarevisionistisch. Er
bedeutet im ersteren Falle Preisgabe der organischen Gewerk-
schaftsarbeit zugunsten einer putschistischen Generalstreik-
taktik; im zweiten Falle Preisgabe des entschiedenen, soziali-
stischen Klassenkampfcharakters zugunsten einer prinzipien-
losen, verbürgerlichten Trades Unionpolitik. Diese bürger-
liche Verwässerung der reinen Gewerkschaftspolitik würde
eintreten, auch wenn ihre Anhänger sie zunächst gar nicht
wollten. Wir glauben gern, daß Bringmann ehrlich davon
überzeugt ist, vermittelst der Gewerkschaften und eines von
ihnen nach einer neu zu entdeckenden Gewerkschaftstheorie zu
führenden „Klassenkampfes“ den Kapitalismus überwinden
zu können. Aber da die neue Gewerkschaftstheorie sich ja
nach den Tagesbedürfnissen der Gewerkschaftspraxis richten
soll, statt umgekehrt diese nach den von der Theorie auf-
gestellten Prinzipien, würde die neue Theorie nichts sein, als
die in ein System gebrachte opportunistische
Grundtatlosigkeit!

Die Gewerkschaften können niemals die einzigen Träger
des proletarischen Klassenkampfes werden. Sie können, neben
der politischen Bewegung, wohl durch materielle und moralische
Hebung des Proletariats den Klassenkampf gewaltig fördern
und, z. B. bei einem politischen Massenstreik, ihre ökonomische
und materielle Macht auch direkt in politische Macht umsetzen,
allein die eigentliche systematische Führung des politischen
Kampfes werden sie allezeit der Partei überlassen müssen,
ebenso wie umgekehrt die Partei bei allem guten Willen gar
nicht in der Lage wäre, die spezifischen Aufgaben der Gewerk-
schaften durch ihre politische Organisation mit übernehmen
zu können.

Es fällt uns nicht ein, für die verworrenen Ansichten
des Genossen Bringmann die Gewerkschaftsvertreter in der
Gesamtheit verantwortlich zu machen. Wir beleuchteten sie
nur etwas näher, um zu zeigen, daß immerhin einzelne
Gewerkschaftsführer von höchst bedenklichen Illusionen he-
fallen sind. Auch das Wort des Genossen Sue, Partei und
Gewerkschaften befänden sich in einer Krise und man
wage nur nicht auszusprechen, was man
denke, oder die Neuerung v. Elms, die gegenwärtige
sozialdemokratische Politik leiste sehr wenig (Zuruf: Gar
nichts!), geben denn doch sehr ernstlich zu denken! All
diese Ausprüche zeugen ja keineswegs von irgendwelcher
Böswilligkeit gegenüber der Partei, aber sie beweisen um so
schlagender, welche verhängnisvolle Folgen die
Weglassung der sozialistischen Theorie nach
sich zieht!

Genosse Bömelburg und andere Genossen führten
erregte Beschwerden dagegen, daß man die Gewerkschaftsführer
als „gehobene Existenzen“ (Bömelburg sagte etwas derber
„vollgefressene Kerle“) revisionistischer Neigungen bezichtige.

Nun, weder Kautsky, noch Mehring, noch Rosa Luxemburg,
noch der „Vorwärts“-Redaktion ist es jemals eingefallen, die
Abneigung mancher Gewerkschaftsführer gegen die sozialistische
Theorie, die sozialistischen Prinzipien auf die „gehobene
Existenz“ oder gar die „Vollgefressenheit“ der Gewerkschaftsführer
zurückzuführen. Ein Mensch, der einmal mit tieferem Verständnis
und seelischer Leidenschaft die sozialistische Ideemwelt in sich
aufgenommen hat, bleibt glühender Sozialist auch in noch so
gehobener Lebenslage. Wenn Literaten, die aus Eitelkeit
oder aus einem unklaren ethischen oder ästhetischen Gefühls-
sozialismus zur Sozialdemokratie gekommen sind, derselben
später, wenn sich ihnen innerhalb der Bourgeoisie bessere
Chancen des Fortkommens öffnen, wieder den Rücken kehren,
so beweist das ebensowenig dagegen, wie das ja nicht seltene
Renegatentum von Proletariern, die entweder selbständig ge-
worden oder in einen industriellen Beamtenposten aufgerückt
sind. Diese Leute waren eben niemals wahre Sozialdemo-
kraten, sie ließen nur mit aus Herdeninstinkt und
naivem materiellen Interesse. Da wir nun vom Charakter
und der Intelligenz unserer Gewerkschaftsbeamten nichts
weniger als gering denken, konnte es uns nie
in den Sinn kommen, ihnen zuzutrauen, daß sie infolge einer
„gehobenen Lebenslage“ gleich dem erstbesten Streber oder
Philister ihre Ueberzeugung wechselten. Nein, was die ge-
nannten Radikalen an manchen Gewerkschaftsführern beklagten,
war, daß sie infolge ihrer langjährigen einseitigen Betätigung
auf dem Gebiete gewerkschaftlicher Kleinarbeit allmählich, und
ihnen selbst ganz unmerklich, den Blick für das Große und
Allgemeine verloren. Nicht, weil „für sie selbst die soziale
Frage gelöst“ war, machte sich bei ihnen ein gewisser Zug
geistiger Enge und Verunsicherung bemerkbar, sondern weil
die sie völlig absorbierende, oft bürokratische
oder rein geschäftsmäßige Tätigkeit ihrem der Beschäftigung
mit größeren Problemen entzöhlten Intellekt in ganz
natürlicher Weise ihren Stempel aufgedrückt hatte.
Schon die Behäbts weisen auf diesen geistigen Typus als
das Ergebnis einseitiger Gewerkschaftstätigkeit hin: den Typus
des gewissenhaften, umsichtigen Verwaltungsbeamten und des
klugen, gewiegten Kalkulators. Politischer Weitblick und Sinn
für theoretische Probleme gingen diesem Typus freilich voll-
ständig ab.

Daß auch in Deutschland die Tätigkeit zahlreicher
Gewerkschaftsbeamten eine derart anspruchsvolle ist, daß ihnen
gar keine Zeit mehr bleibt, sich auch noch mit politischen
Dingen zu beschäftigen, hat unlängst ein Gewerkschafts-
angehöriger, Genosse Duiß, Redakteur an der „Metallarbeiter-
zeitung“, selbst in einem Artikel nachgewiesen. Unter
solchen Umständen ist es kein Wunder, daß es Gewerk-
schaftsbeamte gibt, auf die die Charakteristik der Historiker
der englischen Gewerkschaftsbewegung vollständig zutrifft. Aus
mangelndem Verständnis für die Theorie macht man aus der
Not eine Tugend und erklärt die Theorie für etwas Ueber-
flüssiges. Ein Lot Praxis sei besser als ein Scheffel Theorie
— eine Plattheit der Auffassung, die für den proletarischen
Klassenkampf geradezu verhängnisvoll werden könnte, wenn
sie auch nur im Gewerkschaftsleben die Oberhand gewänne.

Es ist also nicht zu leugnen, daß der gewerkschaftliche
Spezialismus eine gewisse Gefahr darstellt, die auf die
eine oder andere Weise bekämpft werden muß. Die
Gründung der Unterrichtskurse für Gewerkschafter beweist ja, daß
in Gewerkschaftskreisen selbst die Einsicht verbreitet ist, daß es
notwendig sei, größeres Wissen über die fundamentalen Fragen
des gesellschaftlichen Lebens zu verbreiten. Auch die von der
Partei eingerichteten Unterrichtskurse dürften die theoretischen
Kenntnisse zu vertiefen geeignet sein und dadurch den Ge-
fahren des einseitigen Spezialismus entgegenwirken. Freilich
darf man seine Hoffnungen nicht etwa zu hoch spannen und
erwarten, daß die Besucher der betreffenden Kurse nun in
einem halben oder auch ganzen Jahre selbst zu einer Art
Theoretiker gemacht werden könnten. Nein, die in den
Kursen gewonnene Bereicherung des Wissens wird vor
allen Dingen die Schüler erst einmal zu jener Ver-
scheidenheit und Vorsicht des Urteils über die
schwierigen ökonomischen und historischen Probleme erziehen,
die manche „Praktiker“ heute so oft vermissen lassen. Sie wird
ihnen Respekt vor der Theorie einflößen und ihnen die
Schranken zeigen, die in größeren und komplizierten
Fragen dem Urteil derer gezogen sind, die sich auf nichts als
die praktischen Erfahrungen innerhalb eines beschränkten
Tätigkeitsfeldes stützen können.

Dann, bei richtiger Würdigung der Theorie, wird es auch nicht
mehr passieren können, daß man Theoretikern das Recht zu einem
Urteil über Grenzen der gewerkschaftlichen Aktion bestreitet,
weil sie — nicht einmal einer Gewerkschaft angehörten und
gar keine Kenntnisse des praktischen Gewerkschaftslebens be-
säßen. Ja, wenn die betreffenden Theoretiker es sich einfallen
lassen wollten, den Gewerkschaftspraktikern Vorlesungen zu
halten über Fragen der täglichen Praxis und der
Verwaltung, dann wäre die Anzweiflung ihrer Autorität
berechtigt. Wenn es sich jedoch um die Verwertung der ge-
werkschaftlichen Tätigkeit im Hinblick auf den Emanzi-
pationskampf des Proletariats handelt, so steht
nicht dem Gewerkschaftspraktiker, sondern dem Theoretiker das
Urteil zu, da nur er die dazu erforderlichen geschichtlichen und
sozialökonomischen Kenntnisse besitzt.

Die Reibungen zwischen der Partei und den Gewerk-
schaften werden nicht mit einem Tof, und ganz vielleicht nie, zu

beheben sein. Aber Partei und Gewerkschaften sollten die
Ursachen der Reibungen ehrlich da suchen, wo sie wirklich
vorliegen, und diese Ursachen dann ernstlich zu beseitigen
bemüht sein. Auf die Ursachen haben wir ja hin-
gewiesen. Mittel der Heilung aber sind: Unausgesetzte
Vertiefung der theoretischen Erkenntnis, möglichste Ent-
lastung der Beamten, um ihnen dadurch Gelegenheit zu
geben, sich auch auf anderen Gebieten zu betätigen,
die Pflege sozialistischen Geistes auch im Rahmen der Gewerk-
schaften, und schließlich vor allem engste Fühlung
zwischen Partei und Gewerkschaften, um das
Gefühl der Zusammengehörigkeit und der prin-
zipiellen Einheit der Auffassung immer
kräftiger erstarren zu lassen!

Nach Sibirien!

Zwei Tapferer sind auf dem Wege nach der sibirischen Eiswüste.
Die „Leipziger Volkszeitung“ meldet in ihrer Freitag-Nummer:

Soeben erhalten wir die Nachricht, daß vorgestern die Ge-
nossen Parvus und Leo Deutsch nunmehr tatsächlich verhaftet
worden sind. Und zwar ist ihnen das kleine, wenig mehr als
200 Einwohner zählende sibirische Dorf Turuchansk! am
Flusse Jenissei als Aufenthaltort angewiesen worden.
Dieses Turuchansk! gilt unter den russischen Revolutionären als
ein Platz ganz besonderer Qualen — die an und gelangte Nach-
richt aus Rußland bezeichnet den im nördlichsten Sibirien, dicht
am Polarkreise liegenden Verbannungsort ausdrücklich als
„furchtbar“. Je drei Jahre sollen unsere wackeren Mitkämpfer
dort zubringen!

Parvus und Deutsch — der Jarrismus führt alle Leute
in die Verbannung! Zwei der Besten sind in seine Hand gefallen!
Der Name Deutsch ist den deutschen Genossen nicht minder
vertraut wie der Name Parvus. Ein schwarzes Blatt der
deutschen Geschichte verzeichnet ihn. Deutsch war im Jahre 1884
das Opfer Bismarckschen Liebedienstes für den russischen Nachbar.
Der Flüchtling, der aus dem Gefängnis des Zaren entlassen war,
der in der Schweiz ein Asyl gefunden hatte, wurde, als er in jenem
Jahre deutschen Boden betrat, in Freiburg im Breisgau verhaftet
und an Rußland ausgeliefert. So verknüpft sich mit dem Namen
Deutsch eine jener unmenschlichkeiten, die jedem erliebenden
Deutschen die Schamröte ins Gesicht treiben. Sechszehn Jahre
— er hat sie in seinem Buche: „Sechzehn Jahre in Sibirien“ ge-
schildert — hat Deutsch die Qualen Sibirians getragen. Sie haben
den Mann, der als Jüngling Revolutionär wurde, nicht gebochen.
Im Jahre 1901 flieht Deutsch aus Sibirien und erreicht das
schützende Asyl in Europa. Aber als die Kunde von der russischen
Revolution ihn erreicht, da verläßt er das Asyl. Furchtlos, nur
seiner Pflicht gehorchend, eilt er über die Grenze, hinter welcher
abermals der Kerker drohte, und trat in die Reihen der Kämpfenden.
Und jetzt geht er, der 34jährige, nochmals denselben Tränenweg,
den der 30jährige einst gewandert ist.

In Deutsch knüpft uns deutsche Sozialdemokraten die Ge-
innerung an sechzehn furchtbare Jahre, die die Regierung des
Deutschen Reiches als geborener Büttel des russischen Absolutismus
über ihn gebracht hat. In Parvus knüpfen uns Jahre gemeinsamer
Arbeit. Denn er war unser. Stolz dürfen wir's sagen, daß die
deutsche Sozialdemokratie ihm die Stätte eines Wirkens gab, als die
Reaktion in Rußland dem sozialistischen Publizisten und Theoretiker
jede Betätigung unmöglich machte. Aber was die deutsche Sozial-
demokratie dem Genossen Parvus gegeben, das hat sie von ihm
mit Würde zurückgehalten. Eine glänzende Feder und ein
tiefgründiges Wissen und nie ermüdende Arbeitskraft hat er in
ihren Dienst gestellt. Wo es galt, die Erkenntnis der Partei vor
Verdunkelung zu schützen, da war er voran. Seine erste Schlacht
schlug er gegen das Agrarprogramm in der „Sächsischen Arbeiter-
zeitung“. Dann folgte ein glänzender Woffengang gegen jene
„Neue Zeit“-Artikel Bernsteins, die die Vorläufer seiner „Voraus-
setzungen“ waren. Von der deutschen Reaktion von der Stätte
seines Wirkens an der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ aus Dresden,
aus Thüringen vertrieben, fand er schließlich eine Zuflucht in
München. Mit seiner „Weltpolitischen Korrespondenz“ hat er von
dort aus weiter an seinem Werke gearbeitet.

Was ihn die praktische Arbeit rief. Was ihn die Revolution
rief. In den stürmischen Oktobertagen traf er in Petersburg ein,
in jenen Kampfjahren socht er noch mit, da der Zar endlich die ersten
Schritte zu einer Verfassung tun mußte zur Duma-Einkehrung.
Kurze Zeit, in den Frühlingstagen der jungen Freiheit, leitete
er eines der jungen sozialistischen Blätter Petersburgs, den
„Ratichalo“. Dann stieß die Welle, die Gegenrevolution brach
herein und führte ihn in den Kerker, und jetzt nach Sibirien!
Ehre dem Tapferen, dem Pflichtgetreuen! Deutsch und Parvus,
diese beiden Namen werden eingetragen werden ins goldene Buch
der Sozialdemokratie und werden Tausende und Abertausende
begeistern zu opferwilliger Tat.

Die „Leipziger Volkszeitung“ schrieb am Schluß ihres
Meldung:
„Und nun noch eine Bemerkung an die Adresse aller derjenigen,
die leider nicht nur im Lager der Gegner, sondern auch in der
eigenen Partei zu finden waren, — aller derjenigen, die vor gar
nicht allzu langer Zeit noch sich nicht genug zu tun trauten in
wilder Schmäherung der „radikalen im Auslande lebenden Russen“.
Die zu feige seien, selbst Leben und Freiheit einzuflehen im großen
Kampfe der Revolution. Wie stehen diese Leute jetzt da? Rosa
Luxemburg, Parvus, Leo Deutsch und ungezählte andere haben,
zu Holz, auf solche Anwürfe mit Worten zu reagieren, durch die
Tat die Antwort auf alle jene niedrigen Anwürfe gegeben. Werden
jetzt wenigstens die eigenen Parteigenossen der Geschmäherer —

Von den Gegnern a la Rippler und Kronsbain erwarten wir das selbstverständlich nicht — offen eingeschoben, wie bitteres Unrecht sie an den Wädern unserer Mißreiter verübt haben? Wir wollen es abwarten."

Die russische Revolution.

Die Ansichten der Regierung.

Die linksstehende Petersburger Zeitung „Karob“ berichtete am 12. August: In den letzten Tagen begannen Gouvernementsberichte als Antwort auf Stolypins Juni-Zirkular im Ministerium des Innern einzugehen. Im erwähnten Zirkular hatte Stolypin die Gouverneure beauftragt, durchzuprüfen, welches Resultat in jedem Gouvernement im Falle einer Wiederwahl der Dumamitglieder auf Grund des allgemeinen Stimmrechts erlangt werden kann, und zu berichten, mit welchem Erfolge es möglich sei, durch Vermittlung administrativer Einwirkung das Eindringen regierungsfeindlicher Elemente in die Duma zu verhindern. Gegenwärtig sind die Antworten aus den Gouvernements Voroneisch, Samara, Ufa, Tschernigow, Wolhynien, Bessarabien und Tula eingetroffen. Die Mehrzahl der Antworten ist beinahe gleichartig und geht dahin, daß gar keine Gründe vorhanden sind, um auf einen für die Regierung günstigen Verlauf neuer Wahlen zu rechnen. Nur der Gouverneur von Tschernigow glaubt, daß die Administration bei genügender Talfrucht „ruhige und besonnene“ Elemente in die Duma hineindringen kann.

Bei dieser Sachlage wird die Flut widersprechender Telegramme erklärlich, die einmal über eine baldige Einberufung einer Duma berichten, ein andermal dieselbe dementieren.

Zucker für die Revolution.

Krasnau, 18. August. Unter den Trümmern des niedergebrannten Transmagazins der Wiener Expeditionsfirma Leinwand fand die Polizei 30 mit Revolvern gefüllte Kisten, die als Zucker deklariert waren. Die Revolver waren für Rußland bestimmt und wurden beschlagnahmt.

Die offiziell geschützte schwarze Bande.

Während die Mehrzahl der liberalen und sozialistischen Blätter suspensiert sind, sehen die Zeitungen der schwarzen Bande ihr Treiben maßlos fort.

Nr. 36 des „Bjelsche“ bringt ein Bild, das „feierlicher Empfang der Dumadeputierten“ betitelt ist. Das Bild stellt dar, wie heimkehrende Dumamitglieder und Intellektuelle von Hooligans verprügelt werden mit den Worten: „Da habt Ihr Säuren die Amnestie! Da habt Ihr Euer Nieder mit dem Jaren! Da habt Ihr Euer Nieder mit Christus, Euer Nieder mit der Todesstrafe“ usw.

In der Verwallung für Handel und Industrie sind auf einer weit sichtbaren Stelle die Abzeichen der Partei des aktiven Kampfes gegen die Revolution“ und des „Verbandes der ehrwürdigen Männer“ (bekannte Bogrom-Organisationen) zur Schau ausgestellt. Diese Abzeichen sind kunstvoll ausgeführt und sollen offenbar zum Anschließen an die Organisationen locken. (XX. Jahrb., 12. August.)

Zur Erläuterung sei hinzugefügt, daß die mit diesen Abzeichen versehenen Leute in den Arbeitervorständen und bisweilen auch anderswo allerlei Verbrechen, Mord, Totschlag an Andersdenkenden verüben und immer den Schutz der Polizei und der Kasaken genießen.

Unterdrückung von Verbänden.

Die Versuche der Regierung, die Berufsorganisationen und gewerkschaftlichen Verbände zu vernichten, dauern fort. Folgende Meldungen liegen vor:

„XX. Jahrhundert“ (11. August). Petersburg: Die Räumlichkeiten des Verbandes der Handlungsgehilfen wurden zugesperrt. Am 10. August wurden die Räumlichkeiten des Verbandes der Ingenieure und des Verbandes der Kontoristen und Buchhalter gesperrt. Wie das „XX. Jahrhundert“ vom 14. August meldet, wurden die Schlüssel des Raumes des Ingenieurverbandes am selben Abend dem Ingenieur Feodorowitsch zurückgegeben.

„Karob“ (11. August). St. Petersburg: Am 10. August wurde im Zentralbureau der gewerkschaftlichen Verbände eine Hausdurchsuchung vorgenommen, viele Papiere und Bücher beschlagnahmt und das Bureau geschlossen.

„XX. Jahrb.“ (12. August). St. Petersburg: Am 10. August erschien die Polizei im Vorstandsraum des Verbandes der Arbeiter der Konfekt-, Schokoladen- und Biskuit-Fabriken; die Hausdurchsuchung ergab nichts Verstecktes. Auf Grund des außerordentlichen Schutzes wurde die Tätigkeit des Verbandes suspendiert. Ergänzend fügt dieselbe Zeitung hinzu, daß zahlreiche Abteilungen des Metallarbeiterverbandes und in beinahe sämtlichen Verbänden Hausdurchsuchungen vorgenommen worden sind.

„XX. Jahrhundert“ (14. Aug.). St. Petersburg. Am 11. August wurden auf Befehl des Stadthauptmanns die Räumlichkeiten des Wäderverbandes geschlossen. Auf Befehl des Stadthauptmanns wurde der Verband der Gesellen und Handlungsgehilfen der Uhrmacherbranche geschlossen.

In Moskau wurde der Buchdruckerverband noch während des Streiks geschlossen. Einige andere Moskauer Verbände waren noch früher geschlossen (Bäder, Kartonnage-Arbeiter). Am 11. August wurde der Arbeitlosenrat geschlossen („Swobodnaja Schim“, 12. August).

„Russkija Wjedomosti“, 14. August, Moskau: „In den letzten Tagen sind die gewerkschaftlichen Verbände der Metallarbeiter, der Elektrotechniker und der Verband der Handels- und Industriearbeiter, Einigkeit ist Macht“ genannt, von den Behörden geschlossen worden.“ Am 12. August wurde außerhalb der Stadt Moskau eine Versammlung der Schaffner und Schmieße der Eisenbahn Moskau-Kasau abgehalten. Die Frage der Beteiligung am Eisenbahnerverband wurde debattiert. Die Versammlung wurde von der Polizei auseinandergetrieben und 32 Personen verhaftet.“

Blutopfer.

Petersburg, 18. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Kriegsgesicht hat 17 Matrosen vom „Pamiat Kowow“ und einen Agitator zum Tode verurteilt. Das Urteil ist an allen 18 Personen heute früh vollstreckt worden.

Attentate.

Warschau, 18. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Auf den Generalgouverneur Skalon wurde heute nachmittags ein Attentat verübt. Als seine Equipage kurz nach 4 Uhr durch die Ratskammer fuhr, wurden drei Bomben unter sie geworfen, von denen eine verfehlte. General Skalon wurde nicht verletzt. Auf einem Hausballon wurde eine vierte Bombe gefunden.

Nobiles Festen.

Am 15. August der „Russ. Kor.“ geschrieben: Am letzten Freitag ritt ein Detachement der Chevaliergarde, eines der vornehmsten Regimenter, vormittags 11 Uhr durch die Schergewerkschaft. Die Kompanen sämterten und eine vorübergehende Dame bemerkt: „Sehen Sie, wie lustig sie daherreiten, als hätten Sie Fort Arthur erobert.“ Die Umstehenden lachen, ein Offizier des Regiments hört es. Die Abteilung sprengt zurück. Die Passanten fliehen. Die Dame, welche das Scherwort gesagt, holt man ein und sie wird unter Strafen in eine Drochse gesetzt und unter Bedeckung zum Offizierskasino des Chevaliergarderegiments gebracht. Man stellt dort fest, daß es ein Fräulein Anna Spiridonowna Smirnowa ist. Mehrere Offiziere treten aus dem Kasino, und das Ende vom Liede ist, daß die Dame auf den Hof geführt wird und daß dort sieben Soldaten den Auftrag erhalten, Fräulein Smirnowa 25 Peitschenhiebe aufzusetzen. Das geschieht. Darauf gibt einer der Offiziere des „vornehmsten“ Petersburger Regiments den Soldaten die nicht mißzuverstehende Anweisung: „Zu mit dem Säbel, was ihr wollt.“

Die Befehmung der Soldaten verbot ihnen, die Weisung ihrer „abligen“ Vorgesetzten zu befolgen und so kam die Gefaslagene zwar mit furchtbaren Verletzungen auf dem Rücken, aber ohne daß der Wink des Offiziers befolgt worden wäre, davon. Ihr Bruder teilt den Sachverhalt jetzt öffentlich in den Zeitungen mit und die Empörung der Gesellschaft ist eine furchtbare; sie wird gesteigert, da der Rücken der Smirnowa für die Gerichte photographiert worden ist und diese Photographien jetzt man empört herum. Man sieht deutlich, wie der Rücken der Frau zerlegt ist.

Man denke sich die Sachlage. Am helllichten Tage in einer Straße, die etwa unterer Wilhelmstraße entspricht, lassen Offiziere eine Dame für ein leichtfertiges Wort ergreifen. Sie schleppen sie in die Kaserne und sie erhält 25 Peitschenhiebe, daß sie zusammenbricht und dann krank daniederliegt, und sie wird vor dem schrecklichsten Attentat nur gerettet, weil die „gemeinen“ Soldaten menschlicheres Empfinden haben als die „vornehmen“ Offiziere des vornehmsten Regiments, dessen Kommandeur der Fürst Jusupow und dessen Oberbefehlshaber niemand anderes als die Kaiserin-Mutter ist.

Natürlich ist nichts geschehen, um eine Sühne für diese schreckliche Vergewaltigung herbeizuführen, und man hat keine Hoffnung, daß etwas geschehen wird. Einem so „vornehmen“ Regiment wie der Chevalier-Garde müssen solche kleine Gewalttaten gegen eine wehrlose Frau erlaubt sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. August.

Die Vertuschung der kolonialen Korruption.

Die „Germania“ und die „Märkische Volkszeitung“ nehmen bezeichnenderweise auch jetzt noch nicht Notiz von der interessanten Enthüllung des Stuttgarter Erzbergermoniteurs! Die Tatsache, daß der Reichskanzler bereits im Jahre 1904 durch den Kolonialbeamten Böplau unter Anführung ganz bestimmter Namen und Tatsachen von der Kolonialkorruption unterrichtet war, sich aber erst dann, zwar nicht zu einer Untersuchung dieser Kolonialskandale sondern nur zu dem Versprechen, eine solche einleiten zu wollen, entschloß als freisinnige und Zentrumsabgeordnete ihn wegen der von Böplau mitgeteilten Kolonialskandale interpellierten, ist der Berliner Zentrumspresse so wenig bedeutsam, daß sie auch jetzt noch sie mit dem Schleier der Discretion zudeckt! Und dabei wagten gerade diese Blätter, der Kolonialverwaltung vorzuwerfen, daß sie nur gegen Unterbeamte vorgehe, aber die für das Vertuschungssystem eigentlich Verantwortlichen unbehelligt lasse!

Dies Vertuschungssystem wird sich freilich nicht aufrecht erhalten lassen. Drückt doch jetzt auch die freisinnige Presse die Dokumente des „Deutschen Volksblattes“ ab. Das „Berliner Tageblatt“ macht dazu die Bemerkung:

„Dann hat sich das Vertuschungssystem durchaus nicht bloß auf die Kolonialabteilung selbst beschränkt. Die selbstherrlichen Geheimräte dieser Abteilung hätten schon längst abgewirtschaftet gehabt, hätten ihnen nicht ihre direkten Vorgesetzten die Stange gehalten. Das läßt die eifrigen Versicherungen, es solle jetzt alles anders werden, mit einiger Skepsis ansehen.“

Daß sich übrigens auch Disziplinargerichte zu dem System der Korruptionsvertuschung bekannt haben, geht aus folgenden Stellen des Erkenntnisses hervor, das der Disziplinargerichtshof gegen Böplau gefällt hat:

„Die Sodenschen Briefe (über Herrn v. Puttkamer) und der Bericht (des Grafen Rittberg über die Grausamkeiten des Hauptmanns v. Vesser in Kamerun) waren ganz besonders geeignet, dem Auswärtigen Amt bei einer Veröffentlichung Unannehmlichkeiten zu bereiten, weil ein hoher Beamter den anderen (v. Puttkamer), der später doch den Gouverneurposten erhielt, des Leichtsinns und der unverbesslichen Spielsucht ziele, und weil ein Offizier dem anderen (v. Vesser) Grausamkeiten zum Vorwurf machte, ohne daß eine Befragung eingetreten wäre, welche in der Öffentlichkeit als ausreichend erachtet worden sein würde.“

Die Disziplinargerichte haben sich, so bemerkt das „Deutsche Volksblatt“, hiernach zu der Ansicht bekannt: Besser, daß Gesetz und Ordnung verletzt werden, besser, daß Handlungen, wie die des v. Puttkamer und v. Vesser verheimlicht oder, um die Worte des Herrn Reichskanzlers zu gebrauchen, verkleistert und vertuscht werden, als daß dieselben der Öffentlichkeit bekannt und in einer Weise geahndet werden, welche die Öffentlichkeit als ausreichend erachtet. Wie das „Deutsche Volksblatt“ ferner hervorhebt, hat Böplau dieser durchaus falschen Anschauung, daß die Disziplin über dem Recht stehe, seine Verurteilung zur Dienstentlassung zu verdanken!

Wiedergegeben sei übrigens noch eine Auslassung der „Kölnischen Zeitung“. Dies Blatt sagte kürzlich in einem Artikel: „Große und kleine Diebe“ das Folgende:

„Wir begegnen vielfach, und zwar nicht nur in der eigentlichen kolonialfeindlichen Presse, dem Ausdruck der Befürchtung, daß die jetzt in kolonialen Angelegenheiten schwebenden Untersuchungen nicht zu einer gründlichen Reinigung führen, sondern daß durch dem herrschenden Vertuschungssystem nicht viel dabei herauskommen werde. Wohl am härtesten wird das in der „Germania“ zum Ausdruck gebracht, die schreibt: „Wir halten es deshalb auch nicht für ausgeschlossen, daß die ganze Sache schließlich im Sande verläuft und am Schluß nur ein paar untergeordnete Beamte bestraft werden, nicht, weil sie selbst etwas Schlechtes begangen, sondern weil sie den Mut und das Selbstbewußtsein gehabt haben, dem Treiben derjenigen, welche sie für Millionen-Diebe halten mußten, nicht ruhig zuzusehen.“ Die in diesen Worten enthaltene Unterstellung enthält eigentlich den schlimmsten Vorwurf, der einer anständigen Regierung gemacht werden kann. Man kann es nur als ein ganz demagogisches Verfahren Jenningsen, wenn gegen eine Regierung die Anschuldigung erhoben wird, daß sie Verbrecher straflos lassen könnte, dagegen diejenigen strafen wolle, die die Verbrechen ans Tageslicht gebracht haben. So weit sind wir denn doch noch nicht.“

Wohlfahrt bemerkt dazu die „Freisinnige Zeitung“: „Diese Worte sind unzweifelhaft dem Reichskanzler aus dem Herzen gesprochen, und es darf wohl erwartet werden, daß hiernach bei der Untersuchung der Kolonialskandale genau gehandelt werden wird.“

Vom Bierkrieg.

Die von uns neulich besprochenen Versuche der Großbrauereien, die Biersteuer auf die Konsumenten abzuwälzen und bei dieser Gelegenheit gleich noch seinen gehörigen Extra-Mehrsatz einzubehalten, begegnen in ganz Mitteldeutschland einem unerwartet starken Widerstand. In einer ganzen Reihe von Ortschaften haben die Brauereien infolge des Boykotts ihre Preiserhöhungen bereits wieder rückgängig machen müssen. Anderwärts tobt der Kampf noch. In Koburg war der Bierkrieg bereits am Mittwoch beendet. Die vereinigten Brauereien Südhairngens beschloßen, auf den alten Preis zurückzugeben! Dasselbe beschloßen am gleichen Tage die Brauereien von Mählahausen und Umgegend. Ueber die Wirkung des Bierkrieges in Gera wird den „L. R. R.“ geschrieben:

„In keiner Fabrikantinn wird mehr Ringbier getrunken. Alkoholfreies wird ringfreies oder bayerisches Bier eingeführt. Man gibt lieber einige Pfennige mehr aus, ehe man Ringbier trinkt. Eine Versammlung von Wirten und anderen Interessenten beabsichtigt, eine Genossenschaftsbrauerei in der Nähe von Gera zu gründen und eine lebende Brauerei zu erwerben, wenn die Preiserhöhung nicht alsbald rückgängig gemacht würde. Bemerkenswert ist der Vierkrieg jedenfalls, da nach sachmännlicher Berechnung die thüringischen Ringbrauereien in der letzten Woche mindestens 50 000 Hektoliter Bier weniger abgesetzt haben als in normalen Zeiten. Diese Biffer stellt ungefähr den Jahresabgab einer thüringer Mittelbrauerei dar.“

Ueber die Situation in Kassel entnehmen wir unserem dortigen Parteiorgan das folgende:

„Die am Dienstagabend in der Fashalle mit überwältigender Majorität beschlossene Ablehnung des vorgeschlagenen Kompromisses hat zunächst zur Folge gehabt, daß gestern (d. h. Mittwoch) in einer großen Reihe von Wirtschaften Plakate ausgehängt wurden mit der Aufschrift: „Verlauf zu alten Preisen“. Früh morgens waren es nur einzelne Wirte, die diesfertig vorgehen; als deren Vorgehen aber bekannt wurde, fanden sich im Laufe des Tages eine Menge von Wirten, die in gleichem Sinne handelten, so daß abends wohl in den meisten Arbeiter-Wirtschaften der Kasseler Schoppen wieder zum alten Preise verkauft wurde. Die Wirte freilich sind die Leidtragenden, denn die Brauereien liefern ihnen das Bier nicht zum alten Preise. Donnerstag morgen erhielten sämtliche Wirte von der Brauereivereinigung von Kassel und Umgebung ein Zirkular folgenden Inhalts: „Nachdem die beabsichtigte Erhöhung der Ausschankpreise für das Bier in der Stadt Kassel und vielen Orten der Umgebung sich meist als nicht durchführbar erwiesen hat, sehen wir ein, daß wir den größten Teil der uns getroffenen Mehrbelastungen zu tragen haben, und sind daher übereingekommen, den am 1. Mai 1906 bestehenden Bierpreis für Kassel und nächste Umgebung ab 1. August nur um eine Mark zu erhöhen.“ Wenn die Brauereien behaupten, sie müßten nunmehr den größten Teil der Mehrbelastung tragen, so stimmt das nicht ganz. Sie haben vielmehr die Belastung, die sie durch das Brausteuergesetz trifft, in vollem Umfang abgewälzt auf die Wirte und darüber hinaus noch einen Teil der Mehrbelastung, die sie infolge der Zölle und der Lohn-erhöhungen traf. Die streifenden Biertrinker wollten erreichen, daß die Brauereien Brausteuern und Zölle selbst tragen sollten. Das ist nicht erreicht worden.“

In Jena haben infolge der Bierverteuerung sämtliche Flaschenbierhändler die dortige Stadtbrauerei konfottiert. — In Ganaa beschloßen 70 Gastwirte in einer Versammlung, den Bierauschank einzustellen.

Auch in Frankfurt a. M. haben verschiedene Wirte ihre Lokale bereits geschlossen. Andere haben bereits Prozesse gegen ihre Brauereien angestrengt und verlangen die Rückzahlung der unter Vorbehalt erfolgten Mehrbezahlung. Eine dieser Klagen dürfte schon in den nächsten Tagen am Landgericht zur Verhandlung kommen. Die Preiserhöhung verstoße gegen die guten Sitten, heißt es in der Klage. Wie die Frankfurter „Vollstimmte“ mitteilt, hat die von unserer Partei und den Gewerkschaften eingesetzte Kommission zur Schlichtung des dortigen Bierkrieges ihren ersten Erfolg zu verzeichnen. Auf ihre Einladung erschienen zu einer Versprechung die Vertreter der größten Brauereien mit ihrem Syndikus, sowie die Vertreter der Wirtevereine. Nach dreistündigen Verhandlungen kam zunächst die Vereinbarung eines Waffenstillstandes zustande, auf Grund dessen die Brauereibesitzer sich verpflichten, bis Freitag keine Zwangsmahrgelnde gegen die im Kampfe befindlichen Wirte mehr zu ergreifen. Inzwischen werden sowohl die Brauereibesitzer als auch die Wirte in getrennten Beratungen sich über den von unserer Kommission gemachten Hauptvergleichsvorschlag schlüssig machen, zur Vermeidung einer Bierpreiserhöhung das Risiko der neuen Biersteuer in gerechter Weise unter sich zu verteilen.

Auch in den hessischen Orten Oberstadt und Pfungstadt beginnt der Kampf, ebenso in verschiedenen Orten Rheinland-Westfalens.

Am interessantesten ist der Verlauf des Bierkrieges in Sachsen. Die Zwickauer Brauereien haben bereits vollständig die Segel gestrichen und die Preiserhöhung zurückgenommen. Die Chemnitzer Großbrauer haben in einer geheimen Sitzung festgestellt, daß der Bierabgab bis zu zwei Dritteln zurückgegangen ist. Sie beschloßen Klage gegen zwei kleine Brauereien, die vom Ring zurücktreten wollten. Außerdem beschloßen sie, die — „Vollstimmte“ wegen Beleidigung zu verklagen!! Wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr. — In Dresden hat das Aktionskomitee der vereinigten Gastwirte beschloßen, eine eigene Vereinsbrauerei zu gründen, um von dem Brauereikapital unabhängig zu werden. —

Deutsches Reich.

Pods Schicksal in der Schwabe.

Nach einer Meldung des Scherl-Blattes ist Pods Schicksal noch unentschieden. In Wilhelmshöhe werde noch immer eifrig konferiert, so daß Bülow's Rückkehr nach Nordberney noch nicht habe festgesetzt werden können. Ueber Pod heißt es dann:

„In der Angelegenheit des Landwirtschaftsministers v. Podbielski ist zwar die maßgebende Entscheidung der höchsten Stelle noch nicht gefallen, inwiefern aber läßt sich sagen, daß alle Nachrichten, die von einem Rücktrittsgesuche des Ministers sprechen, unzutreffend sind. Auch die bis in die letzten Tage fortgesetzten Mittelungen tatsächlicher Natur über die Geschäftsführung der Firma Toppelkirch haben, soweit Herr v. Podbielski in Frage kommt, neues nicht gebracht, ebenso wenig haben sich bisher Anhaltspunkte dafür ergeben, daß der Minister an Manipulationen, die etwa für die Firma belastend sind, beteiligt gewesen wäre. Zudem ist die Untersuchung noch gar nicht abgeschlossen. Die indirekte Beteiligung Minister von Podbielski an den Geschäften der Firma war bekannt, sie war ordnungsmäßig dem damaligen Reichskanzler Fürsten Hohenlohe, unter dessen Aufsicht der Minister in die Regierung trat, mitgeteilt und von ihm bekanntlich gebilligt worden. Die auf dieser Grundlage ruhenden Presseangriffe haben Herrn v. Podbielski nicht geschadet. In gegenwärtigen Augenblick ist mit seinem Rücktritt nicht zu rechnen.“

Alzuseit scheint danach Pods Position doch nicht zu sein. Am ihm aber einen besseren Abgang zu sichern, dürfte ihn erst später Lucanus holen!

Die Hinweise auf die Mitwissenschaft Hohenlohes von der Podbielskischen Toppelkirch-Beteiligung belegen nicht allzuviel. Nachdem aber die Toppelkirchische Monopolwirtschaft sogar im Reichstag zur Sprache gelangt war, hätte Frau Podbielska entweder den Vertrag sofort lösen oder ihr Gatte seinen Rücktritt nehmen müssen.

Uebrigens bemerkt die „Frankf. Ztg.“ in ihrer letzten Nummer:

„Am allerungünstigsten wirkten die von Herrn v. Podbielski unternommenen Verteidigungsversuche. Die Uebertragung der Anteile auf seine Frau und die im Jahre 1900 vollzogene Gütertrennung waren nicht entlastend, sondern eher belastend, weil aus ihnen hervorborg, daß der Minister doch selbst das Bedenkliche der Situation empfunden, aber einen Ausweg gewählt hatte, der nicht eine Lösung

don jenen Privatinteressen, sondern eine rein äußerliche Umformung bedeutet, um Transformationen, wie sie im geschäftlichen Leben vorgekommen werden, wenn jemand sich z. B. bei riskanten Geschäften gegen unangenehme Eventualitäten sichern will, ohne auf die Vorteile dieser Geschäfte zu verzichten.“
Man wird ja sehen, ob diese Ansicht, die überall geteilt wird, nur an „maßgebender“ Stelle nicht durchdringt! —

Ein Zentrumsabgeordneter für Befastung des Massenkonsums und Wahlrechtsbescheidung!

Ein Zentrumsagrarier, der zwar dem Reichstag nicht angehört, dafür aber in der Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses sitzt, Graf Straßwitz-Vertelsdorf, veröffentlicht in der „Deutschen Tageszeitung“ einen fulminanten Artikel gegen die von der Reichstagsmehrheit, darunter auch dem Zentrum zustande gebrachten neuen Steuern. Die Steuern, durch die bis zu einem gewissen Grade auch die besitzenden Klassen getroffen werden, z. B. die Fahrkartensteuer und die Erbschaftsteuer, passen dem agrarischen Zentrumsmanne ganz und gar nicht. Diese Steuern hätten zunächst den Fehler, daß sie „nicht einmal für die Zukunft genügt“. Ausreichende Steuerbeträge seien nur aufzubringen durch Befastung des Massenverbrauches. Der preussische Zentrumsabgeordnete schreibt dann wörtlich:

Die Regierung wußte, daß die Mittel zur Aufrechterhaltung der Weltmachtstellung Deutschlands „nur durch eine stärkere Befastung des Massenverbrauches ausreichend (insbesondere basiert auf eine einheitliche Besteuerung des Alkohols in Wein, Bier, Spiritus) und bei der andauernd steigenden Wohlhabenheit der breiten Massen (!) der Bevölkerung auch in erträglicher (!) Weise aufgebracht werden können“.

Also dieser edle Zentrumsgraf ist der Meinung, daß die arbeitende Bevölkerung sich einer derartigen Wohlhabenheit erfreut, daß sie noch am ersten eine erhebliche Steuerbefastung vertragen kann! Eine beträchtlich höhere Biersteuer sei weit „erträglicher“ als die Fahrkartensteuer und die Erbschaftsteuer!

Daß das Zentrum im Frühjahr 1900 in das Flottengesetz die Bestimmung eingefügt hat, daß die Dedung für neue Marineausgaben „nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden darf“, kimmert den Zentrumsgrafen nicht.

Noch toller aber ist es, daß dieser Zentrumsmanne der Regierung gründlich deshalb die Lebtien liebt, weil sie nicht trotz des schädigenden Straubens der Reichstagsmehrheit, d. h. also auch des Zentrums, das ihr präsentierte Steuerbuckel verworfen und den Versuch gemacht habe, eine Mehrheit für eine erneute Befastung des Proletariats zu erzwingen:

„Die Regierung zeigte von allem Anfang an, daß sie keinen festen Willen hatte, daß sie sich nicht für ihr Werk einsetzte, daß sie nichts wagen wollte. Im Jahre 1887 handelte es sich für die Regierung lediglich um eine Frage der Macht; sie appellierte an das Volk, wie bekannt, mit Erfolg. Hier handelte es sich um Lebensbedürfnisse des Reiches; die Regierung tat nichts, um ihren Willen, um das, was sie, wie man denken sollte, als notwendig erkannte, durchzusetzen. Wo blieb ihre Führung bei einer so wichtigen Aktion? Wenn der Reichstag gesehen hätte, daß sie unbehelligt um ihren Willen vertrieben hätte und die Ueberzeugung hätte gewinnen können, daß außerdem die Regierung die staatsverhaltenden Parteien gegen diejenigen des Umsturzes zu schützen gewillt gewesen wäre, so hätte aller Voraussicht nach — schon in Erinnerung an das Jahr 1887 — der tagende Reichstag eine großzügige, einheitliche und genügende Steuerreform gebilligt. Und war es nicht der tagende, so war es ein anderer Reichstag, ein so oder so gewählter!“

Also die Regierung hätte nach dem Räte des preussischen Zentrumsabgeordneten den Reichstag auflösen sollen, um eine ihr willfährige Majorität zu erzielen. Ja mehr noch. Sie hätte sogar, wenn auch der neue Reichstag ihren Wünschen nicht entgegen hätte, einen Staatsstreik unternommen und das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht beseitigen sollen! Dem dies und nichts anderes bedeutet der Satz: „Und war es nicht der tagende, so war es ein anderer Reichstag, ein so oder so gewählter!“ Der Zentrumsgraf deutet ganz zynisch an, daß, wenn die Regierung versprochen hätte, die staatsverhaltenden Parteien gegen den Umsturz zu schützen, auch diese staatsverhaltenden Parteien, also in erster Linie auch wieder das Zentrum gegen die Eskalation des Reichstagswahlrechts nichts einzusetzen gehabt haben werden.

Das Zentrum wird vermutlich diese dreisten Auslassungen eines Mitgliedes seiner preussischen Fraktion desaboulieren, und, wenn es hoch kommt — was wir aber noch nicht einmal glauben — den Mann aus der Fraktion herauswerfen. Damit ist aber die Tatsache nicht aus der Welt geräumt, daß die preussische Zentrumsfraktion einen Mann unter sich bildete, der solch unreaktionäre direkt bündlerische Auffassungen vertritt. Wir werden zunächst abwarten, ob das Zentrum diesen eigenartigen Fraktionsgenossen mit der angenehmen Bescheinigung aus seiner Fraktion herauspediert! —

Fanzare — Schamade!

Wir zeigten durch den Abdruck bürgerlicher Pressstimmen, mit welcher Gaudi man von der Diskussion über das Protokoll der Gewerkschaftskonferenz einen Heidenpostell auf dem Mannheimer Parteitag erwartete. Mit geradezu mitleiderregender Tapferkeit suchte man die Gewerkschaftsführer gegen die Partei aufzuspüren. Man halluzinierte schon von einem Bruch zwischen Gewerkschaften und Partei, bei dem bei der letzteren nur noch einige „anarcho-sozialistische und andere Splitter“ übrig blieben. Aber diese Illusionen sind über Nacht zertrümmert. Man merkt, daß die klare und sachliche Aussprache nicht zu einer Spaltung, sondern zu einer festeren Verschweißung der modernen Arbeiterbewegung führen, daß nicht eine Abschwächung des prinzipiell sozialdemokratischen Charakters derselben, sondern eine schärfere Betonung das Ergebnis der Aussprache sein dürfte. Die Siegesfanfaren sind deshalb jäh verstummt. Ueberall ertönen jetzt melancholische Schamaden. So findet die „Nordd. Allg. Ztg.“ unphylisch, daß die ganze Diskussion über das Protokoll die Öffentlichkeit gar nicht interessiere! Und die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ spricht jetzt gleichfalls resigniert von einem „Froschmause-Krieg“. Sie wehklagt:

„In dieser Hinsicht kommt dem weiteren auch der Umstand in Betracht, daß die Sozialdemokratie mit Besorgnis die Fortschritte der nicht sozialdemokratischen Arbeiterbewegung beobachtet. Immer wieder wird die zornige Behauptung laut, daß die Gewerkschaftler an sich nur als Vorstufe zur schließlichen Assimilation der Lohnarbeiterschaft an die Daseinsbedingungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung anzusehen sei. Man fürchtet die Aufsicht einer Arbeiteraristokratie wie in England, die nicht die mindeste Neigung mehr zeigen dürfte, ihre recht annehmbare wirtschaftliche Existenz zugunsten des politischen Endzieles in die Schanze zu schlagen. So ist also die Stimmung der Allgemeinheit von vornherein den anfänglichen Gewerkschaftsführern keineswegs günstig. Daß diese aber hierüber im unklaren sein sollten, ist um so weniger anzunehmen, als sie ja schon auf dem Berliner Kongreß durchweg ängstlich besorgt waren, zum wenigsten ihre äußerliche

Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie außer Zweifel zu stellen. Sie werden somit bei der öffentlichen Abrechnung erst recht bestrebt sein, ein konzilianteres Gebaren an den Tag zu legen und den Treueid zu erneuern, den sie auf die rote Fahne geleistet haben. . . .

Daß Herr Bebel durch die Art seines Auftretens dem Wilde, welches die Geschichte von ihm bewahren wird, keine sonderlich sympatischen Rüge beigelegt haben wird, ist unbefreitbar. Ebenso unbefreitbar aber ist es, daß solche Kleinigkeiten nicht imstande sind, dem Prestige Eintrag zu tun, das er in den Augen seiner Getreuen besitzt. Des weiteren wird niemand leugnen können, daß das größere Maß der sozialpolitischen Erkenntnis sich auf der Seite seiner gewerkschaftlichen Gegner vorfindet. Und trotzdem werden diese niemals wagen, aus dieser größeren Erkenntnis die Konsequenz zu ziehen, daß es ihre Pflicht ist, für das als richtig Erlannte mit ihrer Person einzutreten und ernstlich gegen den Kreppag der Partei zu frondieren.“

Die in Barmut getränkten Zuckerpillen für die „sozialpolitisch-einfichtigen“ Gewerkschaftsführer können diese leider nicht darüber täuschen, daß sie allen Scharfmachern und Kühnemännern keinen größeren Gefallen tun könnten, als wenn sie „Rückgrat“ zeigten, statt aus ehrlicher Ueberzeugung den „Treueid auf die rote Fahne zu erneuern“! —

Keine Heloten, sondern Neufudale!

Eine überaus interessante Entdeckung hat die konservative „Schlesische Zeitung“ gemacht. Nachdem sie weiblich auf die Fahrkartensteuer geschimpft, weil durch sie auch die Besitzenden mitgetroffen werden — in der Reichsteuerepolitik allerdings eine seltene Erscheinung — kündigt sie urbi et orbi die famose Entdeckung, daß die Arbeiter nicht, wie sie sich einbildeten, in unserem Klassenstaate Heloten, sondern mit dem Privileg der Steuerfreiheit beglückte Fudale sind:

„Im alten Regime der europäischen Staaten hatten die Feudalen das Privileg, steuerfrei zu sein und so ziemlich alles machen zu dürfen, was sie wollten. Das moderne Deutschland hat einen neufudalen Stand herangezogen, den Stand der Lohnarbeiter. So oft eine Steuerfrage aus dem Parlament kommt, ist die erste Sorge, daß der Arbeiter frei bleibe. So auch bei der Fahrkartensteuer, denn die vierte Klasse wird von ihr nicht betroffen. Seit einem Vierteljahrhundert dreht sich fast die ganze Maschinerie unserer Reichsgesetzgebung um diesen bevorzugten Stand. Mit ihr ein großer Teil unserer Verwaltung. Der Arbeiter streift oder arbeitet, bricht Kontrakte, hindert die Arbeitwilligen, tut hundertmal Dinge, die einem Bürger nicht ungestraft durchgehen würden. Er ist der Feudale des modernen Staates. Die Altfudalen leiteten ihr Vorrecht von Verdiensten her, die sich ihre Ähnen zweifellos um das Land erworben hatten. Wo durch aber der Arbeiterstand seine privilegierte Stellung verdient habe, weiß kein Geschichtsschreiber zu erzählen.“

Die glücklichen Arbeiter. Zwar müssen sie von 900 Millionen des Ertrages der Zölle und Verbrauchssteuern den Löwenanteil aufbringen, zwar müssen sie außerdem infolge des durch die Lebensmittelpreise und die Grenzsperrverursachten Brot- und Fleischpreises weitere Hunderte von Millionen jährlich an die Altfudalen, die Großgrundbesitzer zahlen, zwar müssen sie auch den größten Teil der neuen Steuerlasten tragen — aber trotzdem ist das Privileg der Steuerfreiheit auf sie übergegangen! —

Schlappes Kerle.

Ein in Japan weilender Mitarbeiter des Liman-Blattes erzählt von einer großen Parade, die er in Tokio angesehen hat:

„Was nun den Paradezug dieser Vierzigtausend vor dem Kaiser anlangt, so hätte er den gerechten Zorn jedes deutschen Drillunteroffiziers erregt. Man konnte deutlich gewahren, daß diese Truppen, trotzdem sie die Elite der ganzen Armee bildeten, während des langen Feldzuges „vollständig verkommen“ waren, denn ihr Paradeanzug war ein wahrer Hohn auf die Erfindung Friedrich Wilhelm I. Das schlotterte fast ohne Tritt in Schlängellinien einher, ohne Richtung und „ohne Vordermann“, mit „trummeln Änien“ und schwerfälligen, in den Hüften wiegenden Schritten, und die über der rechten Schulter getragenen Gewehre zeigten in den nämlichen Bruchteilen einer Sekunde an, die lange, zweigliedrige Kolonne schob sich beim Marschieren hin und her. Kurzum, es war ein „Jammer“! Und ich fürchte, daß gar viele von den Europäern, die diese Armee vor drei Jahren dekretierten, recht streng gegen sie gewesen seien. An Parade drill steht sie in der Tat auch heute noch weit unter der russischen.“

Traurig, daß diese gelben Kerle zwar die Russen zu Paaren trieben, aber nicht einmal einen ordentlichen Paradebeschritt ergezielten können!

Und da macht man noch ein großes Wesen von der preussischen Kriegskunst, die ihnen angeblich der kürzlich verstorbene preussische Major Reckel beigebracht haben soll! —

Ausland.

Schweiz.

Zürich, 18. August. (Privatelegramm.) Die sozialdemokratische Fraktion des Züricher Kantonsrates hat für die nächste Montagssitzung drei Interpellationen, betreffend das Militäraufgebot, die Sozialentaten und das Verbot der Demonstrationen, gestellt. Wegen des letzteren Punktes wird auch im großen Stadtrat interpelliert.

Frankreich.

Der Kulturkampf.

Paris, 17. August. (Fig. Ver.) Die Enghizla erregt natürlich die öffentliche Meinung in höchsten Grade. Selbstverständlich hat sich auch der heutige Ministerrat mit ihr beschäftigt; doch werden seine Beschlüsse noch geheimgehalten. Briand hat indes der Presse ein kollektives Interview gewährt, das die Anschauung der Regierung deutlich zum Ausdruck bringt. Die Regierung wird das Gesetz anwenden und gegen die zuwiderhandelnden Geistlichen energisch vorgehen. An eine gewaltsame Erhebung der Bauern glaubt er nicht, denn diese würden es nicht begreifen, daß die Kirche, für die sie zahlen, in dem Augenblicke schismatisch wird, wo sie Einbild in ihre Rechnungen erhalten. Briand weist auch darauf hin, daß der Artikel 4 des Gesetzes, der die Ueberantwortung der Kirchengüter an die von den Bischöfen bezeichneten Kultusassoziationen regelt, gerade von den katholischen Abgeordneten angenommen worden ist. Delamotte hat Clemenceau gerade wegen dieser Bestimmung eine heftige Polemik gegen die Briandische Vorlage geführt. Am wollen freidenkerische Abgeordnete, als Antwort auf die Kriegserklärung des Papstes, diesen Gesetzentwurf aufheben lassen und so die Zuteilung der Kirchengüter an freidenkerische Organisationen erleichtern. Der Radikalsozialist Guchysse hat einen Antrag in diesem Sinne angemeldet.

Die Bischöfe demonstrieren im ganzen Land ihre Unterwerfung unter das Gesetz. Das war zu erwarten. Die bürgerliche Situation der mit den höheren Gesellschaftsklassen versippten Epochen der Hierarchie ist nicht so gefährdet, daß für sie der Ausfall der staatlichen Entscheidungen in Betracht käme und ihre Deklassierung und Proletarisierung zur Folge haben könnte. Anders sieht die Sache

bei den armen Landgeistlichen und beim Kerns der Proletarierbezirke. Denen wird ob der Kampfpläne der Ultramontanen gar bitter ums Herz werden. —

Belgien.

Die Demonstration für die Verkürzung der Arbeitszeit.

Brüssel, 16. August. (Fig. Ver.)

Das Belgien des Fleisches und der Rot hat am gestrigen Feiertag, während die Ruhiener der Arbeit in den Seebädern weilen, in den Straßen Brüssels für die Verkürzung der Arbeitszeit demonstriert. 92 Gestirzte brachten 46 000 Manifestanten aus allen Teilen des Landes und die Zahl der Gesamteilnehmer wird auf 80 000 geschätzt. Aber ebenso machtvoll wie durch die Zahl der Demonstranten wirkte diese Manifestation durch die Art ihres Arrangements, durch jene Mischung von Temperament und sozialistischer Zurechtlichkeit, die belgischen Arbeiterdemonstrationen ihr eigenartig ergreifendes Gepräge gibt. Und gar diesmal, wo es galt, dem Lande der langen Arbeitszeiten und niedrigen Löhne eine eindringliche und energische Mahnung zu geben und für die gesetzliche Regelung der Arbeit zu demonstrieren, haben die belgischen Proletarier ihren ganzen Enthusiasmus aufgebracht. Die Arbeit des ganzen Landes, alle Berufsgruppen hatten ihre Massendeputationen entsendet: vor allem der Borinage seine Kohlenarbeiter, die in imposanter Anzahl erschienen waren; ferner Antwerpen seine Diamantarbeiter (fast 1000; alles in allem kamen 4000 Teilnehmer aus dieser einen Stadt), dann Eisenbahner, Metallarbeiter, Glasarbeiter aus den verschiedenen Provinzen, Ziegelarbeiter mit einer Gruppe von 250 Kindern, die ihr Arbeitskleid in Händen hielten und so die Verurteilung des Klassenstaates, der Kinder zur Arbeit zwingt, in aufreizendster Weise zur Darstellung brachten. Diese klugwangigen barfüßigen Knaben und Mädchen in ihren grauen Mägen mühten den verhärtetsten Versteuern der heutigen Ordnung das Gewissen wahrzurichten. . . . Ihr Banner trug die Worte: Die Kinder gehören in die Schule und nicht in das Gefängnis der Kapitalisten. . . .

Um 11 Uhr setzte sich der Zug vom Boulevard de la Senne aus in Bewegung. An der Spitze schritten die Mitglieder der Gewerkschaftskommission und des Generalrates und die sozialistischen Deputierten. Auf dem ganzen Wege bildeten sich Spalierreihen von Neugierigen und Sympathisierenden, die das Meer flatternder Fahnen die Bilder, die Inschriften und statistischen Tafeln besaßen, die im Zuge getragen wurden und das Glend der langen Arbeitszeit und die Vorteile einer gesetzlich geregelten kurzen Arbeitsfrist illustrierten.

Unter den Klängen der „Internationale“ kam der Zug um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr auf der Grand Place an, wo sich eine Deputation, bestehend aus Mitgliedern der Gewerkschaftskommission, des Generalrates, der parlamentarischen Fraktion und dem Sekretär des internationalen sozialistischen Bureau, Genossen Guymans, in das Rathaus begab, um dem Bürgermeister die für die Kammer bestimmte Petition zu überreichen, in der die belgischen Arbeiter auf der Grundlage der feineren vom Genossen Bertrand und dem Abg. Gelleputte gemachten Vorschläge eine Verkürzung der Arbeitszeit forderten. Die Petition weist auf die offiziellen Statistiken und Enqueten hin, die die lange Arbeitszeit der belgischen Arbeiter dartun, und stellt an die Kammer das Ersuchen, in der kommenden Session die Beratung der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit in Angriff zu nehmen. Im Namen des abwesenden Bürgermeisters versprach Herr Paler in verbindlichen Worten, die Petition der Kammer nach ihrem Zusammentritt zu überreichen.

Von der Grand Place begab sich der Zug zum „Maison du Peuple“, wo die Massen sich noch auf dem Plage und in den umliegenden Straßen in freudiger Erregtheit über die gewaltigen Einbrüche des Tages unterhielten. Woge dieser Tag nicht nur eine erhebende Erinnerung für die belgischen Proletarier bilden, sondern auch den politischen Nachhabern als drohende Mahnung so deutlich zum Bewußtsein kommen, daß dieser Tag eine Wendung in der Stellung der belgischen Bourgeoisie zu den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft bedeutet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Generalstreik im Berliner Expeditions-gewerbe in Sicht!

Die Streikenden bei der Paketfahrt sind voller Mut und Hoffnung; in der letzten Versammlung haben sie überraschend gute Nachrichten erhalten. Am Freitagabend fand eine Vertrauensmännerversammlung statt, in der sämtliche Expeditionsfirmen vertreten waren. Unter den Rollkutschern gart es; der Widerstand der Paketfahrtgesellschaft verursacht eine steigende Erregung, und die (gestern berichtete) Erklärung des Lokalvereins der Expediture befriedigt durchaus nicht. Wie die Stimmung ist, geht allein daraus hervor, daß von den Vertrauensmännern sechs Anträge auf sofortigen Generalstreik offeriert wurden. Was ein solcher Generalstreik für die Handelswelt von Berlin und für den gesamten Bahnverkehr bedeuten würde, ist auf den ersten Blick gar nicht zu übersehen! Die Leitung des Zentralverbandes ist sich der Größe der Situation auch wohl bewußt; man verhandelte von 10 bis 2 Uhr nachts und nahm einen Beschluß an, daß an sämtliche Expeditionsfirmen Schreiben folgenden Inhaltes gerichtet werden sollten:

An die Firma Straße

In der Anlage gestalten wir uns, Ihnen einen Revers zu unterbreiten, laut welchem das Resultat der am Freitag stattgehabten Verhandlung der Schlichtungskommission für das Berliner Expeditions-gewerbe in Sachen des Streiks der Angestellten bei der Paketfabri-Gesellschaft festgelegt wird.

Mit Rücksicht darauf, daß Sie mit Ihren angestellten Aufsichtern und Arbeitern in einem Vertragsverhältnis stehen, welches durch die beiderseitigen Organisationen im September 1905 festgelegt wurde, richtet die Kommission der Arbeitnehmer an Sie die Bitte, auch den anliegenden Revers mit Ihrer Unterschrift versehen zu wollen und uns ein Exemplar davon bis Montag, den 20. cr., mittags 1 Uhr, gültig zu retournieren.

Hochachtungsvoll
J. A. A. Berner.

Zentralverband der Handels-, Transport-Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der beigelegte Revers lautet:
Revers.

Die unterzeichnete Firma erkennt die Forderungen der Aufsicht und Arbeiter bei der Berliner Paketfahrtgesellschaft Starke u. Co., weil den für das Berliner Expeditions-gewerbe festgelegten „Allgemeinen Grundfahnen“ entsprechend, als berechtigt an.

Die unterzeichnete Firma verpflichtet sich, während der Dauer des Streiks keinerlei Aufträge für die Paketfahrtgesellschaft auszuführen und die Kunden dieser Gesellschaft nur dann zu bedienen, wenn die Betreffenden sich bereit erklären, ihr die Expedition fest zu übertragen.

Jede Uebertretung ist laut Absatz 6 E der „Allgemeinen Grundfahne“ als Vertragsbruch zu betrachten und zieht die entsprechenden Konsequenzen nach sich.

Um keine kostbare Zeit zu verlieren, ist zu Montag abend 9 Uhr eine öffentliche Versammlung der Rollkutscher und Begleiter sowie Kutscher aus den gewerblichen Fuhrwerksbetrieben Berlins zu Pagenhagen am Moritzplatz einberufen worden.

Der Situationsbericht in der letzten Versammlung der Streikenden lautete günstig. Die Paketfahrt stellte Leute

ein, die früher wegen schwerer Vergehen entlassen worden sind; auf den Bahnhöfen ist bei den ankommenden Zügen die Lösung: „Streik bei der Paketahrt!“ und Droschkentuschler und Dienstmänner und andere machen gute Geschäfte. Die Lohnfuhrunternehmer sind wankelmütig geworden, und die Geschäftstuschler haben beschloffen, den Streikenden beizustehen, wo sie können. Einzelne kleine Kravalle haben hier und da stattgefunden. Zwei Arbeitswillige stritten sich über die Arbeit, schlugen sich und verurachteten einen Streikenden auf. Am Stettiner Bahnhof bedrohte ein Arbeitswilliger einen Streikenden mit dem Revolver; der Arbeitswillige wurde festgenommen. — Die Berichte wurden mit Beifall entgegengenommen, und der Mahnung, fest zusammenzuhalten und auszuhalten, stimmten die Versammelten freudig zu.

Die Metallarbeiter (Schlosser, Dreher usw.) der Schreibmaschinenfabrik A. G. G. Guttenstr., befinden sich seit einer Woche im Streik, da die Betriebsleitung anstatt wie bisher in Stundenlohn nur in Akkord arbeiten wollte. Die Arbeiter waren mit der Einführung der Akkordarbeit einverstanden, jedoch verlangten sie die Garantierung ihres bisherigen Stunden- resp. Wochenverdienstes. Dieses lehnte die Betriebsleitung ab. Verhandlungen waren erfolglos, und so blieb den Arbeitern nichts weiter übrig, als die Arbeit niederzuliegen. Da zu befürchten war, daß seitens des Arbeitnachweises von der Gartenstraße Arbeitswillige nach der Schreibmaschinenfabrik geschickt würden, hatten die Streikenden Posten in der Gartenstraße aufgestellt, um die arbeitslosen Kollegen auf den Streik aufmerksam zu machen. Jetzt machte sich auch sofort die Polizei bemerkbar und arrelierte die Arbeiter, welche ihre Pflicht im Streikpostenstehen ausübten. Ein Beamter verhaftete in seinem Eifer sogar einen Metallarbeiter, welcher in ruhiger Weise mit einem der Streikenden sprach und denselben aufsuchte, mit ihm ein Glas Bier zu trinken. Statt nach dem Bierlokal mußten beide nach der Wache und dort etwa 1/2 Stunde bleiben. Auf diese Art sind schon sechs Verhaftungen vorgekommen. Die Arbeiter werden natürlich nach wie vor ihre Pflicht erfüllen und sämtliche arbeitslosen Metallarbeiter werden ersucht, keine Arbeit nach der Schreibmaschinenfabrik A. G. G. anzunehmen.

Diese.

Im Werk Franklinstraße der Firma Siemens-Schuckert haben die Dreher des Metallarbeiterverbandes seit längerer Zeit den Werkstattbeschlus gefaßt, keine Meßerstunden zu machen und nicht länger wie acht Stunden pro Schicht zu arbeiten. Für die Gewerkschaftler scheint eine achttündrige Schicht aber jedenfalls zu kurz zu sein. Sie durchbrachen den Beschlus und arbeiteten neun Stunden. Als dann in einer Werkstattversammlung hierzu Stellung genommen werden sollte, glänzten sie durch Abwesenheit. Später ließen sie es selbst nicht bei neun Stunden bewenden, sondern arbeiteten 11 und 12 Stunden täglich. In einer, der den Hals gar nicht voll kriegen konnte, arbeitete mit Einschluß einer zwölfwündigen Erholungspause volle 31 Stunden in einer Tour. Daß derartig arbeitswütige Leute jede auf Verbesserung der Verhältnisse gerichtete gewerkschaftliche Aktion unmöglich machen, liegt auf der Hand.

Zur Bewegung der Glaser. Gestern wurde vor dem Gewerbeamt der Tarifvertrag zwischen dem Verbande der Glasermeister und der freien Vereinigung selbständiger Glasermeister abgeschlossen. Bei diesen Firmen sind bereits 342 Mann zu den neuen Bedingungen beschäftigt. Montag früh finden Einigungsverhandlungen auf dem Gewerbeamt statt zwecks Beilegung des Lohnkampfes im ganzen Gewerbe. Die Verhandlungen sind durch den Verband der Vaugeschäfte, dessen Mitglieder auf Feststellung der Arbeiten drängen und in diesem Sinne auf den Verband der Glasermeister eingewirkt haben, angebahnt worden. Selbstverständlich haben die Arbeiter ihre Zustimmung zu den Verhandlungen gegeben.

Die Herren Glasermeister können von ihrer alten Manier, den streikenden und ausgesperrten Gehülfen allerhand Antugenden anzudichten, immer noch nicht lassen. So behaupten sie in einem neuen Zirkular ganz frank und frei, die Streikenden suchten ihre früheren Arbeitgeber jetzt dadurch zu schädigen, daß sie auf den Bauten die von Streikbrechern eingesetzten Scheiben zertrümmerten. Jemand ein Beweis für diese ohne Behauptung ist in dem Zirkular allerdings nicht enthalten, er dürfte auch kaum zu erbringen sein. Die Streikenden vermeiden es vielmehr peinlich, auch nur den Anschein zu erwecken, als suchten sie etwa durch unangebrachte Streiche in diesem Lohnkampf den Unternehmern Kleinliche Posten zu spielen. Sie alle sind genügend geschult, um zu wissen, daß man mit der Zertrümmerung von ein paar Fensterscheiben nicht den Ausgang eines Streiks resp. einer Aussperrung beeinflussen kann. Wenn die Meister aber trotzdem Ursache haben, über zerbrochene Fensterscheiben Klageklagen anzustimmen, so mögen sie dafür nicht die Streikenden, sondern die Streikbrecher verantwortlich machen. Aus allen Himmelsgedenden werden diese „nützlichen Elemente“ heranzuziehen versucht. Größtenteils sind es Leute, die ein Arbeitgeber in normalen Zeiten überhaupt nicht beschäftigen würde. Die meisten davon sind kaum in der Lage, auch nur in eine zerbrochene Stalllatz eine Scheibe regelrecht einzusetzen, geschweige denn die Fensterscheiben von modernen Großstadtwohnungen brauchbar zu verglasen. Wenn unter solchen Umständen die Arbeit nicht laugt und Materialverluste eintreten, dann brauchen sich die Meister doch wahrlich nicht zu wundern. Das wissen die Meister aber auch sehr gut selbst. Nur in ihrem Kecker darüber, daß die Streikenden und Aussperrten so standhaft sind, suchen die Herren Arbeitgeber jetzt die Ausständigen als Materialzerstörer zu verdächtigen. In Wirklichkeit liegt dazu nicht der mindeste Anlaß vor.

Ein besonderer Dorn im Auge ist den gläsernen Kühnemannern auch die freie Vereinigung der Glasermeister, deren Mitglieder den neuen Lohnvertrag bewilligt haben. Die Herren Köhlich, Salomonis und Jost laufen sich denn auch fast die Huden ab, um diese Meister zum Vorbruch zu veranlassen. Sie kalkulieren dabei folgendermaßen: Sobald die Mitglieder der freien Vereinigung wortbrüchig werden und wieder aussperrten, so leiten die Scharfmacher Verhandlungen mit den Streikenden ein, um ihre alten geschulten Leute wieder zu bekommen, die jetzt zum großen Teil bei den Meistern der freien Vereinigung arbeiten. Natürlich würden die alten Leute aus Entrüstung darüber, daß sie von den Vereinigungsmeistern auf die Straße geschickt worden wären, jenen ein für allemal Balet sagen und wieder zu ihren früheren Großfirmen geben. Damit hätten die Großmeister dann zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Einmal hätten sie die alleingearbeiteten Arbeitsträfte wieder und die Vereinigungsmeister wären damit gleichzeitig bedeutend leistungsfähiger gemacht, was ja mit im Hauptinteresse der Großfirmen liegt. Diesen Plan haben aber sowohl die Gesellen wie auch die Vereinigungsmeister sehr gut durchschaut, daher ist das brünstige Liebeswerben der edlen Scharfmacherklonnen denn auch bislang so gut wie erfolglos geblieben. Im Gegenteil, die Herren Oberzünftler haben sich bei ihren verhassten Verleumdungen zum Vorbruch manche drastische Abfuhr geholt. Gar trüblich ging es fürlich auch dem bekannten Innungsmeister Herrn C. A. Lüders in der Greifswalderstraße bei der Anwendung von Arbeitswilligen. Dieser Herr hatte in Hannover Gehülfen engagiert, die als Verbandsangehörige von ihrem Engagement aber rechtzeitig der Berliner Streikleitung Mitteilung machten. Zu einer bestimmten Zeit sollten sie hier eintreffen und als Erkennungszeichen einen Glaserdiamant sichtbar tragen. Die Angeordneten meldeten auch prompt ihre Ankunft, blieben aber natürlich „dahome“. Nun führen vier Berliner Aussperrte nach Spandau und trafen mit dem bestimmten Fernzuge auf dem Lehrter Bahnhof als „arbeitswillige Hannoveraner“ ein. Außerst freundlich wurden sie dort von dem Buchhalter der Firma Lüders empfangen. Per Stadtbahn ging

nach dem Alexanderplatz und von dort ins Café Aschinger, wo selbst sich die „Hannoveraner“ auf Kosten der Firma von den Strapazen der „weiten Reise“ erst ein wenig „erholen“ sollten. Mit verbindlichem Dank nahmen die Bier die ihnen so außerordentlich zuvorkommend angebotene Stärkung an und entwickelten dabei vor den staunenden Augen des Buchhalters einen Appetit, wie ihn eben nur ausgesperrte Glaser zu entwickeln vermögen. Nach der sehr gaffren, aber immerhin etwas lothspieligen Fütterung fuhr man gemeinsam nach der Greifswalderstraße. Untermwegs machte der Buchhalter die vier „Freierlinge“ noch in liebenswürdiger Weise auf verschiedene Schandwärtigkeiten Berlins aufmerksam und erzählte ihnen dann, daß sie 70 Pf. Stundenlohn erhalten sollten, obwohl Herr Lüders auf Beschluß des Arbeitgeberverbandes eigentlich nur 65 Pf. zahlen dürfe. Auch beim Logisjuchen wollte der freundliche Cicerone helfen. Doch dieser Mühe wurde er überhoben, denn die vier „Hannoveraner“ stellten sich ihm jetzt förmlich als — Aussperrte vor. Man kann sich denken, welche verblüffte Gesicht der brave Buchhalter da machte. Wie ein verblüffter Vorgesetzter zog er von dannen und erstattete seinem Chef Bericht. Was der über die berunglückte Streikbrecherwerbung gesagt hat, ist noch nicht bekannt geworden.

Deutsches Reich.

Die Maschinenfabrik von A. Bengli in Graudenz hat nach einem auszugehen Privattelegramm sämtliche Schmiede ausgesperrt. — Zugug ist fernzuhalten.

Die Aussperrung der Kölner Bauarbeiter, die von dem organisierten Unternehmertum angebroht worden ist, an die Köln aber einschließlich der Unternehmer niemand geglaubt hat, ist durch Beschluß der freien Innung abermals um vier Wochen — „hinausgeschoben“ worden, nachdem zwischen den Kanalbauern und den Tiefbauunternehmern eine Verständigung stattgefunden hat. Die Kanalbauern erhalten sofort bei 9/10 stündiger Arbeitszeit 75 Pf. Stundenlohn, vom 1. Mai 1907 an 79 Pf. und von 1908 an 82 Pf. Die Aussperrung der Kölner Dachdecker und der Glaser dauert unverändert fort. Die Unternehmerorganisation des Baugewerbes will sich, wenn nicht innerhalb vier Wochen die Streitpunkte im Dachdecker- und im Glaserberwerb beendete sind, „alle Rechte vorbehalten“. Die Dachdecker- und Kalkempeurmeister verlangen die behebungslose Aufnahme der Arbeit, obwohl ihnen der allgemeine Arbeitgeberverband Verhandlungen mit den Gehülfen empfiehlt, da die Schuld auf beiden Seiten liegt.

Die Steinbruckersteiger in Chemnitz haben noch nicht genug an dem im vierten Monat währenden Kampf. Obwohl ihre Vertreter bei den Verhandlungen zwischen Schupverband und Senefelder Bund in Berlin mitgestimmt haben, wollen sie nur 50 Proz. der Streikenden wieder einstellen. Eine Verammlung der streikenden Lithographen und Steinbrucker beschloß deshalb, weiter im Streik zu beharren und die Leitung des Senefelder Bundes und des Schupverbandes um Vermittlung anzufuchen. Mit den zwischen Schupverband und Senefelder Bund vereinbarten Bedingungen erklärte sich die Verammlung einverstanden, da diese eine wesentliche Verbesserung der Chemnitzer Verhältnisse bedeuten.

Die gewerkschaftliche Organisation auf dem Lande. Einem erheblichen Aufschwunge erfreut sich der Deutsche Maurerverband im Gau München, der die Kreise Oberbayern, Niederbayern und Schwaben umfaßt. Wenn die Unternehmer früher glaubten, daß infolge der ländlichen Gemütslichkeit und der Gleichgültigkeit der ländlichen Arbeiter hier die Organisation, oder wie sie zu sagen pflegen, die „Sozi“ nichts auszurichten vermögen, so wurden sie durch die Tatsachen der letzten zwei Jahre eines anderen belehrt. Der Deutsche Maurerverband zählte im Gau München bei Abschluß des 2. Quartals 37 Zweigvereine mit 6317 Mitgliedern, das sind gegen das 1. Quartal mehr 11 Zweigvereine und 951 Mitglieder und eine Erhöhung der Mitglieder gegenüber dem 4. Quartal 1905 um 14 Zweigvereine und 2053 Mitglieder. Die Organisation hat in allen bedeutenderen Orten Wurzel gefaßt und der innere Ausbau der Organisation schreitet in erfreulicher Weise vorwärts. Die Fluktuation der Mitglieder ist auf das unvermeidliche Maß zurückgegangen, ein Zeichen davon, daß das nötige Vertrauen zum Verbande und die richtige Heberzeugungstreue unter den Mitgliedern Platz gegriffen hat. Bis jetzt hat in diesem Jahre der Verband im Gau 20 Lohnbewegungen zu verzeichnen, 16 davon endeten bis jetzt mit guten Resultaten, in 15 Orten wurden mit den Unternehmern Tarifverträge abgeschlossen. Mit dem Wachstum der Organisation hält aber auch die Entwicklung der Arbeitgeberorganisation gleichen Schritt. Ueberall standen sich die Arbeiter einem geschlossenen Unternehmertum gegenüber.

Ein arbeitswilliger Revolverheld. Am Freitagnachmittag 8 Uhr kam es in Nürnberg zwischen Arbeitswilligen und Ausständigen zu einem Zusammenstoß. Ein Arbeitswilliger machte von seinem Revolver Gebrauch und schoß dreimal in die Wange. Ein 24jähriger Schlosser wurde dreimal getroffen und schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Der Täter wurde verhaftet.

Ausland.

Die Maurer und Handlanger Zürich stehen seit dem 5. Juli im Streik. Die Baumeister versuchen durch die Presse den Glauben zu erwecken, daß der Streik beendet sei, und schicken ihre Agenten auf den Streikbrecherfang. Die Regierung steht auf Seiten der Unternehmer, indem sie das Streikpostenstehen verbietet, was für die Streikenden schon viele Verhaftungen, Bußen, Ausweisungen, Mißhandlungen durch die Polizei und eine große Anzahl Streikbrecher, die ihrem traurigen Handwerk nachgehen, weil sie sich von den Behörden geschickt wissen, zur Folge hatte. Trotdem dauert der Kampf fort. Die Arbeiter, die gegenwärtig in Zürich sind, können kaum den fünften Teil der 4000 in den Streik getretenen Maurer und Handlanger ersetzen.

Der Sieg kann letzteren also nicht ausbleiben, wenn ihnen niemand mehr in den Rücken fällt. Sie appellieren deshalb an die Genossen, das Wort der Solidarität unter den Maurern und Handlangern zu propagieren, damit keiner von ihnen zum Verräter werde und nach Zürich komme. Für Mitteilungen und Auskunfts wende man sich an das Streikkomitee, Restaurant „Sonne“, Auserjühl (Telephon 4889) oder an die Arbeitskammer Zürich (Telephon 2404).

Der Kampf um den Zweistuhl in der Textilindustrie zu Verriers ist mit der am Donnerstag erfolgten Wiederaufnahme der Arbeit in ein Stadium getreten, das als der Beginn eines für die Arbeiterschaft günstigen Abschlusses zu betrachten ist. In der rheinischen Textilindustrie hat man das zehnjährige Ringen in der nahen Grenzstadt mit gespanntem Interesse verfolgt. Sein Ausgang mußte für die Arbeiterschaft der alten Tuchindustrie Stadt Aachen von entscheidender Bedeutung werden, nicht nur in der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses, sondern auch in Sachen der gewerkschaftlichen Organisation; namentlich deshalb, weil der aus der Opposition gegen den Zweistuhl geborene christliche Textilarbeiterverband sich verhalten ließ, in geheimen Verhandlungen mit den Arbeitgebern die Einführung des Systems in Aachen zuzulassen. Durch den Ausgang des Kampfes in Verriers hat sich die Situation für den christlichen Verband nach verschlechtert. Suchte er doch seinen Umfall vornehmlich damit zu begründen, daß die Aachener Industrie durch Verriers verdrängt würde, wenn es nicht gelänge, den Widerstand gegen „den Fortschritt der Technik“ zu brechen.

Vor zehn Jahren wurde in Verriers der Zweistuhl bei zwei Firmen eingeführt. Es waren Schmale, in Deutschland nicht übliche, sogenannte Eggenstühle, für schmale Stoffe und leichtes Gewebe. Die Arbeiter waren zur Bedienung solcher Stühle bereit. Allmählich gingen auch andere Fabriken zur Einführung des Zweistuhls über, ohne sich an das bestimmte System gebunden zu erachten. Es kam dazu, daß man größere Stühle dafür einrichtete, mit breiteren Stoffen belegte und schließlich sogar Schnellläufer dazu verwendete. Statt der leichten und schmalen Damentische legte man schwere Herrenstühle, auch farbige, auf; ein Beginn, welches natur-

notwendig die schärfste Opposition der Arbeiter hervorgerufen mußte. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß die Technik der Webstühle sich in den Jahren verbesserte — sie bewegte sich hauptsächlich in der Erhöhung der Tourenzahl von 60 auf 85 bis 125 Touren —, wodurch an sich schon eine bedeutende Erhöhung der Produktion des Einstuhlwebers eintrat, dabei aber auch die Grenze der Leistungsfähigkeit der Weber erreicht, so stellte die problematische Weiterführung des Zweistuhls Anforderungen, die an der physischen Unmöglichkeit der Weber ein gebieterisches Halt fanden. Der Kapitalismus wollte auch dieses Hindernis besiegen. Was kümmerte es ihn, daß der Weber mit 20 bis 35 Jahren nur noch eine lebende Ruine war?

Vorab waren die Arbeiter Verriers dem Beginn der Unternehmung nicht gewachsen. In Belgien fehlt ein großer zentralisierter Verband der Textilarbeiter. Bei großen Kämpfen sind unsere dortigen Klassengenossen hauptsächlich auf die Kräfte der Organisation an D r e angewiesen. Der Weberverband für das Belgien konnte aber einen entscheidenden Kampf nicht aufnehmen; er hatte weder die Mittel noch die Wehrzahl der Textilarbeiter hinter sich. Allmählich gelang es ihm, von den rund 20 000 Arbeitern 15 000 zu organisieren, und nun konnte er daran gehen, die Streiche der Unternehmer zu parieren. Zug um Zug widerlegte er die Behauptungen der Fabrikanten, daß in anderen Orten und Ländern das Unmögliche geleistet würde. Er sandte Studienkommissionen nach den anderen belgischen Industriearten, nach Frankreich und Deutschland; über A mit dem gleichen Erfolge. Nigendwo, auch nicht in dem vom christlichen Textilarbeiterverband so viel verlebendeten Mitteldeutschland, wurde gleiche Ware aus solchen Erträgen gewebt. Es begann ein zäher Kampf. Der Weberverband erklärte jeden Weber in Verriers, der bei Arbeitswechsel auf neue zwei Stühle belegte. So kam es, daß die Zweistuhlbetriebe nach und nach fast ganz still lagen. Der Arbeitgeberverband suchte durch Androhung der Generalaussperrung die Weber irre zu machen. Man verhandelte monatelang; die Weber blieben hart. Man versuchte eine Erklärung der Organisation zu erpressen, um draußhin anderweitig Arbeiter anzuwerben. Die Organisation wies das Ansuchen verächtlich zurück. Dann sperrte man 2500 Weber aus; ohne Erfolg. Die Arbeiter drehten den Spieß um. Wo die Unternehmer die Weber aussperrten, ließen die Appreturarbeiter die Arbeit liegen. In zwei Tagen streikten schon 4000 Hilfskräfte, Männer und Frauen. Die Unternehmer sahen die Kraftprobe verloren. Einige von ihnen sperrten überhaupt nicht aus; andere haben gar kein oder sogar ein gegensätzliches Interesse am Zweistuhl. Unter diesen Umständen waren sie gern bereit, mit der Organisation der Arbeiter in neue Verhandlungen einzutreten. Sie wählten als Vermittler die städtische Arbeitskommission. Die dort gemachten Vorschläge wurden von den Arbeitern wiederholt abgelehnt. Wohl aber mühten die Unternehmer die prinzipielle Erklärung der Arbeiter, daß sie grundsätzlich nur insoweit dem System zustimmen, als die Voraussetzungen, unter denen es eingeführt worden sei, zu strafen und beachtet wurden, als unabänderlich annehmen. Die Unternehmer wünschten für eine zu bildende Studienkommission sechs Monate bis zur Berichterstattung; die Arbeiter gaben nur Zeit bis zum 1. Oktober und stellten als Grundlage auf, daß nur bedient werden dürfen: Ergatterstühle, höchste Breite 1,50 Meter, nur zwei Spulen, nicht höher wie acht Schäfte, kein Streichgarn und nur Uni-Farben. Neue Stühle werden bis zur Berichterstattung nicht doppelt belegt; jeder Streikende und Aussperrte tritt an seine alte Stelle. Etwaige Arbeitswillige haben die belegten Stellen zu verlassen; die Arbeit wird am 16. August wieder aufgenommen.

So hat der Kampf eine Wendung genommen, die im Interesse der Textilarbeiter aller Länder mit Freuden zu begrüßen ist. Die Unternehmer haben die erste Schlacht verloren. Die Arbeiter bereiten den endgültigen Sieg vor, den sie im Oktober sicher zu erringen hoffen.

Wenn wir in unserem Bericht etwas ausführlich geworden sind, so nur deshalb, weil hunderttausende deutscher Klassengenossen in Rheinland-Westfalen, in Sachsen und Thüringen daran lebhaft interessiert sind, zum anderen deshalb, weil die von den belgischen Pressbüros bedienten deutschen Blätter im Interesse der Arbeiterfeinde mit falschen Berichten überhäuft worden sind und es dadurch unmöglich wurde, sich ein wahres Urteil über den Wert des Kampfes zu bilden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Schuhmannsfädel

hat gestern abend gegen 10 Uhr wieder einmal eine Rolle gespielt. Der an der Zimmer- und Friedrichstraße-Ecke haltende Ausseher Lunan wurde von dem Schuhmann Nr. 5627 fittiert, weil er kein Licht am Wagen hatte. Dabei haben Auseinandersetzungen stattgefunden, wobei der Schuhmann von dem Säbel Gebrauch machte und Lunan lebensgefährliche Verletzungen beibrachte. Ein hinzukommender Romanus Bettinger wurde an der rechten Hand verwundet. An dem Aufkommen des L., der nach dem Krankenhaus gebracht wurde, wird gezweifelt. Das zahlreich versammelte Publikum nahm gegen den Beamten eine drohende Haltung ein.

Die Erdbeben-Katastrophe.

New York, 18. August. (B. S.) Die letzten Nachrichten aus Chile besagen, daß die Katastrophe mit derjenigen San Francisco's zu vergleichen ist. Ganze Häuserreihen sind eingestürzt, besonders die modernen Häuser des Handelsviertels. In diesen brach Feuer aus, welches die Verwirrung noch vergrößerte. Die stehen gebliebenen Häuser weisen große Risse auf. Gas- und Elektrizitätswerke sind eingestürzt. Es ist unmöglich, die Zahl der Opfer auch nur annähernd anzugeben. Die Eisenbahnlinien sind gänzlich zerstört.

New York, 18. August. Eine Meldung der „Associated Press“ aus Lima besagt, daß in Balparaiso zahlreiche Personen durch den Einsturz von Gebäuden getötet worden seien. Herbeigerufenen Militär erschloß sämtliche Leute, die zu plündern versuchten. Die Dicksaftigen Sinal del Mar, Sulphique und Limahe in der Nähe von Balparaiso sind zerstört.

Arbeiterzustand.

Mannheim, 18. August. (B. S.) Auf den Zuleverken in Waldhof sind Arbeiter in den Ausstand getreten. Eine Zunahme der Arbeitsniederlegung steht zu erwarten, so daß die Werke wahrscheinlich geschlossen werden.

Ein Kirchenraub.

Paris, 18. August. (B. S.) Die Schatzkammer der Kirche St. Michael ist in der vergangenen Nacht ausgeraubt worden. Eine große Anzahl wertvoller Gegenstände, teils mit Diamanten besetzt, darunter Geschenke früherer Päpste, sind entwendet worden. Von dem oder den Dieben fehlt jede Spur.

Die Strafe.

Petersburg, 18. August. (B. S.) Admiral Schadow erjudete telegraphisch den Marineminister, die Reulere der Schwarzsee-Flotte nicht kriegsgerichtlich, sondern auf administrativem Wege zu bestrafen. — In der „Rozwija Drenja“ fordert ein Offizier zu offenen Kampf auf gegen das „Pol-ntum“, das die Attentäter beschütze.

New York, 18. August. (B. S.) In Balparaiso liegen Hunderte unter den Trümmern verbrannt. Die Stadt brennt an 20 Stellen. Die Bevölkerung ist auf das Land geflohen. Besonders schwer hat das Geschäftsviertel gelitten. Bella Vista, wo sich die besten Wohnungen befanden, liegt vollständig unter Trümmern.

Beitrag

zum Thema:

„Volkserziehung und Sozialdemokratie“.

Die Genossin Zeitlin und Genosse Schulz als Referenten über das obige Thema auf dem Parteitage in Mannheim stellen die nachfolgenden Beiträge zur Diskussion:

1.

Das Ziel der Erziehung ist nicht ein absoluter Begriff religiöser oder moralischer Art, sondern es ist den im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung maßgebenden Faktoren, in letzter Linie den ökonomischen Triebkräften der betreffenden Zeit unterworfen.

Da die bisherige menschliche Geschichte sich in Form von Klassenkämpfen vollzog, so fehlte es bisher an einer einheitlich organisierten öffentlichen Erziehung für die Gesamtheit des Volkes, die öffentliche Erziehung war vielmehr stets und überall Klassen- und Schichtenbildung, während die jeweilig herrschenden Klassen für sich eine verhältnismäßig gute Bildung, und zwar sowohl eine hohe Allgemeinbildung als auch eine für die Beherrschung der Produktion und des Staates notwendige technische Bildung zu monopolisieren wußten, hoben sie die unterdrückten Klassen stets entweder ohne jegliche Bildung gefaßt oder ihnen doch nur das bescheidenste Maß einer für die jeweilige Produktionsform unerlässlichen technischen Bildung eingeräumt.

So ist auch die Volksschule in den kapitalistisch regierten Staaten der Gegenwart, weit davon entfernt, ein wirksames Organ wahrhafter Volksbildung zu sein, nur ein Hilfsmittel der sozialistischen Produktion zum Zwecke einer elementaren technischen Ausrüstung der Arbeitermassen. Eine planmäßige Hebung der Volksschule schertert, obwohl sie im Interesse der sozialen Entwicklung liegt, fortwährend an dem durch Militarismus, Kolonialpolitik und ähnliche kostspielige Interessen der herrschenden Klasse bewirkten ständigen Geldmangel des Staates. Außerdem bewirkt die zunehmende Arbeitsteilung und die dadurch entstehende Spezialisierung und Geisteslosigkeit der Arbeit in vielen Industriezweigen ein Erlahmen des kapitalistischen Interesses für die Volksschule.

Aber die Volksschule ist nicht nur ein Mittel zum Zwecke des kapitalistischen Profits, sie ist auch ein Herrschaftsinstrument zur Förderung der politischen Interessen des Kapitals. Während ein mannigfaltig gegliedertes und reichdotiertes höheres Bildungswesen der Jugend der herrschenden Klassen die Erwerbung einer auf wissenschaftlicher Basis beruhenden allgemeinen Bildung ermöglicht und den herrschenden Klassen dadurch ein geistiges Uebergewicht über die arbeitenden Klassen verschafft, wird die Arbeiterjugend in der Volksschule zum Glauben an ein künstlich zurecht gestuftes, gesellschaftliches Bild der Natur, der menschlichen Gesellschaft und der kulturellen Entwicklung gedrillt. Insbesondere sollen durch dogmatischen Religionsunterricht und byzantinischen Geschichtsunterricht in der Arbeiterjugend frühzeitig die Eigenschaften geistiger Demut und patriotischer Unterwürfigkeit gezeugt werden, Tendenzen, die mit der Verschärfung der Klassengegenstände an Intensität zunehmen.

2.

Der Sozialismus, der die Abschaffung der Klassenunterschiede will, befreit damit auch die Massenerziehung. Er bricht zu diesem Zwecke mit den geltenden Prinzipien der gegenwärtigen öffentlichen Erziehung. Der Sozialismus sieht in dem Kinde nicht den zukünftigen Lohnsklaven und rechtlosen Proletariat, sondern er würdigt in ihm das werdende Glied der sozialen Gemeinschaft freier Arbeiter, bei dem in seinem eigenen und zugleich im gesellschaftlichen Interesse alle geistigen und körperlichen Fähigkeiten zu möglichst hoher Vollenbung zu entwickeln sind. Die öffentliche Erziehung wird dadurch zu einer der wichtigsten sozialen Aufgaben, für die die besten geistigen und materiellen Mittel der Gesellschaft nutzbar zu machen sind.

Da der Sozialismus in der gesellschaftlichen Arbeit den Ursprung und die Grundlage der gesellschaftlichen Organisation erblickt, da er aus diesem Grunde den Gegensatz zwischen Handarbeit und Kopfarbeit, zwischen Praxis und Theorie aufhebt und damit die Arbeit aus der verachteten Niedrigkeit von heute erhebt und zu einer Quelle des Stills und der Freude gestalten will, so wird auch für die Erziehung in der sozialistischen Zukunft die „Arbeit“ die Grundlage und zugleich das wertvollste, lebendstehende und zu sozialer Bewusstseins erziehende Element bilden. In dem kindlichen Spiel der ersten Lebensjahre kommt der allgemein menschliche Drang nach Betätigung zuerst zum Ausdruck. Die zukünftige öffentliche Erziehung wird daher — ohne die kindliche Lebensfreude zu beeinträchtigen — beim Spiel anknüpfen und von hier aus Anknüpfen und Mädchen in gemeinsamer Erziehung und in steter Anlehnung an den sozialen Arbeitsprozeß durch die Jahre körperlichen und geistigen Wohlbefindens geleiten, bis sie als vollentwickelte Individuen und mit vollem Verantwortlichkeitsbewußtsein in die soziale Gemeinschaft eintreten, und zwar an die ihrer Individualität am besten entsprechende Stelle.

3.

Von diesen Grundzügen ausgehend, fordert die deutsche Sozialdemokratie im Interesse der Hebung der öffentlichen Erziehung zunächst:

- Schaffung eines Reichsschulgesetzes auf der Grundlage der Weltlichkeit und Einheitslichkeit des gesamten Schullebens.
- Organische Angliederung der höheren an die niederen Bildungsanstalten. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Schulen. Beihilfe des Staates für die Weiterbildung befähigter, aber unbemittelter Schüler ohne Beeinträchtigung der bürgerlichen Rechte der Eltern.
- Gleichberechtigung der Geschlechter in den Lehrkörpern und der Schulverwaltung. Mitwirkung der Eltern und der Lehrerschaft bei der Schulverwaltung. Fachschulunterricht.
- Errichtung von Erziehungs- und Verpflegungsanstalten für das vorschulpflichtige Alter (Kindergärten) weltlichen Charakters. Errichtung von Schulheimen, in denen die Kinder in den unterrichtsfreien Tagesstunden leibliche und geistige Fürsorge finden. Gründung von Sanatorien für schwächliche und kranke Kinder.
- Errichtung von Fach- und Fortbildungsanstalten für die schulentlassene Jugend ohne Unterschied des Geschlechts. Obligatorischer Besuch dieser Schulen während der Tageszeit bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.
- Einführung des Arbeitsunterrichts in alle Schulen. Errichtung von Lehrwerkstätten. Pflege der künstlerischen Bildung.
- Festsetzung der Klassenfrequenz und der Unterrichtszeit. Organisation des inneren Schulbetriebes ausschließlich nach pädagogischen Grundzügen unter Mitwirkung der Lehrer und Lehrerinnen.
- Errichtung von besonderen Klassen und Schulen für abnorme Kinder (Schwachsinnige, vierfüßige, epileptische usw.). Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Kinder durch Schulärzte. Ferienkolonien.
- Pan- und Ausgestaltung von Schulgebäuden nach den Forderungen der Pädagogik, Schulhygiene und Kunst.
- Errichtung von Bädern, Schwimmbädern, Wärme- und Speisehallen in den Schulen.
- Errichtung von Volksbibliotheken, Lesesälen und Instituten für Volksbelehrung und -Unterhaltung (Volkssongkriege, Volksvorstellungen usw.).
- Materielle und soziale Hebung der Lage der Lehrer und Lehrerinnen, entsprechend der Bedeutung ihrer Aufgabe und zur Erzielung der höchsten persönlichen Leistungsfähigkeit. Universitätsbildung für sämtliche Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen.

4.

Der geschichtlichen Entwicklung eignet nicht die Tendenz, die Erziehung im Heim auszuholen, sondern sie zu vertiefen. Die

Erziehung im Heim hat das Ziel der öffentlichen Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu vervollständigen. Sie soll nicht bloß Mutterwerk, sie muß gemeinsames Elternwerk sein. Die Sozialdemokratie fordert ihre Angehörigen auf, soweit sie als Eltern, Vormünder oder auf andere Weise berufen sind, die Erziehung von Kindern zu leiten oder zu beeinflussen, sich dieser wichtigen Aufgabe mit dem liebevollsten Ernst und der grössten Gewissenhaftigkeit anzunehmen. Sie erklärt es für die selbstverständliche Pflicht der Parteigenossen, daß sie die Kinder im Geiste der sozialistischen Weltanschauung erziehen. Solange aber der Klassenstaat besteht und die Volksschule als Werkzeug der Klassenherrschaft mißbraucht wird, kann sich die häusliche Erziehung nicht harmonisch an den Schulunterricht anschließen, sie muß vielmehr im großen Umfange bewußt und planmäßig den Tendenzen entgegenwirken, welche diesen verfallenen und vergifteten. Das gilt in erster Linie und im besonderen Maße von dem Religions- und Geschichtsunterricht. Die Erziehung im Geiste der sozialistischen Weltanschauung erfolgt nicht dadurch, daß man die unmündigen Kinder zum Auswendiglernen programmatischer Formeln zwingt. Sie fordert aber, daß diese durch die zweckentsprechende Geistes- und Charakterpflege für das Verständnis der sozialistischen Theorien und die Betätigung sozialistischer Bestimmung vorbereitet werden. Dazu gehört, daß man die Kinder in die Welt des natürlichen und sozialen Lebens und seine Triebkräfte einführt, so daß sie den Menschen als ein Glied in der unendlichen Kette aller natürlichen und sozialen Seins erfassen lernen; daß man sie zum Wollen und zum Gebrauch der Freiheit erzieht; daß man in ihnen die Gefühle der Brüderlichkeit, der Liebe zur Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Schönheit erweckt und pflegt. Das lebendige persönliche Beispiel der Erziehenden ist dabei ein Faktor von größter Wichtigkeit.

Damit die Parteigenossen ihre verantwortungsvolle Aufgabe erfüllen können, müssen sie mit Eifer auf ihre theoretisch-sozialistische Weiterbildung bedacht sein, sie müssen in strenger Selbstsucht an ihrer Charakterbildung arbeiten.

Die Partei hat die erzieherische Aufgabe der Eltern dadurch zu fördern, daß sie in ihrer Presse dem Volksschullehrer wie den pädagogischen Problemen dauernd die gebührende Beachtung schenkt und eine geeignete sozialistische Kinderliteratur schafft.

5.

Das Proletariat ist der Träger einer in sich geschlossenen Weltanschauung, die zwar die konsequente Fortentwicklung der höchsten wissenschaftlichen und künstlerischen Ideale unserer Zeit ist, aber in scharfem Gegensatz zu der bürgerlichen Weltanschauung und damit auch zu der bürgerlichen Wissenschaft und Kunst unserer Tage steht, die einen ausgeprägten Klassencharakter tragen. Im Hinblick auf seine geschichtliche Mission kann daher das Proletariat die bürgerliche Weltanschauung nicht einfach übernehmen, es muß sie vielmehr seiner eigenen Weltanschauung gemäß umwerten. In diesen Leistungen ist der relative Wert begründet, den auch die wohlmeinendsten und an sich verdienstlichen Bestrebungen bürgerlicher Kreise zur Hebung der wissenschaftlichen und künstlerischen Volksbildung haben. Die Sozialdemokratie kann daher an solchen Bestrebungen keinen Anteil haben; angeht es die schwebenden Bildungsbedürfnisse der breitesten Massen steht sie ihnen jedoch sympathisch gegenüber, soweit sie nicht dem Zweck zu Mitteln entwidert werden, das Klassenbewußtsein des Proletariats zu trüben und die Energie seines Klassenkampfes abzuschwächen.

Ihr selbst aber erwächst die Aufgabe, in steigendem Maße für die allseitige Weiterbildung ihrer Mitglieder zu sorgen, und zwar in erster Linie für deren theoretische Schulung durch planmäßige Einführung in die Grundzüge des wissenschaftlichen Sozialismus. Als Mittel kommen in Betracht: die Gründung beziehungsweise der Ausbau von Arbeiter-Bildungsschulen, die Veranstaltung von systematisch gegliederten Vortragskursen, die Veranstaltung von Lesungen und Diskussionsabenden, beziehungsweise die Ausgestaltung der Jahrestage zu solchen; die Verbreitung der Literatur des wissenschaftlichen Sozialismus; die Behandlung theoretischer Fragen in der Tagespresse.

Innerhalb der Partei ist der künstlerische Sinn zu erwecken und zu pflegen durch die Ausstattung der Zeitschriften und illustrierten Publikationen; durch die Herausgabe von Meisterbildern und künstlerisch wertvoller Unterhaltungsliteratur, durch die Veranstaltung von Konzerten, Vortragsabenden, gemeinschaftlichen Museumsbesuchen usw., durch einführende Vorträge und Artikel in der Tagespresse; durch eine zweckentsprechende Ausgestaltung der Feste.

Ein Bildungsausschuß von 25 Mitgliedern, bestehend aus Theoretikern und Praktikern, dient als Zentralstelle für die Bildungsbestrebungen. Er stellt organisch aufgebaute Programme für Vorträge und Vortragskurse und die dazu gehörigen Literaturnachweise zusammen, erteilt Ratsschlüsse für belehrende und künstlerische Veranstaltungen, vermittelt rednerische und künstlerische Kräfte und sucht auf andere geeignete Weise seiner Aufgabe gerecht zu werden. Der Ausschuss wird auf Grund einer Vorschlagsliste der Landes- bzw. Bezirksorganisationen alljährlich von Parteivorstand und Kontrollkommission gewählt; der Parteivorstand ist in ihm durch zwei Delegierte vertreten. Eine ständige Geschäftsstelle des Bildungsausschusses vermittelt den Verkehr mit den Parteiorganisationen im Reich.

6.

Die Sozialdemokratie erachtet es als eine ebenso dringliche wie bedeutsame Pflicht, die aus der Schule entlassene proletarische Jugend mit der Weltanschauung des Sozialismus zu erfüllen und für die aktive, zielbewusste Anteilnahme am proletarischen Emanzipationskampf vorzubereiten.

Ihr Lösung dieser Aufgabe sind von den Parteigenossen geeignete Jugendorganisationen zu schaffen bzw. Vertrauenspersonen aufzufüllen, die sich ihr widmen. Es sind Vorträge, Vortragskurse und Unterrichtskurse zu veranstalten; das Vesehntnis ist zu wecken und zu fördern, gesellige Zusammenkünfte und die Feste der proletarischen Organisation sind dem erstrebten Ziele nutzbar zu machen.

Die Bestrebungen zur sozialistischen Erziehung der schulentlassenen Jugend erhalten einen festen geistigen Mittelpunkt durch ein eigenes periodisches Organ, das methodisch in die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus einführt und neben der allgemeinen geistigen Entwicklung die Charakterbildung fördert.

Clara Zeitlin, Heinrich Schulz.

Es ist wiederholt der Wunsch ausgesprochen worden, Entwürfe zu größeren Resolutionen, welche dem Parteitage zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen, so zeitig zu veröffentlichen, daß die Parteigenossen und Genossen Zeit haben, diese Resolutionen zu besprechen. Die Genossin Zeitlin und Genosse Schulz, die als Berichterstatter für das Thema: „Volkserziehung und Sozialdemokratie“ bestimmt sind, haben die Beiträge, die auch als Entwürfe zu einer Resolution verwendet werden können, eingeleitet. Wir veröffentlichen diese Beiträge, damit die Parteigenossen bei der Diskussion über den Parteitag darauf Bezug nehmen können.

Der Parteivorstand.

Die Parteipresse zum Protokoll der Gewerkschaftskonferenz.

„Sächsische Arbeiterzeitung“:

(Die Bestimmungsmomente). Die „Art der Polemik“ hat eine große Rolle auf der Konferenz gespielt. Ueber den persönlichen Kampf, über untragbare Beleidigungen wurde von zahlreichen Rednern kluge, geistreiche, auch ein wenig wie Polorny, der eine vermittelnde Stellung einnimmt, erklärte: ... ich kann sagen, nur die Art der Polemik ist es, die uns den ganzen Jan-

zwischen Partei und Gewerkschaften gebracht hat.“ Wir teilen diese Ansicht nicht, daß nur die Art der Polemik die Schuld trage. Es gibt, wie wir bereits im vorigen Artikel streiften und wie es in einer so großen Bewegung, wie unsere heutige Arbeiterbewegung, nicht anders sein kann, mancherlei und ernste Meinungsverschiedenheiten auch innerhalb des Kreises, der durch die gemeinsamen Gedanken des Sozialismus und des Klassenkampfes verbundenen Menschen. Es ist für uns ferner kein Zweifel, daß die Debatten auf dem Gewerkschaftstongress in Köln stark und berechtigten Anlaß zum Widerspruch gegeben haben, insbesondere die Debatten über die Raiffeisen und den Generalstreik. Gleichwohl müssen wir anerkennen, daß die Gewerkschaftsführer reichlich unter demselben Uebel gelitten haben, über das im Laufe der letzten Jahre auch innerhalb der Partei selbst nur allzuoft Auseinandersetzungen stattgefunden haben. Es ist hier und da versucht worden, solchen Klagen durch Bemerkungen zu begegnen wie diese: Man wolle den guten Ton des höheren Lehrentens in die Partei des harten Kampfes einführen. Es wurde über Anstandsmeierei gespöttelt, über Philister, die den Ausdruck der überquellenden Leidenschaftlichkeit nicht begreifen, und dergleichen mehr. Nun, wir sind nicht zimperlich und scheuen wahrlich nicht vor dem Wort. Es ist aber, was die Lobredner und Beschöniger der erbitterten Parteipolemik beharrlich nicht sehen, ganz und gar nicht der „anständige Ton“, dessen Verlegung beklagt wurde, es war vielmehr die Herabwürdigung der gesamten menschlichen und parteigenössigen Persönlichkeit, worüber Beschwerde geführt wurde.

Diese Klage der Gewerkschaftsführer ist längst von den Parteigenossen, welche die Polemiken in den letzten Jahren verfolgt haben, als berechtigt erklärt worden. Auch haben die Parteigenossen vielfach dahin gewirkt, dieses Uebel zu bekämpfen. Es ist auch nicht zu verkennen, daß dieses Uebel, nachdem es seine Höhe erreicht hatte und allseitig von den Parteigenossen gründlich empfunden wurde, sich neuerdings erheblich gemindert hat.

Die Ver Stimmung der Gewerkschaftskreise entsprang aber keineswegs, wie schon bemerkt, aus der Art der Polemik allein, es häuften sich Mißbehagen und Mißtrauen infolge von Geschehnissen, die eine Unsicherheit des Parteitarbes verrieten und bei vielen Gewerkschaftsvertretern die Gefahr einer wachsenden Demütigung der gewerkschaftlichen Tätigkeit nahe zu rücken schienen. Sehen wir von früherem ab, so lag in der Massenstreikfrage der Ursprung dieses Mißbehagens.

Jena schien die zuvor gehegten Befürchtungen bestätigt zu haben. Bald nach Jena kam aber der „Vorwärts“-Konflikt, es kamen jene kurzen Monate, da eine Anzahl Parteigenossen sich in dem Glauben befanden, daß sie einen besonderen Modikalismus vertreten, da sie eine Sprache führten, als meinten sie, die russische Revolution werde sich alsbald nach Deutschland fortpflanzen. Es ist auf der Februar-Konferenz sehr viel Witteres über die Vorgänge vom 21. Januar und die Wandlungen, die sich damals zutrugen, gesagt worden. ... Vielleicht hört mancher aus einigen Aeußerungen einzelner Gewerkschaftsredner über diese Vorgänge eine gewisse Schadenfreude und eine gewisse Erwartung heraus, als werde der Verlauf jener Parteilaktion nun umgekehrt die Tendenzen des Nurgewerkschaftstums begünstigen. Weit aus wiegt aber über solch leeren Unterzorn der Ausdruck echten Bedauerns über den Verlauf der Dinge vor, und die Partei hat allen Grund, über das Peinliche solcher Kritik sich zu erheben und ihre Wahrheit anzuerkennen. Nicht nur um daraus für die Zukunft Lehre zu schöpfen, sondern gerade auch deshalb, daß nicht solche Geschehnisse tatsächlich die bisher in Deutschland glänzend verlaufende geringen Neigungen engegriffenen Nurgewerkschaftstums zu stürzen.

Der „Vorwärts“-Konflikt erregte aber auch, abgesehen von der „Revolutionsromantik“, bei den meisten Gewerkschaftsvertretern großes Aergernis. Aus dem Protokoll tritt der nicht nur momentane, sondern andauernde Widerspruch der Gewerkschaftsvertreter noch weit schärfer hervor als einst aus den Aeußerungen der Gewerkschaftspresse. Man sah nicht nur in jenem trüben Ereignis elementare Gewerkschaftsfordernungen verkehrt, sondern mußte sich, da man sozialen Widerspruch erhob, fragen lassen, daß die Gewerkschaften nichts angehe.

Mancher Parteigenosse, der die bald erbitterten, bald grimmig ironisierenden Ausführungen der Redner auf der Konferenz liest, mag jetzt, da die Szene sich wieder einigermaßen gewandelt zu haben scheint, über die im Februar geschehenen Aeußerungen erschrecken und bestigt auf diese Angriffe zurückzuschlagen geneigt sein. Aber er möge sich all jener Vorgänge erinnern, die wir nur in leiseren Andeutungen streifen wollten. Dann wird er erkennen, daß die Gewerkschaftsvertreter in ihren Aeußerungen keineswegs gegen unsere Partei vorgegangen sind, daß sie vielmehr um des Wohles der Gewerkschaften willen bedenkliche Erscheinungen kritisierten und abwehren wollten.

Diese Dinge dürfen aber jetzt um so ruhiger besprochen werden, als es ja seit einiger Zeit den Anschein hat, als solle eine ernstliche Abkehr von jenen früheren Irrungen erfolgen. Insbesondere sehen wir mit Befriedigung, daß die Artikel, die der „Vorwärts“ über das Protokoll veröffentlicht, so weit sie bisher vorliegen, nicht nur im Tonfall der Polemik, sondern auch in der Sache selbst von den bisher größten Entgegenkommen gegen die Gewerkschaftsvertreter erfüllt sind. Wir können darin bereits eine segensreiche Wirkung des Protokolls erkennen. Wir freuen uns dieser Wandlung. Wir wünschen nur, daß sie von Dauer ist und bedauern nur aus tiefster, daß unter den früheren Irrungen und Wirrungen das Nötigste der proletarischen Wahlrechtsbewegung nicht geschehen ist oder nicht geschehen konnte.

Diese Auffassung von den berechtigten Momenten der gewerkschaftlichen Ver Stimmung macht uns jedoch keineswegs blind gegen die fehlerhaften Verallgemeinerungen, die vielfach auf der Konferenz vorgekommen sind. Freilich, wenn man einmal verstimmt und verbittert ist, dann stellt sich leicht Ueberempfindlichkeit ein auch gegen sachliche Kritik, dann stellt sich die Neigung der „Schwarzheerei“ ein, von der mit Recht Sätze und andere sprachen. Es ist aber nötig, zu widerprechen, wenn in übertriebener Verallgemeinerung vielfach von einer „Hege gegen die Gewerkschaftsbeamten“ gesprochen wurde, wenn v. Elm die „geflissentliche Herabsetzung der gewerkschaftlichen Tätigkeit“ wie eine allgemeine Erscheinung in der Partei beklagt oder wenn Blum eine Aeußerung unseres Redaktionskollegen Fleißner als Untergrabung der Fundamente der Gewerkschaftsbewegung hinstellt. Jene Verallgemeinerungen entsprechen nicht den Tatsachen und die Aeußerung Blums ist unbedeutend. In Wahrheit ist das Gros der in der Partei tätigen Genossen von größter Hochachtung für die Gewerkschaftsleiter und ihre außerordentlich schwierige und verantwortungsvolle Arbeit erfüllt. Das kann aber nicht hindern, daß aus der Partei heraus, wenn sich in der Gewerkschaftsbewegung Tendenzen zeigen, deren Ueberwindung der sozialdemokratische Gedanke fordert, Kritik erfolgt. Die Gewerkschaftsvertreter dürfen und können nicht verlangen, daß die sachliche Kritik des Gewerkschaftswesens irgendwie eingengt wird, um so weniger, wenn sie selbst, wie es ihr gutes Recht ist, und wie der vorliegende Fall zeigt, lebhaft Kritik an der Partei üben. Gerade eine Aeußerung v. Elms zeigt, wie leicht es ist, selbst in den angeblichen Fehler zu verfallen, den er und Blum anderen vorwerfen. Sollten wir sein Wort aus dem Zusammenhang reißen: „Heute ist unsere politische Tätigkeit eine ziemlich unruhigbare“, so ließe sich auch konstruieren, es würden durch solche Aeußerungen die Fundamente der politischen Tätigkeit untergraben. Auch die gegenwärtige Presse beginnt bereits, diesen Anspruch Elms gegen die parlamentarische und politische Tätigkeit der Partei auszunutzen. Wir wissen natürlich, daß v. Elm weder die im Parlament arbeitenden Genossen beleidigen, noch die parlamentarische Tätigkeit geflissentlich herabsetzen will, daß er vielmehr lediglich die politische Tätigkeit durch seine Aeußerungen noch fruchtbarer zu gestalten

wünscht. Dann aber soll man die sachliche Kritik der Parteigenossen an der Gewerkschaftsbewegung auch nicht anders auslegen als sie gemeint ist."

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ spricht von einer Abkehr von früheren Irrungen, von einer Wandlung, die sie am „Vorwärts“ bemerkt haben will und die sich in unseren Artikeln zum Protokoll anzeigen sollen. Wir sollten meinen, die „Sächsische Arbeiterzeitung“ hätte aus diesen Artikeln am allerersten erkennen müssen, daß der „Vorwärts“ keine Wandlung erfahren hat, daß er vor dem 21. Januar ebensowenig von Revolutionsromantik erfüllt war wie heute. Das gilt, womit das in unseren jetzigen Artikeln dokumentarisch nachgewiesen wird, stammt aus der Nummer vom 30. Dezember 1905! Und trotzdem wärnt auch die „Sächsische Arbeiterzeitung“, die unsere jetzigen Artikel anerkennend erwähnt, also sie doch gelesen haben muß, die Legende von der Revolutionsromantik, von den Erwartungen, die russische Revolution werde sich alsbald nach Deutschland verpflanzen, wieder auf.

„Frankfurter Tagespost“ (zweiter Artikel):

Nicht zur Mäßigung, nicht zur Trennung von der Sozialdemokratie wird das Protokoll anregen, sondern zur kräftigeren Betonung des proletarischen Klassenkampfes. Selbst die auf der äußersten Rechten der Arbeiterbewegung stehenden Führer des Buchdruckerverbandes müssen wegen ihrer Haltung entschieden und sich immer von neuem wiederholenden Widerspruch aus den Reihen der eigenen Organisation erfahren. Genau ebenso war es nach dem Kölner Gewerkschaftskongresse auf den Generalversammlungen der Metall- und Holzarbeiter, der Draht- und Schneider und vieler anderer.

Wir sind nun durchaus nicht der Meinung, daß die Zentralvorstände der Gewerkschaften den Klassenkampf leugnen, hat ja sogar der Bericht des Tarifamtes der deutschen Buchdrucker, der von Vertretern der Unternehmer und Arbeiter unterzeichnet ist, die Unvereinbarkeit kapitalistischer und proletarischer Interessenpolitik konstatiert.

Der ganze Streit zwischen einem Teile der leitenden Personen in den Gewerkschaften und in der Partei — die Massen sind von ihm hochherzlichweise fast völlig unberührt — ist kein prinzipieller Streit, der zu einem harten Entweder — Oder zwingt, es ist ein Streit um Nuancen, bei dem die einen sich für eine kräftigere Betonung des Gewerkschaftlichen, die anderen für eine schärfere politische Haltung einziehen, wo auf einem schmalen Pfade und nicht wie sonst auf getrennten breiten Heerstraßen politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung zusammen marschieren müssen oder wo sich auf Knotenpunkten die sonst auf weiten Straßen parallel marschierenden Heerzüge ihre Wege kreuzen.

Es soll aber durchaus nicht bestritten werden, daß ganz vereinzelte Genossen und Genossinnen mit Uebereifer und nicht mit den gewählten Worten, auch nicht mit Klugheit und, wenn auch nicht mit der Absicht, so doch mit der Wirkung zu verlegen, die Polemik zwischen Partei und Gewerkschaften geführt haben. Es ist hier in beiden Lagern arg gesündigt und schwer geküßt worden von Genossen, die bloß einem Teile der Arbeiterbewegung ihre ganze Kraft fast ausschließlich gewidmet haben. Wir haben diesen Ueberforderungen, vor allem in der Form, niemals irgendwelche Wichtigkeit und Bedeutung zugewiesen, wir haben diese oft mehr auf eine Freude an dem starken Ausdruck als auf die Kraft der Ueberzeugung zurückgeführt. Wir haben in diesen Ueberforderungen auch viel mehr persönliche Äußerungen gesehen als Erklärungen, für die Partei oder Gewerkschaften die Verantwortung zu tragen haben. In der Arbeiterbewegung herrscht das Recht der freien Meinungsäußerung und die durch keine Zensur eingeengte Debattierfreiheit. Deshalb kann man nicht die Partei als Gesamtheit verantwortlich machen für jede Erklärung eines Genossen, einer Genossin, eines Parteimitgliedes, auch nicht des „Vorwärts“, ebensowenig kann man die gesamte Gewerkschaftsbewegung haftbar machen für das, was ein Hauptvorstandsmitglied oder Redakteur eines Gewerkschaftsblattes sagt oder schreibt.

Die Verhandlungen der Gewerkschaftsvorstände in der Konferenz vom 19. bis 23. April 1906 drehen sich zu neun Zehnteln um derartige Äußerungen von Parteimitgliedern und Parteizeitungen, die sich für den objektiven Beurteiler der innerhalb der Sozialdemokratie herrschenden Anschauungen nicht mit diesen im Inhalt und noch weniger in der Form völlig decken.

Die in der Partei, gibt es auch in den Gewerkschaften Genossen, die sich in ihrem Wohlgefallen an scharfen Worten und zugespitzter Polemik nicht genug tun können, die bei demjenigen, der in den Anschauungen da oder dort abweicht, nur auf das Trennende und nicht auf das unverhältnismäßig größere Einigende sehen und danach den Ton der Debatte bestimmen. So Tüchtiges in der Polemik gegen den Gegner unserer Partei geleistet wird, so wenig nützlich ist die Form der Auseinandersetzungen innerhalb unserer Reihen. Wir sehen das im Kleinen wie im Großen, in der Partei wie bei der Gewerkschaft, bei den Führern wie bei den Massen. Das einzige, was uns hierbei trösten könnte, ist, daß es in anderen Parteien auch nicht besser ist, die freisinnige Presse, die „Freisinnige Zeitung“ voran, polemisiert am liebsten im Neugabelstil mit den nächsten Nachbarn, den Barth, Schäfer und Genossen, und die Komplimente, die sich nun gegenwärtig die um Heim und die um Pöcher gegenseitig widmen, klingen auch nicht wie das friedliche und liebliche Läuten der Abendglocken. Diese Art der Polemik innerhalb unserer Reihen, über die wir uns durchaus nicht freuen, ist eben deutsche Art, sie ist auf den Höhen der deutschen Wissenschaft genau ebenso zu Hause wie bei den Arbeitern.

Was aber neu und weniger gesund ist, das ist die Ueberempfindlichkeit über die Auswüchse der Polemik, die ungeheure Bedeutung die jedem scharfen Worte, jedem unglücklich gewählten Ausdruck gewidmet wird. Es gibt auch manche Genossen, für die das Sprichwort gilt, daß er den Splitter im Auge seines Nächsten wohl sieht, nicht aber den Balken im eigenen Auge.

Der all dies berücksichtigt, der wird den scharfen, oft geärgerten und hier und da neues Kerngeris erregenden Worten auf der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände kein allzu großes Gewicht beimessen dürfen. Die Klust ist nicht so groß, wie sie scheint. Die Massen werden dafür sorgen, daß sie sich nicht erweitern, daß sie sich bis auf ein kleines Spälchen schließen. Darum dieses kleine Spälchen, das niemandem gefährlich zu werden braucht, weiter bestehen wird, soll in einem weiteren Artikel auseinandergeklärt werden."

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erläßt in der neuesten Nummer des „Correspondenzblattes“ folgende Erklärung:

Partei Vorstand und Generalkommission.
Unser in Nr. 32 des „Correspondenzblattes“ veröffentlichtes Schreiben an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei in Sachen der Freigabe des Protokolls der Vorstandskonferenz ist bisher unbeantwortet geblieben. Daß die „Vorwärts“-Redaktion an die von ihr ebenfalls bewirkte Veröffentlichung unseres Schreibens die Bemerkung knüpft, der Parteivorstand halte sich trotz des erneut abgelehnten Bescheides für verpflichtet, den Genossen durch wörtliche Bekanntgabe des Textes des Protokolls, der das Thema „Partei und Gewerkschaften“ behandelt, eine sichere Grundlage für ihr Urteil zu geben, konnten wir als eine Antwort des Parteivorstandes nicht erlernen. Nunmehr hat der Parteivorstand in der Tat den auf die Behandlung des Punktes Partei und Gewerkschaften bezüglichen Teil des Protokolls in Sonderabdruck veröffentlicht und der Auflage des „Vorwärts“ vom 11. August beigegeben.
Ein solches Verfahren des Parteivorstandes stellt sich so außerhalb aller Gepflogenheiten der Arbeiterbewegung und verstoßt gegen-

gegen die Grundsätze des Vertrauens, das zwischen den offiziellen Vertretungen der politischen und der gewerkschaftlichen Organisationen bestehen muß, daß die Generalkommission hiergegen im Interesse des Gesamtwohles der Arbeiterbewegung die entscheidende Verantwortung einlegen muß. Wie die Leser des Protokolls mittlerweile erfahren haben werden, ist in letzterem nichts enthalten, was die Gewerkschaftsvertreter vor den Parteigenossen zu verheimlichen hätten. Es handelt sich für die Generalkommission und die Verbandsvorstände lediglich um die Frage, ob Verhandlungen, die wiederholt — und zwar auch noch ausdrücklich in dem veröffentlichten Protokollteil selbst — als vertraulich bezeichnet sind, gegen den Willen der Beteiligten veröffentlicht werden dürfen. Der Parteivorstand glaubte dieses Recht zu haben und hat die Veröffentlichung entgegen dem ausdrücklich ausgesprochenen Willen der Verbandsvorstände bewirkt. In diesem eigenmächtigen Vorgehen befindet sich eine bedauerliche Rücksichtung der letzteren und damit zugleich der von ihnen vertretenen Gewerkschaften. Es kann sicherlich nur der Partei zum Schaden gereichen, wenn deren Vertretung den deutschen Gewerkschaften die Achtung verleiht, auf die letztere nach ihrer Entwicklung und Bedeutung, wie auch nach ihrer Stellung zur Partei vollen Anspruch haben.

Der Parteivorstand hat die Tragweite seines Vorgehens wohl nicht völlig übersehen, weil das von ihm in Anwendung gebrachte Verfahren auch vertrauliche Parteiberatungen in Zukunft gefährden muß.

Die Generalkommission betrachtet in dieser Erklärung bedauerlicherweise die Frage der Protokollveröffentlichung ausschließlich vom Standpunkt des rein formalen Rechts und der Zuständigkeit aus. Sie ignoriert völlig alle die großen Interessen der Partei sowohl wie der Gewerkschaften, die für die Veröffentlichung sprechen. Sie ignoriert die Tatsache, daß das Protokoll nicht mehr geheim war, daß die „Einigkeit“ tendenziöse Auszüge daraus veröffentlicht hatte und daß auf Grund dieser tendenziösen Auszüge bereits falsche Beschuldigungen erhoben wurden, gegen die Genosse Bömelburg bereits gezwungen war, sich zu wehren. Sie ignoriert den Umstand, daß in dem Protokoll unwahre Angriffe auf verschiedene Genossen enthalten sind, denen ohne die Veröffentlichung jede Abwehr unmöglich war. Aber was schwerer wiegt, als das alles, sie berücksichtigt nicht im geringsten den schwerwiegenden Grund für die Veröffentlichung, die Beunruhigung der Genossen in Partei und Gewerkschaft durch die unkontrollierbaren Behauptungen, die über den Inhalt des Protokolls aufgestellt wurden, nicht im geringsten das dringende Bedürfnis, eine reale Grundlage für die Erörterung des Themas Partei und Gewerkschaft zu schaffen, das durch die letzten Ereignisse sich der Arbeiterchaft als brennende Frage aufgedrängt hatte. Der Parteivorstand hat, höherer Pflicht, höheren Gesichtspunkten folgend, die formale Kompetenz der Generalkommission verletzt. Wir glauben, daß das gesunde sittliche Gefühl der Arbeiterchaft ihm Recht geben wird, daß auch die Gewerkschaftsmitglieder die Notwendigkeit der Veröffentlichung erkennen werden. Wir glauben sagen zu dürfen, daß wir in Mannheim eine sachliche und fruchtbringende Debatte haben werden dank der Veröffentlichung, während sie anderenfalls eine durch Mißtrauen vergiftete geworden wäre. Das sollte auch die Generalkommission einsehen, anstatt das Gefühl verletzter Würde über alle anderen Erwägungen zu stellen.

Verbandstag der Schneider.

Berlin, 18. August.

Nach Eröffnung der Sitzung erstattete Künze — Berlin den Bericht der Statutenberatungs-Kommission. Dem Antrage der Kommission gemäß lehnte der Verbandstag die Einführung eines Staffelleistungsab und beschloß mit allen gegen eine Stimme, daß der Wochenbetrag auf 35 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder festgesetzt wird. — Unter anderem wurden noch folgende Anträge angenommen: Den weiblichen Mitgliedern wird auf Antrag die „Gleichheit“ unentgeltlich geliefert. — Von den Beiträgen kann jede Mitgliedschaft 20 Prozent für örtliche Ausgaben behalten. — Bei der Agitation einzelner Filialen in den umliegenden Orten, wo die gewonnenen Mitglieder den betreffenden Filialen zugeführt werden, trägt die Hauptfiliale nur zu Anfang die Kosten, wofür die weiteren Kosten nach Möglichkeit von den Filialen getragen werden müssen. — Der Vorstand wird um ein besoldetes und zwei unbesoldete Mitglieder vermindert. Ferner wurden Anträge angenommen, die sich auf die den Filialen zustehende Zahl der Delegierten zum Verbandstag, auf die Umverteilung und andere Verwaltungsangelegenheiten beziehen. — Die Reiseunterstützung wurde von 2 Pf. auf 3 Pf. pro Kilometer erhöht. Die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung soll auf die Tagesordnung des nächsten Verbandstages gesetzt werden.

Von den sonst noch angenommenen Anträgen sind zu nennen: Sämtliche Verbandsangestellten sind verpflichtet, der Unterstufungsvereinerung der in der modernen Arbeiterbewegung Angestellten beizutreten. Die Hauptfiliale bzw. die örtlichen Verwaltungen zahlen die Hälfte der Beiträge.

Unser Fachorgan sowie die Verbandsfunktionäre haben auf die Gefahren des Alkohols hinzuweisen und für Anklärung in dieser Frage in geeigneter Weise Sorge zu tragen.

Dem Vorstand wurde ein Antrag zur Verächtlichmachung überwiegen, welcher besagt, daß katolische Erhebungen veranstaltet werden sollen über die von den Bekleidungsämtern beschäftigten Kollegen, die Höhe der Löhne, Dauer der Arbeitszeit und den Umfang der für die Bekleidungsämter nach Schluß der Arbeitszeit angefertigten Arbeiten. Das Material dieser Erhebungen soll den Arbeitervertretern im Reichstage überwiesen werden, damit dieselben auf Beseitigung der bestehenden Mißstände hinwirken.

Den Bericht vom Gewerkschaftskongress erstattete der Verbandsvorsitzende Stühmer. Er gab eine Uebersicht über die wichtigsten Beschlüsse des Kongresses. Zur Frage der Meißner sagte er, dieselbe komme für die Schneider wenig in Betracht, denn sie hätten, besonders die Heimarbeiter, die Möglichkeit, den 1. Mai durch Arbeitstriebe zu feiern, ohne das zu Konflikten mit den Unternehmern komme. Ein Teil der Verbandsmitglieder habe sich über die Kölner Meißnerdebatte aufgeregt und doch hätten sie nur in keiner Zahl durch Arbeitstriebe gefeiert, obwohl sie dadurch keine Schwierigkeiten zu erwarten hätten. — Der Beschluß über den politischen Massenstreik sei besonders in dem Teile angegriffen worden, der davon spricht, daß der Massenstreik nicht propagiert werden solle. Dieser Vorstoß bedeute nicht, daß der Massenstreik nicht diskutiert werden dürfe; ehe Diskussion des Massenstreiks lasse sich ja doch nicht verbieten. Die Ansichten seien ja darüber geteilt, wam und unter welchen Umständen von der Waffe des Massenstreiks Gebrauch gemacht werden solle. Einen Massenstreik von kurzer Dauer lediglich als Demonstration hält der Redner nicht für zweckmäßig. — Wenn einmal ein politischer Massenstreik entbrenne, dann werde er nicht in drei Tagen erledigt werden, dann müsse gekämpft werden bis zum letzten Blutstropfen. Die Gewerkschaften hätten keine Ursache, den politischen Massenstreik zu wollen, wenn er aber komme, dann würden auch die Gewerkschaften ihren Mann stellen. Das sei auch in Köln ausgesprochen worden. — Die weiteren Ausführungen des Redners bezogen sich auf die Möglichkeit und Durchführbarkeit des politischen Massenstreiks. Er vertrat die Ansicht, daß die Vorbereitungen für die wirksame Durchführung eines politischen Massenstreiks zurzeit noch nicht gegeben seien, daß sich in der Stimmung der Arbeiterchaft hinsichtlich der Anwendung des politischen Massenstreiks ein kolossaler Umschwung vollzogen habe und daß auch die Haltung des „Vorwärts“ in dieser Frage gegen-

wärtig eine andere sei als die, welche der „Vorwärts“ vor dem 21. Januar vertrat. Der Mannheimer Parteitag werde voraussichtlich eine Verständigung in der Frage des Massenstreiks herbeiführen.

Von einer Debatte über den Bericht nahm der Verbandstag Abstand. Folgende Resolutionen wurden angenommen:

I. Der Verbandstag kann sich mit der Stellungnahme des Kölner Gewerkschaftskongresses zur Meißner nicht einverstanden erklären. Der Verbandstag ist vielmehr der Ansicht, daß mehr wie bisher der 1. Mai durch Arbeitstriebe zu feiern ist. Des weiteren ist der Verbandstag der Auffassung, daß unter gegebenen Verhältnissen die Anwendung des politischen General- respektive Massenstreiks eine Notwendigkeit werden kann und aus diesem Grunde den Kollegen die Diskussion über diese Frage zu empfehlen ist.

II. Der Verbandstag erklärt sich mit den Beschlüssen des 5. Gewerkschaftskongresses — abgesehen von der Stellungnahme zur Meißner — einverstanden und beschließt, das bisherige Verhältnis zur Generalkommission auch in Zukunft bestehen zu lassen. Als Sitz des Vorstandes wurde Berlin, als Sitz des Ausschusses Hamburg bestimmt. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Stühmer, 2. Vorsitzender Ritter, Sekretär Heitmann, Kassierer Käming, Redakteur Sabath.

Der nächste Verbandstag wird in Frankfurt a. M. abgehalten. Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Der Vorsitzende Ritter betonte in seiner Schlussrede, daß politische und gewerkschaftliche Organisationen notwendig seien, um das Proletariat aus wirtschaftlicher und politischer Not zu befreien. Er schloß den Verbandstag mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung und den Verband der Schneider.

Verichtigung. Die im gestrigen Bericht enthaltene Ausfertigung Sabaths zum Punkt: Agitation in der Herrenkonfektion ist folgendermaßen zu berichtigen: Sabath führte aus, die Konfektion habe bedeutende Fortschritte gemacht. Das gebe daraus hervor, daß der Export gestiegen ist, trotzdem die Konfektion infolge der Zollgesetzgebung einige Absatzgebiete im Auslande verloren hat. Auch im Inlande habe der Absatz eine getoalige Zunahme erfahren.

Internationaler Hutarbeiterkongress.

Frankfurt a. M., 16. August.

Vierter Verhandlungstag.

Es kommt zunächst ein Antrag von Brasilien zur Beratung: Die Gelder, welche dem belgischen Verbande während der Ausförrung geliehen worden sind, sollen liquidiert werden.

Rehschle meint, dieser Kongress habe wohl nicht das Recht, einen dahingehenden Beschluß zu fassen; das sei Sache der nationalen Verbände, die das Geld geliehen haben. Deutschland werde wohl das Geld nicht zurückverlangen.

Espanet stimmt Rehschle bei; aber er bittet die einzelnen Nationen, den Wunsch der Belgier zu erfüllen, damit sie von einer drückenden Schuld befreit werden.

Podraski: Wien regt noch an, die Nationen, die Belgien keine Gelder geliehen haben, möchten die belgischen Kameraden in der Weise unterstützen, daß sie ihnen eine Summe zur Verfügung stellen. Die Sache ist damit erledigt.

Ein anderer Antrag von Brasilien betrifft die Abschaffung der Stückarbeit und die Einführung der Tagesarbeit auf der Basis des Achtstundentages. Der Antrag wird von Frau Espanet kurz begründet. Rehschle meint, daß sich wohl alle Delegierten über die Schädlichkeit der Stückarbeit klar seien; es bedürfe darüber keiner Diskussion. Es genüge, wenn beschlossen wird, daß der Kongress die Anregung zustimmend zur Kenntnis nimmt. Vorbet-Von meint, daß das Hauptgemisch wohl auf die Einführung des Achtstundentages zu legen sei, weshalb es sich empfehle, an einem Tage eine Demonstration für den Achtstundentag zu veranstalten. (Rehschle: Das haben wir ja schon im 1. Mai!) Kallaiou-Denton sagt, da sich der Achtstundentag doch nicht so leicht durchführen lasse, solle man die Propagierung der Sache den einzelnen Nationen überlassen. Reina-Monza hält diese Pflicht für geboten; aber eine Demonstration an einem bestimmten Tage zu veranstalten, hält er nicht für zweckmäßig. Podraski hält eine Spezialdemonstration der Hutarbeiter ebenfalls nicht für zweckmäßig; für diese Demonstration sei der 1. Mai da. An diesem Tage sollten auch die Hutmacher demonstrieren. Er beantragt aus diesen Gründen den Vorschlag abzulehnen.

Der Kongress beschließt, die Frage der Abschaffung der Stückarbeit soll von den einzelnen Nationen studiert und das Material auf dem nächsten Kongresse erörtert werden.

Für die in Buenos-Aires und Brasilien seit dem 1. Mai in brutalster Weise ausgepörrten Hutmacher wird eine Sympathieerklärung beschlossen.

Der Antrag der Franzosen, Esperanto als Verkehrssprache für das internationale Sekretariat und spätere Kongresse einzuführen, wird von Albert-Paris begründet. Die Zweckmäßigkeit einer solchen Verkehrssprache werde wohl am besten durch diesen Kongress demonstriert. Man solle deshalb alle Kollegen auffordern, Esperanto zu lernen. Podraski beantragt, in Berücksichtigung der Anregung Alberts geht der Kongress über den Antrag der Franzosen zur Tagesordnung über. Espanet macht den Vorschlag, daß wenigstens die Sekretäre der Nationen Esperanto lernen und als Verkehrssprache benutzen. Kallaiou sagt, die Sekretäre sollten statt Esperanto Englisch lernen. Der Antrag Podraski wird angenommen.

Kongress-Vularen regt die Schaffung eines Fonds an, mit dessen Hilfe man Fabriken aufbauen und arbeitslose Kollegen darin beschäftigen solle. Reina-Monza steht der Idee der Genossenschaftsbewegung sympathisch gegenüber; in Italien habe man auch bereits einige korporative Hütbetriebe, aber einen Beschluß in dieser Sache könne der Kongress nicht fassen. Müller warnt entschieden vor derartigen Gründungen und beantragt, über den Antrag Kongress zur Tagesordnung überzugehen. Auch Kallaiou warnt vor solchen Experimenten. Wie die Deutschen, so hätten auch sie damit üble Erfahrungen gemacht. Der Antrag Kongress wird abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag Reina angenommen, der der Genossenschaftsbewegung im allgemeinen seine Sympathie ausdrückt.

In der Nachmittagsitzung, die von Albert-Paris präsidiert wird, werden noch einige auf die Geschäftsführung des internationalen Sekretariats bezügliche Anträge beraten. Kallaiou beantragt, alljährlich bis zum 30. Juli die Statistiken usw. der nationalen Verbände an den internationalen Sekretär zu schicken, damit dieser in der Lage sei, rechtzeitig den Bericht fertig zu stellen. Es entsteht darüber eine längere Auseinandersetzung. Podraski meint, die Regelung überlasse man am besten dem Sekretariat selbst. Schließlich einigt man sich, daß die Berichte drei Monate vor dem Kongress dem internationalen Sekretariat zugesandt werden müssen. Weiter beantragen die Deutschen: Verbände bis 1500 Mitglieder haben mindestens einen, bis 2000 Mitglieder zwei, bis 3000 Mitglieder drei und über 3000 Mitglieder vier Delegierte zu entsenden. Doppelmandate sind unzulässig.

Auch darüber gibt es eine lange Auseinandersetzung. Albert-Paris bezeichnet ein solches Vorgehen als undemokratisch. Es sei nur geeignet, die kleinen Nationen niederzustimmen. Rehschle erwidert, daß sie eine Belehrung darüber, was demokratisch sei, ablehnen müssen. Es sei nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn die starken Verbände, die doch auch entsprechend ihrer Stärke Pflichten zu erfüllen haben, eine proportionale Vertretung und Abstimmung verlangen. Da eine Verständigung nicht zu erzielen ist, zieht Rehschle schließlich seinen Antrag zurück mit dem Eingeständnis, daß es jedem Kongress überlassen bleiben soll, über den Abstimmungsmodus zu beschließen. Weiter wird von Deutschland beantragt:

Verbände, die mit ihrer Beitragsleistung an das internationale Sekretariat über ein Jahr im Rückstande sind und trotz Mahnung ihren Pflichten nicht nachkommen, haben auf dem Kongresse nur beratende Stimme.
Dieser Antrag wird angenommen.
Ein Antrag Bordet-Lyon, dem Sekretär forten kein Mandat mehr zu übertragen, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.
Damit sind die Anträge erledigt. Als Tagungsort für den nächsten internationalen Kongress 1909 wird Wien bestimmt. Hierauf wird der Kongress geschlossen.

Aus der Partei.

Sozialistische Familienfeste. So nennt Genosse Braze in der Pariser „Humanité“ das Fest, das die Pariser Genossen am heutigen Tage österreichischen Genossen veranstalten, die am 17. August in Paris auf einer Studienreise eingetroffen sind. Es handelt sich um 500 Mitglieder des Wiener Arbeiterbildungsbereichs, die am 14. August von Wien aufgebrochen sind und nun in Paris einige Tage verweilen. In dem Feste sind auch die Organisationen der ausländischen Genossen aller Länder in Paris eingeladen.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ hatte die Teilnehmer an der Studienfahrt wie folgt begrüßt:

Es ist das erstemal, daß eine von Arbeitern arrangierte Reise in solche Entfernung und durch so herrliche Gefilde wie Tirol und die Schweiz und darüber hinaus nach Frankreich unternommen wird. Die Vereinigung hat durch dieses Reisearrangement einen Reford geschaffen, welcher um so glänzender ist, als durch die Veranstaltung, den traditionellen Bestrebungen des Vereins getreu, dem Bildungsbedürfnis seiner Mitglieder hervorragende Rechnung getragen wird. Die Reise ergänzt die Lehrkurse des Vereins durch eine Anschauung, wie sie bisher noch von keiner Schule geboten werden konnte. Die Veranstaltung legt dem Verein das berechtigte Zeugnis ab, daß die von Arbeitern und Genossen geleiteten Bildungsstätten auch den rechten Weg gehen, um durch Bildung die Menschheit zur Freiheit zu erziehen.

Das Unternehmen sollte die deutsche Sozialdemokratie zur Nachahmung anspornen.

Die Massenstreikdebatte. Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 2. Hamburger Wahlkreis, die am 14. August tagte, beschloß, folgenden Antrag an den Parteitag zu stellen:

In Sachen des politischen Massenstreiks stehen wir unentwegt auf dem Boden der auf dem Jenaer Parteitag gefaßten Resolution. Wir protestieren deshalb aufs entschiedensten gegen jeden Versuch, die Jenaer Beschlüsse in sophistischer Weise zu deuten, wie dies in einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes mit der Generalkommission geschehen ist. Die in dieser Angelegenheit abgegebenen Erklärungen der Beteiligten genügen uns in keiner Weise, sie liefern vielmehr den Beweis, daß derartige Verhandlungen resp. Abmachungen zwischen diesen beiden Körperschaften sehr leicht dazu führen können, die Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit der Arbeiterbewegung zu stören und zu schwächen, sowie Mißtrauen und Verwirrung in die Reihen der Arbeiter zu tragen.

Wir stellen darum den Antrag, der Parteitag wolle beschließen:

Alle Fragen, den politischen Massenstreik betreffend, gleichviel ob prinzipieller oder taktischer Natur, in voller Öffentlichkeit zu erledigen.

Das Referat über den Parteitag hatte Genosse Paul Hoffmann, Vizepräsident des Parteivorstandes, melden aus seiner Rede, er habe erklärt, der Parteivorstand habe im Januar in Hamburg den Massenstreik als Demonstration gegen die Verschlechterung des Bürgerrechtes „geplant“ (soll wohl heißen: empfohlen) und Bebel habe es bedauert, daß statt des Massenstreiks nur eine Protestversammlung am Nachmittag zustande gekommen sei.

Wir finden in dem Bericht des „Hamburger Echo“ eine solche Stelle nicht. Danach hat der Referent lediglich gesagt: Wie wenig informiert die Leute, die in der Vorstandskonferenz die Partei kritisiert haben, seien, das zeige z. B. die Äußerung Paul Müllers über die Vorgänge in Hamburg, wobei er behauptete, der Parteivorstand habe hier gebremst!

Anträge zum Parteitag. Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 2. Hamburger Wahlkreis nahm außer dem Antrage betreffend den Massenstreik noch folgende Anträge an:

Der Parteitag möge beschließen: Der Parteitag mißbilligt entschieden die schlechte Vorfahrt der Fraktion anlässlich der Besprechung der Interpellation des „Vorwärts“-Anklägers im Reichstage, wodurch die erstmalige Besprechung verhindert wurde. Ferner weist der Parteitag auch darauf hin, daß die Anwesenheit der Fraktionsmitglieder in vielen Fällen auch bei der Beratung des „Wats des Innern“ sehr viel zu wünschen übrig ließ, was bei der Wichtigkeit dieses Gats für die Arbeiterchaft entschieden zum Nachteil ist.

Der Parteitag beantragt den Parteivorstand, eine leichtverständliche Broschüre herauszugeben, in welcher in kurzen Zügen auf die Ziele des Sozialismus sowie auf die Notwendigkeit des politischen Kampfes neben dem gewerkschaftlichen hingewiesen und zum Eintritt in die sozialdemokratischen Vereine aufgefordert wird. Diese Broschüre ist in einer Massenansage herzustellen und zum Drucklohnpreis von drei Vertrauensleuten der Partei sowohl wie auch der Gewerkschaften zur Agitation für die Partei zu verwenden.

Der Parteitag möge beschließen, die „Alkoholfrage“ auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu legen.

In der Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Hamburgs wurde auch der „Vorwärts“-Konflikt gestreift. Die Prekommission des „Hamb. Echo“ delegierte seinerzeit zwecks Schlichtung der Angelegenheit die Genossen Frohne und v. Elm nach Berlin. Hierin erkläre die Vorstände eine Ueberbreitung der der Prekommission zusehenden Kompetenzen. Damit solche Sachen nicht wieder vorkommen, eruchen die Vorstände der drei Parteivereine um die Annahme dieses Antrages:

„Die Landesversammlung erklärt, daß es nicht Sache der Hamburger Prekommission war, in den „Vorwärts“-Konflikt in Berlin einzugreifen.“

Genosse v. Elm (Mitglied der Prekommission) suchte den Nachweis der Berechtigung der Prekommission zur Delegation zu erbringen, da es sich um das Zentralorgan handelte, während Genosse Gruenewald erklärte, schließlich konnte man mit denselben Argumenten auch die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Orte, zum Beispiel Forst, begründen. Nach lebhafter Debatte wurde der Antrag der Vorstände mit allen gegen etwa zehn Stimmen angenommen.

Das Kölner Volkshaus, das neue eigene Heim der Kölner Partei- und Gewerkschaftsmitglieder ist nunmehr in allen seinen Teilen fertig gestellt und dem Verkehr übergeben. Das Bauwerk, das sich von der Severinsstraße Nr. 197-199, einer der Hauptverkehrsadern Kölns, nach hinten bis zum Berkengraben, einer Parallelschraube der erstenamman, erstreckt, ist eines der imposantesten Gebäude des südlichen Stadtgebietes. Die Fassade ist in Hausform ausgeführt und in einer gotisierenden Renaissance gehalten. Das Vordergebäude hat siebzehn Meter Front und ist 2 Meter hoch. Dahinter befindet sich ein Gebäude mit einem großen Saal von tausend Sitzplätzen und darunter drei kleineren Sälen. Weitere Säle, Beratungsraum und Büroräume für das Arbeitersekretariat, die Zentralbibliothek und die Verwaltungen der Gewerkschaften befinden sich im Vordergebäude, das auch den Restaurant, Hotels und Herbergsbetrieb aufweist. Alle

Einrichtungen, wie Küchen, Kühl-, Licht-, Heizungs-, Bade- und so weiter Anlagen entsprechen den neuesten Errungenschaften. Das Grundstück, auf dem sich der fünfgeschossige Bau mit seinem Zubehör erhebt, kostet allein 375 000 Mark; das ganze Volkshaus stellt ein immobiles Kapital von rund einer Million Mark dar. Eigentümerin ist eine aus Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern bestehende Bau- und Erwerbsgenossenschaft m. b. H., die in Raten zahlbare Anteilscheine zu 20 M. ausgibt. Die Beschaffung des Kapitals, dessen Hypotheken nun auf dem Unternehmen ruhen, gestaltete sich recht schwierig. Jedoch ist es den Kölner Genossen möglich, das Volkshaus in jeder Weise rentabel zu gestalten. Die Erinnerung an das bisherige Elend; die unablässigen Skerkalen und behördlichen Saalabreibungen, an die zeitweise Obdachlosigkeit und die durchweg unwürdige Verfallungsgelegenheit wird ausreichen, um dem Volkshause die Rentabilität zu erhalten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafsentscheidungen der Presse. Vom Amtsgericht Barbed wurde der Genosse Franko von der Dortmund „Arbeiterzeitung“ zu 10 Mark Strafe verurteilt, weil er christlichen Arbeiterauschmittgliedern einer Zeche die Wahrheit gesagt hatte, dabei sie aber formell beleidigt haben soll. Der Redakteur des bürgerlichen „Allg. Beobachters“ zu Essen erhielt dieselbe Strafe, der Genosse Wigmann aber von der „Vergarbeiterzeitung“, der am schlimmsten beleidigt haben soll, 30 Mark Geldstrafe.

Das staatsgefährliche Vergräbnis. Vor dem Schöffengericht in Mülheim a. Rh. standen neun Parteigenossen, die bei dem Vergräbnis einer Genossin Kränze mit roten Schleifen getragen hatten. Sie hatten dafür polizeiliche Strafmandate bekommen, wogegen sie richterliche Entscheidung beantragten. Das Gericht erkannte gemäß dem Antrage des Verteidigers Rechtsanwalt G. Schrammen mit folgender Begründung freisprechend: Das Gericht habe sich nicht überzeugen können, daß die Verurteilung eine sozialdemokratische Demonstration gewesen sei; die Leidtragenden (es waren etwa tausend) hätten nur der gestorbene Parteigenossin die letzte Ehre erweisen wollen; wenn sie bei dieser Gelegenheit Kränze mit roten Schleifen bei sich führten, so sei das ganz erklärlich, denn als Sozialdemokraten hätten sie keine andere Farbe wählen können.

Aus Industrie und Handel.

Aus dem rheinisch-westfälischen Maschinenbau- und Kleinereisen-gewerbe.

Trotz der äußerst günstigen Geschäftslage, in der sich die Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie schon seit 1905 befindet, wird immer noch über eine unbefriedigende Rentabilität geklagt. Als Grund werden die wenig gewinnbringenden Fabrikpreise bezeichnet, die mit den teuren Rohstoffen und den hohen Löhnen und Gehältern nicht in Einklang ständen. Besonders in der Kleinereisenindustrie wird ziemlich allgemein über dieses Mißverhältnis Klage geführt und die Preissteigerung am Rohisen- und Halbzeugmarkt unangenehm empfunden. Das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Arbeiters betrug nach der Lohnstatistik der Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie-Vereinsgenossenschaft in dem Bezirke Dortmund, Hagen, Alena, Düsseldorf, Remscheid und Köln 1905 1845 M. gegen 1310 M. im Jahre 1904. Es ist demnach um 35 M. oder um annähernd 3 Prozent gestiegen. Sehr viel stärker war die Lohn-erhöhung von 1899 auf 1900, in welchen Jahren der Verdienst von 1034 M. auf 1256 M. oder um rund 21 Prozent stieg. In der Aufschwungsperiode von 1895 bis 1900 gingen die Löhne um 35 Prozent hinauf; seit 1900 sind sie nur um 7 Prozent gestiegen. An der verhältnismäßig geringen Steigerung innerhalb der letzten fünf Jahre ist das Jahr 1902 schuld, das eine Abnahme des Einkommens um 5 M. pro Arbeiter brachte. Die Entwicklung des Durchschnitts- verdienstes eines Arbeiters in der Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie Rheinland-Westfalens seit 1885 geht aus folgender Zusammenstellung hervor. In den Jahren, die die wichtigsten Veränderungen zeigen, stellte sich der Jahresverdienst in Mark auf

1885/86	1890	1892	1895	1899	1900	1902	1905
822	918	908	929	1034	1256	1253	1345

Bei diesen Lohnangaben ist aber noch ein wesentlicher Umstand zu berücksichtigen. Die Löhne gelten nur für erwachsene Arbeiter einschließlich der versicherten Beamten und Unternehmer. Und da die Zahl der Jugendlichen gerade in dieser Industrie relativ sehr groß ist, wird durch Ausschaltung dieser aus der Lohnstatistik natürlich ein sehr günstiges Bild gewonnen. Auf je 1000 Erwachsene entfallen nämlich Jugendliche:

1900	1902	1903	1905
218,6	302,9	269,5	225,5

Die Zahl der erwachsenen Hilfsarbeiter ist in der rheinisch-westfälischen Kleinereisen- und Maschinenbauindustrie verhältnismäßig gering, zu Hilfsarbeiten verwendet man mit Vorliebe neben Lehrlingen andere jugendliche Arbeiter, daher die große Zahl jugendlicher. Die oben angegebenen Löhne gelten fast ausschließlich für Facharbeiter und können daher durchaus nicht als hoch bezeichnet werden. Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich der versicherten Beamten und Unternehmer betrug

1900	164 606	davon Jugendliche	20 647
1902	169 835		36 038
1903	167 660		35 590
1905	192 778		35 471

Die folgende Zusammenstellung gibt die Durchschnittslöhne auch der Jugendlichen und den Durchschnittslohn für alle Versicherten an. Es betrug der Jahresdurchschnittslohn

	für die Erwachsenen	für die Jugendlichen	für alle Versicherten
1900	1256	379	1098
1902	1253	417	1059
1903	1277	432	1097
1905	1345	421	1176

Der Durchschnittslohn für alle Versicherten stieg seit 1900 nur um 77 M. gleich 7 Prozent in 5 Jahren.

Im höchsten werden die auswertigen Monteur- resp. Reparaturarbeiten an Maschinen bezahlt; hierbei verdient ein Arbeiter durchschnittlich 1570 M. im Jahre; der Mehroverdienst im Jahre 1905 stellte sich auf 52 M. In den Bezirken für Webereientwicklungen kamen auf einen Arbeiter 1905 nur 906 M. und 1904 sogar nur 571 M. Nach den Kontoren verdienen die in Dampfmaschinenwerken und Walzwerken Beschäftigten den höchsten Lohn; ein Arbeiter bekam 1905 durchschnittlich 1410 M. gegen 1246 M. im Jahre 1904. Niedriger als im Maschinenbau sind die Löhne im allgemeinen in der Kleinereisenindustrie; der höchste Lohnsatz besteht mit 1300 M. in der Fabrikation von Stahlbändern, der niedrigste mit 921 M. wird in Drehschiffabriken bezahlt. Unter allen Bezirken ragt der Düsseldorf-Bezirk hervor, insofern als der Großbetrieb am meisten vertreten ist. Auf einen Bezirk kamen 1905 im Durchschnitt 85 Arbeiter, während es im Remscheider Bezirk, dem Hauptstuh der Kleinereisenindustrie, nur 23 Personen waren. Dagegen wird der höchste Durchschnittslohn im Kölner Bezirk bezahlt. In den einzelnen Bezirken stellte sich nämlich der durchschnittliche Jahresverdienst eines Arbeiters auf Mark

	1904	1905
Dortmund	1104	1110
Hagen	1127	1158
Alena	1064	1100
Düsseldorf	1102	1230
Remscheid	1101	1118
Köln	1208	1297

Die Löhne differieren mithin ganz außerordentlich stark, sowohl innerhalb der einzelnen Bezirke selbst zwischen den verschiedenen Arbeiterkategorien, wie auch nach Bezirken gegliedert.

Theater.

Kleines Theater. „Rimenjige.“ Eine Kaffeehausfuge von G. Courteline. — „Diplomatie in der Ehe“, Burleske von A. de Fiers und G. M. de Caillavel. — „Das Trottoir roulant“, Tragische Fosse von G. Courteline. Der beiseide Witz Courtelines, dessen übermütige Beamtensatire „Der Herr Kommissar“ während der vorigen Saison eine wahrhaft kongeniale Darstellung im Deutschen Theater fand, dankt aber leider nur zu rasch wieder vom Repertoire verabschiedet, verlegt sich auch in diesen beiden Kleinigkeiten, der Kaffeehaus- und der Gerichtsszene, nicht. — Die Rede des in der Erinnerung eingebildeter Triumphe schwelger Nimenjige wie das wunderliche Klaidoner das in seinen häuslichen Grundrechten durch Polizei und Justiz bedrohten Angeklagten La Brige ist voller drastischer Pointen. Nur fehlt es an dem rechten Schlußtrumpf, namentlich im zweiten Akt. Der plötzliche Umschlag aus der durch die Natur des Klageobjektes hervorgerufenen ausgelassenen Stimmung ins Ernste steht mit der ganzen Anlage hier so wenig in Einklang, daß die Wirkung, wie auch die Haltung des bis dahin sehr animierten Publikums zeigte, verwirrend und verstimmend sein mußte. Was von Courteline ursprünglich sicher als ein blutiger Hieb gegen blinde Schablonenjustiz gemeint ist, die Verurteilung des harmlosen La Brige zu vielmönatlicher Gefängnisstrafe, macht in diesem Zusammenhange den Eindruck einer Verlegenheitsausflucht, ergriffen, weil sich zur Lösung der burlesken Verwickelung kein neuer ebenso burlesker Einfall finden wollte. Das „Trottoir roulant“ der letzten Pariser Weltausstellung, eine erhöhte, mechanisch bewegte, täglich von zehn- und hunderttausenden Besuchern frequentierte Fußgängerbahn, bildet den Hintergrund zu La Briges Verbrechen. Gerade an seinem Fenster, durch dessen weite Oeffnung die aufgelauchten Bahnpassanten mit Vorliebe ihre Kirsch- und Apfelsinenkerne ihm ins Zimmer spuden, geht dieses Wunderwerk moderner Technik hin und her. Bevor die Katastrophe eintrifft, hat er — er schildert das mit epischer Breite — auf dem Beschwerdebüro schon die erbittertesten Kämpfe ausgefochten. Und dann kam jener Tag, an dem er, nur mit einem leichten, jedem Bindhuch zugänglichen Schlafrock angezogen, in gebührender Stellung die Achse des Fensters zugewandt, wie er selbst behauptet, nach einem im Zimmer verlorenen Geldstück suchte; eine Stellung, die aber von den sieben- bis achtundzwanzigtausend Passanten, die das gewaltige Drehwerk in dem betreffenden Zeitraum vorübergefahren, sehr wohl als eine Art Herausforderung bemerkt worden ist und seine Labung vor Gericht zur Folge hatte. Aber er war höchst glücklich in der Rolle, ein förmliches Gemisch von jungemeländiger Modultität, tief innerlicher Ueberzeugtheit und tüchtler Resignation. Aber eben weil ihm das Burleske so gut gelang, mußte der Witz an Schluß, der Sprung von der Parze zur feierlichen Anlage wider den Unverstand der Richter, der „ewig“ sein wird, der Empfindung um so befremdlicher erscheinen.

Ebenbürtig stand der Leistung Abels die Vettingers in den übrigens schon früher auf Berliner Bühnen aufgeführten „Rimenjige“ gegenüber. Jede Nuance in diesem feim gepinselten malitiosen Bildchen grotesker Schauspielereinnahme kam mit demselben sicheren Aplomb heraus; die tühne Geste, das donnernde Organ, wenn der Akt von seinen „rauschenden Erfolgen“ erzählt, das geschmeichelte Schloß nach jedem Komplikant, die ausfahrende Wut, sobald er auch das leiseste Zeichen von Unaufmerksamkeit bei seinem Gegenüber zu entdecken glaubt, die pompösen Freundschaftsgrüße beim Wiedersehen mit den ehemaligen Kollegen, der patronisierende Ton, der bald zu offener Unverschämtheit übergeht, und endlich die entflammte Leidenschaft des lauten Janes, in einer dem unschuldigen stillen Stammgast zuerteilten Ohrseige sich entladend. In dieser Szene stimmt alles einheitlich zusammen, aber die Wirkung wird dadurch etwas beeinträchtigt, daß dem Grundthema nicht noch am Ausgang irgend eine ganz unerwartete lächerliche Wendung abgewonnen wird. Die Situation bleibt drohlich, aber das Drollige steigert sich nicht.

Das von den Courtelineschen Burlesken eingerahmte Mittelstück der Herren Fiers und Caillavel war matteriviale Tendenzware. Der Applaus galt dabei wohl ausschließlich Herrn Licho, der einen tarifizierten amerikanischen Selbmademan-Typ mit trocken-behaglichem Humor spielte, dt.

Musik.

sz. Im Hause von John, dem Postillon, verkehrt die Kleine Puppenarbeiterin Nan. Ihr lieber Eduard ist als Seemann weit in die Welt gegangen, und inzwischen bedrängt sie der alte Puppenfabrikant Tackleton. Ein alter ehrlicher Seemann, der gerade ins Haus kommt, entpuppt sich bald als der erste Eduard, und alles wendet sich zu einem frohen Ende; auch John und sein Weib Do sehen ihrem erbotenen Glück entgegen. Das hat hauptsächlich die Grillenweise fertig gebracht, die als das „Heimchen am Herd“ ihres freundlichen Ehenarrufes waltet.

Die Erzählung von Ch. Dickens, der dieser Inhalt zugrunde liegt, ist von A. M. Willner zu einem Opernlied verarbeitet worden, und E. Goldmarz hat den Text komponiert. Die Uebersetzung war in Wien 1896; seither wurde das Stück ziemlich beliebt, und ist auch bei uns vor einiger Zeit im Theater des Westens wiederholt worden. Vorgesestern (Freitag) hat unsere Sommeroper bei Kroll unter Direktor A. Koebke das Stück abermals herangezogen, mit einem Erfolge, der noch über das Maß sommerlicher Weilschfreude hinausging.

E. Goldmarz (geb. 1830 in Ungarn) hat mit seiner „Königin von Saba“, die zuerst in Wien 1875 aufgeführt wurde, einen großen äußeren Erfolg errungen, scheint ihn aber durch seine weiteren Werke (seit dem „Heimchen am Herd“, „Göh“ u. a.) nicht mehr einholen zu können. Wohl nur seine Sinfonie „Ländliche Hochzeit“ ist das Entzücken weiter, zumal Klavierpieler, Kreise geworden. Jedenfalls dürfte das Idyllische zu den günstigsten Seiten seines Schaffens gehören. Dazu verfügt er mit großer koloristischer Kraft über das Orchester, kann auch ein wenig warm und innig werden, wenngleich mit einem starken sentimentalen Zug; und so ist eine Aufführung von ihm sicherlich ein verlorener Abend. Das „Heimchen“ enthält allerdings gegen Anfang vieles, was geredet und nicht gesagt ist, steigert sich aber, namentlich im Sinne einer fomischen Oper, gegen den Schluß hin so geschickt, daß man sozusagen die Kritik vergißt.

Dazu kam diesmal eine wirklich gute Aufführung. Die Regie (J. Goldberg) und die Orchesterleitung (Dr. Kunwald) taten noch mehr als sonst, und der Chor war nicht nur frisch in der Vorstellung, sondern auch tüchtig im Gesange. Die beste Sololeistung hat wohl Fraulein Fiebigler als die Kleine Puppenarbeiterin geleistet. Eine wahrhaftige Vorleistung und ein technisch hochschickendes Singen, das sich auch bei gewöhnlichen dramatischen Akzenten behauptet, machten die Durchführung der Rolle zu einer recht erfreulichen Erscheinung. Als das Heimchen selber gab sich Fraulein Friedefeld erfolgreiche Mühe, ihrer Stimme einen Klang gleichsam aus einer anderen Welt zu schaffen. Der Tenor des Herrn Siewert (als Seemann) besitzt Kraft und schöne Strahlung, ist aber doch mit seiner Verfeinerung und Schmeichelei noch nicht am Ende. Eine gute schauspielerische Leistung bot Herr Strickradt als der Alte; Herr Paschow gab sich hier mit der foundsozialen Rolle Mühe, und Fraulein Wilms wendete viel Aufser an die schauspielerische Ausgestaltung der Postillonfrau. —

Sozialdemokratischer Agitations-Berein für den Wahlkreis Altona-Neuberg. Sonntag, den 19. d. M., nachmittags 4 Uhr, bei Becker, Weberstraße 17: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisversammlung. 2. Diskussion. 3. Wollen wir ein Stillschließung? 4. Verschiedenes. Gäste willkommen.

A. WERTHEIM

SCHWARZE KLEIDERSTOFFE

Reinwollene Cheviots	ca. 110 cm breit Mtr.	1.25, 1.45, 1.65 Mk.
Reinwollene Satins	ca. 110 cm breit Mtr.	1.75, 2 Mk., 2.40 Mk.
Reinwollene Damentuche	ca. 110 cm breit Mtr.	2.25, 2.75, 3.25 Mk.
Reinwollene Voiles	ca. 110 cm breit Mtr.	1.15, 1.45, 2 Mk.
Alpakas	ca. 110 cm breit Mtr.	1.65, 2.25, 2.75 Mk.

Ein grosser Posten:

Reinwollene blau-grün
karierte Stoffe Mtr. 1.35
110 cm breit

Ein grosser Posten:

Reinseidene Stoffe
blau-grün gestreift und kariert Mtr. 2.10

Ein grosser Posten:

Kostüm-Röcke fussfrei, aus wollenen Covertcoat-Stoffen, in Falten gesteppt früh. Preis 13.50 **7.90 Mk.**

Ein grosser Posten:

Blusenhemden aus modernen Waschstoffen

Serie I	II	III	IV
1.75	2.20	3.25	4.75 Mk.

SCHÜRZEN

Tändel-Schürzen mit Sticker-Volant	55 Pf.
Tändel-Schürzen ecru Satin	1.10 Mk.
Tändel-Schürzen Stickerstoff	1.50 Mk.
Tändel-Schürzen schwarz-weiss Satin mit Spitze	1.30 Mk.
Wirtschafts-Schürzen mit Volant	95 Pf.
Wirtschafts-Schürzen Gingham 1.25 extra weit 1.60	
Wirtschafts-Schürzen mit Achselband, Cretonne	95 Pf.
Wirtschafts-Schürzen mit Achselband, Gingham	1.50 Mk.
Reformhänger Gingham	1.25, 1.90 Mk.
Reformhänger Cretonne 2.25, einfarbig	2.75 Mk.
Reform-Schürzen einfarbig 95 Pf. Gingham	1.75 Mk.
Reform-Schürzen Cretonne	2.10 Mk.

DAMEN-

HANDSCHUHE

Halbhandschuhe weiss und farbig	22 Pf.
Halbhandschuhe weiss und farbig mit Druckknöpfen	42 Pf.
Mitons für kurze Ärmel, a jour Gewebe	35 Pf.
Spitzenhandschuhe für kurze Ärmel	1.45, 1.95, 2.50 Mk.
Fingerhandschuhe für kurze Ärmel, farbig und weiss	80 Pf.
Zwirnhandschuhe 2 Druckknöpfe	33 Pf.
Imit. Leinen Handschuhe	85 Pf.

KORSETTS

Empire-Korsetts grau 1.25, blümt 2.35, lila 1.45	
Halbhohe-Korsetts Satin, grau mit Fischbein	3.85
Sommer-Korsetts creme Bandstoff mit langen Hüften	3.75
Korsetts grau, mit 4 Strumpfhaltern	4.75

TAPISSERIE

Tablettdecken weiss od. grau Leinen mit Hohlraum 3 Gr.	30, 40, 55 Pf.
Decken weiss oder grau Leinen mit Hohlraum	
Grösse ca. 55/55	55 Pf.
80/50	80 Pf.
67/57 cm	1.30 Mk.
Tisch-Läufer	1.55 Mk.

IN DER LEBENSMITTEL-ABTEILUNG:

Rebhühner	95 Pf.
Pfirsiche Pfd.	30 Pf.
Essbirnen Pfd.	8 Pf.
Weintrauben Kiste	1.10 Mk.

DIESE ARTIKEL
SIND VON DER
ZUSENDUNG
AUSGESCHLOSSEN

Verfammlungen.

Der Wahlverein für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis hatte für Dienstag fünf Versammlungen veranstaltet...

Der Klassenkampf.

Die Versammlung für das Köpenicker Viertel bei Graumann, Raungr. 27, ehrte von Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der verstorbenen Genossen Heinze, Ebel, Schneider und Kramke...

Den Bericht der Generalversammlung Groß-Berlin gibt Karpenfiel. In der Diskussion rügt Springer das Verhalten der Delegierten des vierten Kreises...

Die Versammlung für das Straßener Viertel tagte bei Dittin. Referent war Genosse Max Riesel. Der Vortrag fand reichen Beifall.

In der Versammlung des Landsberger Viertels referierte Genosse Düvel. Ausgehend davon, daß bereits im kommunistischen Manifest von Klassenkämpfen die Rede ist...

In der Versammlung des Frankfurter Viertels sprach Genosse Eichler. Der große Beifall erntete. In der Diskussion führte Schulze aus: Der eigentliche Klassenkampf werde von der Gewerkschaft geführt...

In seinem Schlussworte betont Genosse Eichler, daß Gewerkschaft und Partei zusammengehen müssen. Nur im Falle der absoluten Abwehr werden wir den Massenstreik anwenden.

Im Köpenicker Viertel sprach Genosse Stumpe über: „Schulproletariat und Bildungsbestrebungen.“ Im Altertum, so führte Redner aus, hatten die Priester das Bildungsmonopol.

den Gewerkschaften und von der Partei gegründeten Bildungsschulen können nur segensreich für die Arbeiterbewegung wirken.

An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner im Sinne des Referats. Dann gab Hadelbusch den Bericht der Generalversammlung von Groß-Berlin und erwähnte dabei des erweiterten Vorkampfbeschlusses über die Philharmonie.

Warum also noch abseits?

Das Gewerkschaftskartell befahte sich am Freitag in einer Sitzung der Delegierten und Vorstände mit der Frage: „Wider spricht die Einführung fakultativer Unterstufungs-Einrichtungen den Grundfragen der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften...

Dannenberg als Referent führte dazu etwa folgendes aus: Anlaß zur Erörterung dieser Frage hätte der Versammlungsversuch zwischen dem neuen Biesenthaler Metallarbeiter-Verband und der freien Metallarbeiter-Vereinigung gegeben.

Die heutige Versammlung steht in einer fakultativen Unterstufungseinrichtung neben den den Kongreßbeschlüssen entsprechenden Beiträgen zu wirtschaftlichen Kämpfen keinen Grund, einer solchen Gewerkschaft die Zugehörigkeit zum Kartell zu verweigern.

Während Moler, kann den Standpunkt Dannenbergs durchaus nicht billigen. Seine Meinung präziserte er in den Worten: „Was unterscheidet uns dann noch von den Zentralverbänden; dann können wir auch die Eigenbrödelerei aufgeben und ganz übertreten.“

Gehl, Maurer, sieht in Dannenberger zwar den Revisionisten in der freien Vereinigung, hat aber nichts gegen fakultative Unterstufungseinrichtungen einzuwenden, falls die Mitglieder freiwillig gesonderte Beiträge dafür aufbringen wollen.

Wiesner, Metallarbeiter, meint, daß, was man so lange vertreten hat, lasse sich nicht mit einem Male über den Haufen werfen. Vom fakultativen zum Obligatorium sei nur ein kleiner Schritt.

Regge, Kürschner, wandte sich sehr temperamentvoll gegen Dannenberger, Gehl und Fischer. Er fragt: „Wohin steuern wir?“

Es scheint auch im Kartell etwas hinter den Kulissen vorzugehen. Wenn heute die Zentralisten die Ausführungen von Wehl und Fischer gehört hätten, so könnten sie mit Recht sagen: Was wollt ihr denn noch? Was trennt Euch denn noch von uns?

Wenigstens ähneln sich Wiesler, Mischelet, Kniepsch, Witte und Kleinlein.

Kluge, Hausdiener, wird von alledem so bumm, als ginge ihm ein Nährat im Kopfe herum. (Heiterkeit.) Wir als Hausdiener haben die Unterstufungen und brauchen sie auch. Trotzdem erziehen wir die Mitglieder zu wahren Klassenkämpfern.

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Für die Resolution Dannenberger stimmten 33, dagegen stimmten 39 Delegierte und Vorstandsmitglieder. Damit war die Resolution abgelehnt.

Bei stark gekürzter Versammlung wurden dann noch die Beschlüsse über den Glasereistreik, den Klavierarbeitersstreik bei der Firma Bell u. Co. und den beendeten Kürschnerstreik bei der Firma Gärtner entgegengenommen.

Table with 4 columns: Stationen, Fahrplan, etc. containing train schedule information for various stations and routes.

Witterungsüberblick vom 18. August 1906, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Temperatur, etc. showing weather conditions and temperatures at various stations.

Weiterprognose für Sonntag, den 19. August 1906.

Ein wenig kühler, vorwiegend wolfig mit Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden.

Wasserstand am 17. August. Höhe bei Ruffig - 0,37 Meter, bei Dresden - 1,66 Meter, bei Magdeburg + 0,58 Meter.

Wasserstand am 17. August. Höhe bei Ruffig - 0,37 Meter, bei Dresden - 1,66 Meter, bei Magdeburg + 0,58 Meter.

Schloß Weißensee.

„Zum Sternecker“.

Inhaber C. Koch.

Sonntag, 19. August.
Große Schenswürdigkeit, nur kurze Zeit:



Afrika.

Dorf mit 53 Eingeborenen, zahlreiche Tiere — Fantasia, geritten vor dem deutschen Kaiser in Tanga.
Erste Vorstellung Sonntags 11^{1/2} Uhr, zweite Vorstellung 4^{1/2} Uhr usw.

Gr. Militär-Konzert.

Spezialitäten-Vorstellung.
Künstler ersten Ranges.
Kinder 20 Pfennig.

Entree 50 Pfennig.



Volksgarten-Theater.

Badstr. 8. Behm-Bellermannstraße.
An der neuen Millionenbrücke.
Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Mittwoch: Großes Kinder-Freudenfest.
Jeden Donnerstag: Großes Brillant-Feuerwerk.
Großer Park für Volksbelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche ist täglich von 1 Uhr ab geöffnet. 15492

Moabiter Schützenhaus.

Einziges Lokal am Plötzensee. — Straßenbahnlinien 9, 10, 11, 12.

Jeden Sonntag: Großes Promenaden-Konzert.

Von 4 Uhr ab: BALL.
Jeden Mittwoch: Großes Kinderfest.
Großer Volksbelustigungsplatz in der Heide.
Familienkaffeeküche. Franz Schotte.

Feldschlößchen — Treptow

Eisenstraße No. 73-75. 18992*
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Gr. schattiger Garten. 2 Regelbahnen. Vergnügungspark. Kaffeeküche.
Jeden Sonntag: **Spezialitäten - Vorstellung: Norddeutsche Sänger**
Empfehle mein Lokal zur Abhaltung von Vereinsfeiern usw.
Besprechungs IV. 3938. Wälfingstraße Hermann Paul.

Wo amüsieren wir uns Sonntags? Im Krug zum grünen Kranze

Mittelpunkt der Erde. Ober-Schöneweide. Waldstraße 73/74
Beim gemütlichen Bier 12082* Ernst Höflich.
Station Sadoma und Nieder-Schöneweide.
Den geehrten Vereinen halte ich mein Lokal bestens empfohlen.

Achtung! Spandau. Achtung! Borchardts Vereinshaus, Seeburgerstraße 26.

Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Empfehle meinen Prachtlokal den geehrten Vereinen zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten unter besten Bedingungen.
Es ladet freundlich ein 120282* G. Borchardt.

BREUER'S Festsäle

„Zur Königshank“
Gr. Frankfurterstr. 117. X Inb. Curt Breuer. X Amt VII, 8142
Den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Klubs empfehle ich meine Gesamträume zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art zu den billigsten Bedingungen.
Um recht regen Zutritt bitte! 116292* Curt Breuer, Gaßwirt.

Dresdener Casino.

noch frei! **Sonnabende noch frei!**
Große Festräume für Vereine, Versammlungen.
Telephon Amt IV, 8666. 2020L* A. Muxfeldt.

Terrassen-Restaurant Neuer Krug a. d. Gersprenz

Bahnstation Wilhelmshagen.
Rafte die verehrten Vereine, Gewerkschaften, Fabriken auf mein herrlich in der Oberpree gelegenes Lokal zur bevorstehenden Dampferpartie aufmerksam. 3 Säle, großer schattiger Garten, Regelbahn, Kaffeeküche etc. Sonnabende, Sonntage im August noch frei.
Wilhelm Müller. Fernspr. Amt Gröner Nr. 51.

Restaurant „Zum Jägerheim“

Inhaber: Josef Kura.
Treptow, an der Verbindungsbahn
10, Köpenicker Landstraße 19.
Weinen circa 1500 Personen fallenden Garten empfehle zu allen Festlichkeiten. — Saal. — 4 Regelbahnen. — Kaffeeküche von 2 Uhr an.
Telephon: Amt IV, 5777. 2862*

Möbel 29

Polsterwaren
Sofas, Matratzen, Garnituren, Bettstellen. 819V*
Otto Dornbusch, Tapezierer und Dekorateur.
47 Bergstraße 47.
Polsterwaren n. aus eigener Werkstatt

O. Heinze,
Brückenstr. 6.
besonders billig.
Räder, Zubehör, Reparatur, Emaillierung, Vernickel.

Nach der Reise

bietet sich für die in jedem Haushalte erforderliche Ergänzung an Leinen- und Baumwoll-Waren, fertiger Wäsche jeder Art

günstige Gelegenheit

zu vorteilhaftem Einkauf. Zum Schluss der Saison unter anderem Blusen, Unterröcke, Trikotasen, Garten- und Balkon-Decken, Gardinen sowie Reste vieler Artikel

zu ermässigten Preisen.

In sämtlichen Verkaufsräumen

von

Montag bis Sonnabend

den 20. bis 25. d. M. zu

12 Braut-Ausstattungen

verschiedener Preislagen gehörige Wäsche, gebrauchsfertig gestickt und gewaschen, zur gefälligen Besichtigung ausgelegt.

W. Leipziger Str. 20/21.

F. V. Grünfeld

Landeshuter Leinen- und Gebild-Weberei.

Gswald Scholz, Rixdorf, Bergstraße 141.
Krawatten, Handtücher, Bäsche, Regenplüsch, Spazierstöcke.
Schirmreparaturen und Bezüge.

J. Baer
Badstr. 26. Ecke Prinz-Allen
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Elegante Palots.
Großes Lager in- und ausländischer Stoffe, zur Anfertigung nach Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Grosse Betten 12 Mk.
(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen) mit doppeltgereinigtem neuen Bettleder, bessere Betten 15, 19, 24 Mk.; 1/2, 3/4, 1, 1 1/2, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstr. 46
Größt. Spezial-Geschäft Textil.

Fahrräder
3 Jahre Gar., 45 M. Famil.-Nähmasch. 5 Jahre Gar., 27 M. Laufdecken, 1jähr. Garant., Qual. 2,90. Luftschläuche 2,30 bis z. allerb. Qual. Vertreter meiner Fabrikate erhalten neues Motorrad für ermäßigte Preis. Scholz, Fahrradw., Steinau a. O. W. 44/45.

EIN TRIUMPH der Uhrmacherskunst!
Diese Anker-Remontoir-Uhr, 15 Rubis, antimagnetisch, zwei starke Silberkapseln, Goldrand, moderne flache Form, nach meinem eigenen, von mir erfundenen Verfahren bis auf eine Minute im Monat reguliert, kostet mit dreijähriger schriftlicher Garantie jetzt nur **21.00 Mark.**
Verkauft nur gegen bar. Versand p. Nachnahme. Ich zahle ohne weiteres den Kaufpreis zurück, wenn diese Uhr in einem ganzen Monat mehr wie 1 Minute vor oder nach geht.
Carl Doll, Uhrmachermeister, Berlin NW., Bredowstr. 7. Fernspr. II, 1476. 2019L.
Glänzende Anerkennungen. Verlangen Sie kostenlos ausführlichen Prospekt No. 14.

Deutsche Bierbrauerei A.-G.

(Gesamtabsatz 1904/05 unserer Interessengemeinschaft 415114 Hektoliter)
empfiehlt ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere 819L*
in Fässern und Flaschen.
Adresse für Fassbier: Alt Moabit 60. Telephon: Amt II, 1615 u. 1616.
Adresse für Flaschenbier: Kaiserin Augusta-Allee 15/10. Telephon: Amt II, 3066.

Zur Anfertigung von 6556
Kranz-Spenden
empfiehlt sich Blumengeschäft Rudolf Weiß, Bergmannstr. 54.

Dr. Simmel, Prinz-Str. 41, Spezialarzt für 137/13* Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Verlag Max Kuhn Berlin W. 39
Über 2000 Exempl. verkauft
Die Harnleiden
Ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von
Dr. med. Schaper, BERLIN — Preis 1 Mark.

Kolonie Röntgenhöhe, Stat. Buch-Röntgenalt, gesunde hohe Lage, Landparzellen noch billig.
□ Plote v. 12,50 B. an. Größte Zukunft. Nächster Nähe v. Terrain Strahend. Berlin-Buch in Sicht. Bodenst. nachm., Sonnt. tagsüber a. d. Terrain. Hohenberg, Ramlerstr. 38. *

Kredit!
Monatlich 10 Mark
liefern elegante Anzüge u. Paletots nach Maß.
X Der Rest allerbilligste Preise. X
J. Tomporowski, Schneidermeister, Berlin, Prinzenstr. 55. 1. Etage.

Dankagung.
Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines Lieben Vannes (age ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, ferner den Kollegen der Firma Georg Grauert, Stralau, den Kollegen der Firma Hugo Hartung, Moabit, den Kollegen der Firma Schoening, Reinickendorf, sowie dem 6. Berliner Volkscirkus, Bezirk 712, und der Deutschen Wagenbauwerkstätte, Bezirk 8, aus der Berliner Metallarbeiter-Gewerkschaft meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
Klara Honis nebst Sohn.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige [2008L*]
Herren-Garderobe
— Ersatz für Maß. —
Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurterstraße 37, II. Eingang Straußberger Platz. *

Gelegenhheits-Kauf!
Nach besonderer Saison Preisreduzierung bis zu
33 1/3 %
Teppiche v. M. 4,50, 8, 13,50, 24, 36, 45 usw.
Gardinen v. M. 2,10, 3,50, 6, 7,50, 9, 12 usw.
Portieren v. M. 5, 6,75, 8, 11,50 usw.
sowie Stoppdecken, Tisch- u. Diwandecken, Läufer- und Möbelstoffe etc.

Teppich-Adler
Königstrasse 20-21, a. d. Judenstr.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Filiale Charlottenburg-Ost.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Karl Neye
verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Sonntag, nachmittags 6^{1/2} Uhr, von der Halle des Zullien-Kirchhofes, am Fürstendammer Weg, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
Am Mittwoch, den 15. d. M., verstarb unser Genosse, der Restaurateur
Karl Neije
Ballstraße 63.
Am Donnerstag, den 16. d. M., verstarb unser Genosse, der Schneider
Peter Petersen
Kantstraße 23.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung des Genossen Neije findet heute nachmittags 6^{1/2} Uhr von der Halle des Zullien-Kirchhofes am Fürstendammer Weg aus statt.
Sammelplatz 6^{1/2} Uhr bei Bade, Rehringstr. 25.
Die Beerdigung des Genossen Petersen findet heute nachmittags 4^{1/2} Uhr von der Halle des Dorotheenstädtischen Kirchhofes, Schamlober-, Ecke Müllerstraße, aus statt.
Sammelplatz 3 Uhr bei Müller, Rohlfenstr. 3.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
250/20 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß der Bürger Diphtherie unter ältlichen Kind
Hilda
dahingerafft hat. Die Beerdigung findet heute, Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zullien-Kirchhofes, am Fürstendammer Weg, aus statt. 6556
Richard Rodrian
und Frau.

Allen Verwandten und Kollegen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Vater und Schwiegervater
Albert Richter
am 16. August nach sehr kurzen Leiden gestorben ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 19. August, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt. 6656

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Elektromonteur
Ferdinand Faßhauer
in Senftenberg gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
152/6 Die Ortsverwaltung

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schraubendreher
Wilhelm Symmank
am 13. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
152/5 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Raucher-Bund
Berlins und Umgegend.
Hiermit die traurige Nachricht, daß das Mitglied
Johann Stechow
vom Klub „Intelligenz“ verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. d. M., nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes in Dries, Mariendorfer Weg, aus statt. 297/2
Der Vorstand.

Gesangverein „Nord“.
Zur Beerdigung des Genossen Scholz treffen sich die Mitglieder bei Krieg, Nordend. 6008
Von der Reise zurück 243/19
Dr. P. Christeller
Dirckowstraße 21.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Montag, Dienstag, Mittwoch, soweit der Vorrat reicht

Glas

Wassergläser gepresst	6 Pf.
Dessertteller gepresst	5 Pf.
Kuchenteller gepresst	
ca. 18 21 24 27 30 cm	
8 12 18 22 28 Pf.	
Selberbecher mit Fuss	10, 12 Pf.
Honig- od. Butterdosen Weinlaubmuster	15 Pf.
Käseglocken Weinlaubmuster	38 Pf.
Compotschalen gepresst Satz 3 Stück	48 Pf.
Zuckerschalen geschliffen	48 Pf.
Compotschalen geschliffen	
ca. 13 16 18 21 24 cm	
35 45 65 80 95 Pf.	

Sturzflaschen mit Figur decoriert	38 Pf.
Bierbecher mit Fuss und Goldrand	15 Pf.
Gambrinustulpen	25 Pf. Kristall 35 Pf.

Steingut

Speiseteller	6 Pf.
Kaffeeteller	8 Pf. blau 10 Pf.
Vorratsstollen blau Zwiebelmuster	33 Pf.
Satzlöpfe blau Zwiebelmuster Satz 6 Stück	1.60
Salatschüsseln gerippt, blau od. mit Fond, Satz 7 Stück	1.65
Satznapfe gerippt Satz 6 Stück	70 Pf.
Kartoffelnäpfe mit Deckel, blau	48 Pf.
Waschbecken decoriert, grosse Form	95 Pf.
Waschgarnituren 4 teilig mit Fond	1.65, 2.65
Waschgarnituren 5 teilig gr. Form	4.25, 6.75

Porzellan weiss

Speiseteller Flach, verschiedene Formen	15 Pf.
Speiseteller tief, verschiedene Formen	18 Pf.
Dessertteller verschied. Formen	10, 12 Pf.
Compotschalen ca. 25 cm	25 Pf.
Kartoffelschüsseln mit Deckel	65 Pf.
Saucières verschiedene Formen	38 Pf.
Salatières rund	10, 15, 20, 28 Pf.
Kaffeetassen mit Untertassen	8 Pf.
Kuchenteller mit Henkel	18 Pf.

Porzellan decoriert

Kaffeetassen mit Goldrand	20 Pf.
Dessertteller	14, 23 Pf.
Butterdosen ca. 1/2 Pfund	38, 48 Pf.
Eisschalen 3 Stück	20 Pf.
Compotschalen	9 Pf.
Milchtöpfe	9, 15, 22, 28 Pf.
Kaffeeservice für 6 Personen	1.95, 2.95
Kaffeeservice 16 teilig für 12 Personen	6.75
Tafelservice 23 teilig mit Rosen-Decor.	15.50

Emaillé

Eimer sortierte Farben, Stück	65 Pf.
Eimer decoriert, mit Deckel, Stück	1.65, 2.25
Eimer aus einem Stück gestanzte, decoriert mit Deckel	2.85
Toiletteneimer mit Einsatz und Korbbengel	2.50
Kehrichteimer mit Deckel u. Aufschrift	2.45
Wannen oval, grau od. neublau	1.15, 1.45, 1.65
Schmortöpfe mit Ring	55, 70, 85 Pf.
Schmortöpfe ohne Ring	48, 65, 80 Pf.
Casserollen mit Ring	55, 65, 80 Pf.
Casserollen ohne Ring	28, 33, 42 Pf.
Wasserkessel mit Sock	55, 65, 75 Pf.
Wasserkessel für Gas	48, 60, 85 Pf.
Wasserkessel mit Sock decoriert	2.25, 2.45
Wasserkessel für Gas decoriert	1.95, 2.35
Kaffeekannen weiss	35, 42, 60 Pf.
Kaffeekannen decoriert grosse Façon	1.35, 1.75
Milchtöpfe neublau od. weiss	38, 48, 65 Pf.
Wasserkannen gebauchte Form	42, 48 Pf.
Wassermasse m. Consol neublau	42, marmoriert 48 Pf.
Seifenbehälter für die Wasserleitung	12, 15 Pf.
Garnitur-Sand, Seife, Soda neublau	1.75
Petroleumkannen ca. 1 Ltr.	48 ca. 2 Ltr. 65 Pf.
Kummen	8, 10, 12, 15 Pf.
Closebürstenhalter mit Bürste	1.25

Wirtschafts-Artikel

Holz-Tablets mit bunter Einlage	1.15, 1.45
Küchenstühle gestrichen	1.95
Marknetze	25 Pf.
Wirtschaftswage mit Emaille-Zifferblatt	1.95
Fleischhackmaschinen	2.85, 4.25
Vorratsdosen	8, 15 Pf.
Briefkasten	28 Pf.
Einmachebüchsen mit Verschluss	35, 40 Pf.
Esslöffel Britannia Dutzend	1.35, 1.75
Teelöffel Britannia Dutzend	65, 95 Pf.
Essgabeln Britannia Dutzend	1.35, 1.75
Bestecke Stahl vernickelt Dutzend	4.65
Brotmesser	Stück 28 Pf.
Küchenmesser	Stück 8, 12 Pf.
Scheren	Stück 25, 35 Pf.
Butterdosen mit vernickeltem Teller und Deckel	90 Pf.
Menagen Salz, Pfeffer, Senf	90 Pf.

Waschfässer Zink mit Holaboden	8.75, 10.50
Waschfässer Zink m. Holab. starke Walst	9.50, 11.50
Waschzuber	8.75, 11.75
Wringmaschinen	9.75, 10.75
Waschbretter	42, 48, 55 Pf.
Klammern Schock	10, 20 Pf.
2 Gasplätteln mit Erhitzer	4.50, 5.75
Plättbretter	95 Pf.
Plättbretter bezogen	1.95
Aermelplättbretter bezogen	45 Pf.
Küchenbänke gestrichen	1.45, 1.55
Küchenschemel	95, 1.10, 1.25
Leitern	Stufe 40 Pf.
Putzkommoden mit 3 Schubläden	2.45
Fussbänke	42, 70 Pf.
Putz- u. Wischkasten	42 Pf.
Gewürztagere Eichenh. m. 6 Tönch. bl. Zwiebelm., kompl.	1.35

In der Lebensmittel-Abteilung:

5 Pfd. Aepfel 45 Pf. | 2 Pfd. ff. Tafelbirnen (Salander) 35 Pf. | 3 Pfd. Rettigbirnen 25 Pf.

Karlsbader Special-Kaffee-Mischung vorzüglich im Geschmack und Aroma 1.30 Pfund



JEMMLER'S Möbel-Fabrik

mit elektr. Betrieb
S. Kottbuser-Damm-25-26.

Neu eröffnet:

150 Muster-Zimmer in 7 Etagen.
5000 qm Fabrik- und Lager-Räume.

Eigene Tischlerei
und Tapezierer-Werkstätten

Solideste Ausführung
in allen Stilarten und Preislagen.

Abteilungen für

Herrenzimmer
Speisezimmer
Salons
Schlafzimmer
Bettfedern

Komplette Betten
Metall-Bettstellen
Teppiche
Küchenmöbel

2015L

Eigene Fabrikation.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 18. August 1906.

Von den Produktmärkten, Weizen, Mais, Zucker, Kaffee. — Stahlwerkverband. — Elektrizitätsmonopol.

Neue Rekordziffern bringt fast jeder Abschlußbericht. Das gilt für die Industrie sowohl, als auch für die Landwirtschaft. Und durchgängig nicht nur für die Erzeugung, sondern leider auch für die Preise.

Table with 5 columns: Year (1902-1906) and Wheat yield in million bushels (412-493.4).

Auch die diesjährige Frühjahrsernte überragt die Ergebnisse der Vorjahre um 14. 80, 41 resp. 21 Millionen Bushels. Die Gesamternte mit 772 Millionen Bushels läßt mithin das vorjährige Ergebnis, das sich auf 688 Millionen Bushels bezifferte, weit hinter sich.

In New York ist der Weizenpreis pro September bis auf 78 1/2 Cts. pro Bushel zurückgegangen. In den zwei letzten Vorjahren wurden notiert: 86 1/2 resp. 106 Cts. Für Chicago stellen sich die bezüglichen Vergleichszahlen folgendermaßen: 71, 81 1/2 resp. 102 1/2 Cts.

Der vor einigen Wochen kräftiger einsetzenden Waixe am Zuckermarkt ist wieder eine Pause gefolgt. Trotz der erheblichen Mehrerträge ziehen die Preise wieder energisch an. Der August brachte gleich im Anfang ein stohweises hinaufschwellen der Preise um zirka 40 Pf. per Doppelzentner.

stets ungünstige Berichte entgegengesetzt und dadurch ein stärkeres Abflauen der Preise verhindert. Rückgänge konnten später jedesmal wenigstens teilweise wieder eingeholt werden. Seit Anfang des Jahres schwanken die Notierungen stark auf und ab, allerdings ein allmähliches Hinabgleiten konnte doch trotz aller Haussemanöver nicht verhindert werden.

Table with 4 columns: Year (1903-1906) and Highest/Lowest prices.

Die höchste Notierung im laufenden Jahre brachte der Januar, aber auch im Mai wurden noch 12,00 Cts. notiert. Auch am Donnerstag erzielte die Hauffe schließlich wieder eine geringe Advance, mühte aber am Freitag wiederum nachzugeben.

Wie das Kohlenyndikat, so weist auch der Stahlverband für das laufende Jahr erheblich höhere Produktionsziffern aus. Jedoch ist die Erzeugung in Halbzeug sowohl im Juli als zusammen in den letzten vier Monaten gegen die Ziffern des Vorjahres zurückgeblieben.

Table with 2 columns: Year (1905-1906) and production in tons for Halbzeug, Eisenbahnmateriale, and Formeisen.

Die Gesamtmenge der Produkte ist demnach in der Vergleichsperiode um 232 311 Tonnen gewachsen. Das ist eine Zunahme von etwas über 10. Proz., die aber allein auf Eisenbahnmateriale und Formeisen entfällt.

reichende Nationen gefeiert würden und dabei geht das Gesamtquantum zurück. Liegt darin vielleicht Methode? Die höheren Produktionsziffern für Eisenbahnmateriale und Formeisen erklären ja viel — aber doch nicht alles. Müßen die reinen Werke der technischen Ueberlegenheit der gemischten Betriebe zum Opfer fallen, gut, wir können und wollen das nicht ändern.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Arbeitsmarkt“ Nr. 22, Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte (Herausgeber Professor Dr. Jaström, Berlin.) Verlag von Georg Reimer, Berlin W. 35.

Advertisement for Baer Sohn clothing. Features illustrations of men in suits and text: 'Einsegnungs-Anzüge. Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden und Webarten... Prüfungs-Anzüge... Baer Sohn Spezialhaus größten Massstabes'.

Advertisement for M. Luckhardt Nachf. featuring a large graphic of a hand pointing to text: 'Sie brauchen diese Annonce nicht erst zu lesen... Wir haben ca. 100 komplette Einrichtungen ausgestellt. 2 feste Preise'.

Verband

der

sozialdemokratisch. Wahlvereine

Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr präzise:

Wahlvereinsversammlungen

in Berlin in folgenden Lokalen:

- | | |
|--|--|
| 1. Kreis: Dräsels Festsäle, Neue Friedrichstr. 35. | 4. Kreis: Kellers Festsäle, Koppenstr. 29. |
| 2. " : Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53. | 5. " : Altes Schützenhaus, Linienstr. 5. |
| 3. " : Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. | 6. " : Germania-Säle, Chausseestr. 103. |

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Der Parteitag in Mannheim. Anträge zu demselben und Delegiertenwahl.
2. Die Provinzialkonferenz. Anträge und Delegiertenwahl.
3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert! Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Der Zentralvorstand.

209/10*

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Dienstag, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentl. Mitgliederversammlung

in Fr. Hoppes Festsälen, Hermannstr. 49.

Tages-Ordnung:

1. Weiterberatung der gestellten Anträge zum Parteitage.
2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Recht zahlreichem und pünktlichem Besuch sieht entgegen

Der Vorstand.

Berliner Ulk-Trio.

Felix Scheuer U-Stralanderstr. 1.

Musikverein „Norden“.

Mache sämtliche Interessenten darauf aufmerksam, daß der Musikverein „Norden“ sein Übungslokal von Wolke, Gutfenst. 40, nach Mooses Gesellschaftshaus, Schulstr. 29, verlegt hat, und daß Verein „Norden“ von jetzt ab jeden Dienstag und Freitag abends 9-12 Uhr, Dienstag: Streichmusik, Freitag: Harmonienmusik, Herren mit eigenen Instrumenten herzlich willkommen. 20272

Konzertdirektion: Julius Kossack.

Wahlverein für den Bezirk Rummelsburg.

Dienstag, den 21. August, abends präzise 8 1/2 Uhr, im Saale der Witwe Weigel, Türschmidtstraße 45:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Parteitag in Mannheim. Referent: Genosse Wilh. Mithke.
2. Diskussion.
3. Kreisgeneralversammlung und Wahl der Delegierten hierzu.
4. Vereinsangelegenheiten.

Gäste willkommen.

Der Vorstand.

235/5

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Dienstag, den 21. August 1906, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im „Volkshaus“, Rosinenstraße 3.

Tages-Ordnung:

1. Der Parteitag in Mannheim.
2. Anträge zum Parteitage und Diskussion.
3. Anträge zur Kreisgeneralversammlung.
4. Bericht von der Generalversammlung von Groß-Berlin.
5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Für Gäste und Frauen ist die Galerie reserviert.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreiches und pünktliches Erscheinen

Der Vorstand.

Herrenkonfektion.

Am Montag, den 20. August 1906, abends 8 1/2 Uhr finden

Zwei Konfektionschneider-Versammlungen

statt, und zwar

für den Osten bei Kaherecht, Große Frankfurterstraße 30,

für den Norden bei Kensel, Invalidenstr. 2.

Tages-Ordnung:

Die Lohnverhältnisse der Berliner Konfektion und ihre Bedeutung für die übrigen deutschen Konfektionsplätze.

Referenten: Kollegen Weider-Leipzig und Mirus-Frankfurt a. M.

164/7 Der Einberufer.

Zentralverband der Glaser.

Zahlstelle Berlin.

Montag, den 20. August, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

Bericht der Lohnkommission über die Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht.

Vollständiges Erscheinen der Mitglieder dringend erforderlich.

Die Streikleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Schöneberg

Dienstag, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Obst, Reiningersstr. 8:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Kreis-Generalversammlung.
2. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung.
3. Anträge zum Parteitage.
4. Vereinsangelegenheiten.
5. Verschiedenes.

Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Genossen notwendig. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Der Vorstand.

Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter

Berlins und Umgegend.

Montag, den 20. August 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Graumanns Festsälen, Rannuhstr. 27.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Ernst Rieger über: Erziehung zum Sozialismus.
2. Diskussion.
3. Der Streit bei Bell u. Co.
4. Bericht der Kartelldelegierten.
5. Vereinsangelegenheiten.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist unbedingte Pflicht der Mitglieder zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Bezirk: Rixdorf.

Mittwoch, den 22. August 1906, abends 8 1/2 Uhr, bei F. Hoppe, Hermannstr. 48/49:

Bezirks-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Wilhelm Niethke über: „Die russische Revolution“.
2. Diskussion.
3. Bezirks-Angelegenheiten.

Das interessante Vortrages wegen ist es Pflicht aller im Bezirk wohnenden Kollegen, zu erscheinen.

Der Obmann.

Sozialdemokrat. Wahlverein für d. Bezirk Lichtenberg.

Dienstag, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr, in Gebr. Arnholds „Schwarzem Adler“, Frankf. Chaussee 5:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über die Tagesordnung des Parteitags in Mannheim.
2. Bericht von der Verbands-Generalversammlung in Berlin.
3. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung wegen wird zahlreicher Besuch erwartet.

Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Sonnabend, den 8. September, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

24. Stiftungsfest.

Konzert und Vorstellung von Horst Norddeutschen Humoristen und Quartettängern.

Mitgliedermittelsung des „Sängerkreis der Musikinstrumenten-Arbeiter“.

Dirigent: Herr Richard Lange.

Anfang: 8 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: **Großer Ball.** freier Eintritt.

Billets a 20 Pf. sind bei allen Vorstandsmitgliedern und in der Versammlung zu haben.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands

Filiale Berlin.

Donnerstag, 23. August, abends 7 Uhr, in den Musiker-Sälen Kaiser Wilhelmstr. 18m:

Außerordentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Antwort der Arbeitgeber auf unseren eingereichten Lohnantrag und endgültige Beschlußfassung.
2. Mitteilungen.

Um jedem Kollegen Gelegenheit zu geben, den Arbeitgeber selbst zu prüfen, wird eine Abschrift desselben an der Saalüre verteilt.

Kollegen! Erscheint Mann für Mann, fehler darf fehlen, und zeigt daß Ihr gewillt seid, nur für unseren Tarif einzutreten.

Der Vorstand

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin.
„Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, II, Zimmer 13-17. — Arbeitsnachweis: L. N. IV, Nr. 3348.
Bureau: L. N. IV, Nr. 4747.

Achtung! Rollkutscher, Begleiter sowie Kutscher **Achtung!**
aus den gewerblichen Fuhrwerksbetrieben Berlins.

Montag, den 20. August, abends 9 Uhr, bei Buggenhagen (Koripplatz):

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Stand des Streiks der Angestellten der Paketsfahrergesellschaft und unsere weitere Stellungnahme dazu. Referent: Kollege A. Werner.
2. Diskussion und Beschlussfassung.
Bei der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden der in den obengenannten Branchen beschäftigten Kollegen, in dieser Versammlung bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Es gilt, Beschlüsse zu fassen, welche für sämtliche Kollegen von weitgehender Bedeutung sind.

Erscheint in Massen! Keiner darf fehlen!
Die Sektionsleitung. J. N. Fr. Werner.

Achtung! Brauerei-Handwerker! Achtung!

Montag, den 20. August 1906, abends 8 1/2 Uhr, in den „Musikersälen“, Kaiser Wilhelmstr. 18m:

Große öffentliche Versammlung sämtlicher Brauerei-Handwerker, Maschinisten und Heizer.

Tages-Ordnung:
Beratung und Beschlussfassung über die neue Tarifvorlage.
Kollegen! Wir erwarten vollzähliges und pünktliches Erscheinen. Agitiert für guten Besuch der Versammlung. Kein Handwerker darf fehlen. Wir verweisen besonders darauf, dass die Versammlung durchgängig pünktlich eröffnet wird.
Die Kommission der Brauerei-Handwerker. J. N.: W. Sioring.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Branche der Drechsler!
Montag, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Königsstadt-Kaffee“, Holzmarkt-Strasse 72:

Versammlung der Drechsler Berlins und Vororte.

Tages-Ordnung:
1. Wie regeln wir die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Möbelbranche? 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Arbeitsvermittlung. 4. Verhandlungsangelegenheiten.
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen eines jeden Kollegen notwendig.
Die Kommission.

Achtung! Stock- u. Zelluloid-Arbeiter! Achtung!

Montag, den 20. August, abends 5 1/2 Uhr, in den „Ritter-Sälen“ von Volgt, Ritter-Strasse 75, Hof:

Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über „Partei und Gewerkschaft“. Referent: Genosse Alex Pagels. 2. Bericht der Revistoren. 3. Werkstellenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Die Kollegen der Firma **Rosenberg**, Kommandantenstr. 16, sind hierzu besonders eingeladen.
Der Obmann.

Achtung! Bohner! Achtung!

Mittwoch, den 22. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:

Versammlung.

Die Kommission der Bodenleger hat zu erscheinen.
Die Kommission.

Verband der Tapezierer.

Sektion der Kleber.
Mittwoch, 22. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Augustin, Oranienstr. 103:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen O. Pänke. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Sektionsleitung.

Achtung! Tabakarbeiter!

Montag, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Wille, Brunnenstr. 188:

Öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die vermehrte Einführung der Maschine in der Zigarettenindustrie als Folge der Bänderolsteuer und wie stellen sich die Arbeiter dazu? Referent: Kollege Wilhelm Börner.
2. Welche Lehren ziehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenindustrie aus der Einführung der Bänderolsteuer? Referent: Kollege Adolf Buhl.
Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.
J. N.: W. Börner.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 9679.

Zur gefälligen Beachtung!

Die Auszahlung der Gewerkschaftsunterstützung für Kranke (sowie die diesbezüglichen Meldungen) finden vom Montag, den 20. August, nicht mehr
Engel-Ufer 15, Zimmer 34, sondern

Engel-Ufer 19, parterre,

statt. — Die Bureaustunden bleiben dieselben, von vormittags 9 Uhr bis mittags 2 Uhr.
Die Ortsverwaltung.

Mein Saal mit großer Theaterbühne ist Totensonntag frei geworden; auch sind noch mehrere Sonntage frei.
Hensel, Invalidenstraße 1a.

!!Buss Salon!!

Große Frankfurterstr. 85.
Inhaber: Chr. Theel.
Zwischen im Sept., Oktober und November noch frei für Vereine usw.
Totensonntag auch noch zu vergeben.

Fey's Salon
Brunnenstraße 184.
Zu Versammlungen und Vergnügungen empfehle mein Lokal zu den billigsten Bedingungen.

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen! Achtung!

Schneiderei-Genossenschaft

G. m. b. H.
(Gegr. von organisierten Schneidergehilfen Berlins)
Brunnenstr. 185, im Laden,
zwischen Rosenthaler Tor und Invalidenstraße,
empfiehlt sich den werten Arbeitern und Parteigenossen zur Anfertigung von
feinerer Herren-Garderobe.

Großes Lager fertiger Herren- und Knaben-Anzüge, Sommer-Paletots und Arbeiter-Berufskleidung.
Verkauf nur gegen bar! — Streng feste Preise!
Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Werkstätten unter den von der Organisation festgesetzten Lohnbedingungen.
Um geneigten Zuspruch bittend, zeichnet
Achtungsvoll

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft
Lieferant des Berliner Konsum-Vereins und der Konsum-Genossenschaft Berlins und Umgegend.

Jeder organisierte Arbeiter

verlange vor Abschluss seiner
Feuer-, Lebens-, Volks-, Kinder-Versicherung
in seinem Interesse Auskunft durch
Generalagentur Otto Münzer, Ebertstraße 6.
Bermittler stets gesucht.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Freitag, den 24. August, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Bauvertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Gewerbegericht und Innungschiedsgericht“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Vertrauensleute. 4. Verschiedenes.
Es ist notwendig, daß alle Baulen vertreten sind.
Der Vorstand.

Verband deutscher Kürschner.

Mittwoch, den 22. August cr., abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung.
Vortrag des Genossen **Ströbel** über:
Politischer Massenstreik.

Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Donnerstag, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht pro 1905/06. 2. Diskussion. 3. Wahl des gesamten Vorstandes.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Die Vereinsversammlungen finden jeden vierten Donnerstag im Monat statt.
Der Vorstand.
Beruhard Jost, Vorsitzender, Rürtenwalderstr. 8.

Achtung, Gewerkschaften und Vereine!

Franke's Festsäle und Garten,
Sebastianstr. 39.
Empfehle meine hochsehr renovierten Festsäle zu Versammlungen, Festlichkeiten usw.
Sonntage und Sonnabende frei.
Hochachtung

Balduin Franke,



Lagerbierbrauerei

E. Haase, Breslau.

Niederlage Berlin.
Ausschänke
Klopstockstr. 17, Schlesiensstr. 28.

Neu renoviert:
Ausschank
Rosenthalerstraße No. 14.
Hochzeitsäle. Vereinsräume. Kegelbahn.
Dienstag, Freitag, Sonnabend: Künstler-Freikonzerte.

Neu eröffnet!
Ausschank
Prinzenstraße No. 87.
Große Vereinsräume. 4 elegante Kegelbahnen.
Vorzügliche Küche.

Möbel und Polsterwaren

Th. Knorn, Gerichtstr. 10,

am Hochplatz.
Größte Auswahl in kompletten Wohnungseinrichtungen von 300 Mark aufwärts, bunte Küchen schon von 50 Mark an.
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Keine Cigarre **„Cigaroma“** Keine Cigarette
empfehlenswertestes und billigstes Rauchprodukt
hergestellt aus nur edlen Tabakblättern in der Preislage von 1 1/2 Pf. pro Stück an. Zu beziehen durch den Cigarrenhandel
„Cigaroma“ Fabrik und Hauptgeschäft: Berlin SW. 68, Zimmerstr. 13.
G. m. b. H.



Es gibt irgend einen Unterschied in der Qualität aller türkischen Cigaretten. Wenn sie uns jede der mannigfaltigen Sorten bringen würden, könnten wir Ihnen durch Vergleich mit Josetti-Cigaretten zeigen, in welcher besonderen Eigenschaft sie sich von einander unterscheiden. Einige sind zu stark; andere dagegen zu leicht. Die Stärke des feinsten türkischen Tabaks, welcher in der Herstellung von

JOSETTI CIGARETTEN

verwendet wird, ist so vollkommen abgestimmt durch sachverständige Mischungen, dass diese Stärke zum auserlesensten köstlichsten Aroma wird. So vollkommen sind diese Mischungen, dass obwohl der volle Gehalt der Tabakblätter erhalten bleibt, Josetti-Cigaretten in angenehmer Milde unvergleichlich dastehen. Josetti-Cigaretten stehen in der That halbwegs zwischen übertriebener Stärke und übertriebener Milde und stellen das Ergebnis langjähriger Bemühungen gerade den richtigen Punkt zu treffen dar. Dieser Punkt ist feine Qualität, die unterscheidende Eigentümlichkeit der Josetti-Cigaretten.

Josetti

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.

Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Das Einladen türkischer Tabake für Josetti-Cigaretten.

12 Visites von 1,80 M. an
Kabinetts 4,80 M. an
in guter Ausführung liefert

Oscar Goetze, Photograph.

1. Geschäft: Paul-Straße 26, 294/17*
2. " Dresdener-Straße 135,
3. " Charlottenburg, Nehringstr. 1.

Spezialität: Bromsilber-Vergrößerung bis Lebensgröße.

Geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr.
Sonn- und Festtage den ganzen Tag geöffnet.



S. Kaliski's
Spezialgeschäft

Abt. für Nähmaschinen und Werkstoffe

Brunnenstr. 16

2. Invalidenstr. 160
3. Brunnenstr. 92
4. Reinickendorferstr. 5
5. Frankfurterstr. 115
6. Oranienstr. 31
7. Belle-Alliancestr. 107
8. Tauenzienstr. 7a
9. Beusselstr. 18.

Näh- und Stickunterricht.

Vertreter kommt auf Wunsch.

Fuppenwagen Teilzahlung gestattet, bei grösseren Raten Kassap.

12-, 15-, 18-90.00
2-, 1-, 4-20-

Auf Teilzahlung!!! Wöchentlich nur 1 Mk.

Große Auswahl in Herren- und Damen-Uhren, Standuhren, Freischwinger, Regulatoren, Broschen, Ringe, Ketten, Stücke, echte Menzenhauer Zithern, Phonographen, Plattensprechmaschinen, Polyphons, Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc.

Verkauf von Platten, echten Edison- u. prima 1 Mk.-Walzen.

Jahre & König, Warschauerstr. 72 und Reinickendorferstraße 101.

Eigene Werkstätten!



Für bestes u. trockenes Material garantiert!

Möbelfabrik.

Die besten und billigsten

Wohnungs-Einrichtungen

kaufen Sie bei

Julius Apelt, Tischlermeister,

Berlin SO., Skalitzerstraße 6, am Kottbuser Tor.



Gesichtsausschläge
beruht u. über-
wiegend auf Folge
Obermeyer's Herba-Seife

Sie haben in allen Apoth., Droger. u. Kaufh. d. St. 50 Pf. u. 1 Mk.

Filiale Chausseestraße 54 ist aufgelöst.
Anzüge Paletots nach Maß
24, 30 und 38 Mark

Unter Garantie des tadelloser Sitzes bei peinlichst gewissenhafter Anprobe liefere ich von prima modernen Stoffresten Anzüge u. Paletots nach Maß nur zu obigen Preisen.

Keinen Zwang zur Abnahme bei nicht passendem Sitzen.

Sonnenschein Herren-Moden nach Maß.
Nur Linden-Straße Nr. 95, I, neben der Markthalle.
Filiale Chausseestraße 54 ist aufgelöst.

Telephon Amt IV 5797

Paul Töhs, Schneidermeister



Unterburger-
straße 16,
Laden.

Bestes Teilzahlungs-Geschäft für

Kein Laden. Brennabor-

Rad.

Beste Räder. Günstigste Bedingungen.

Berlin SO., Brückenstr. 10a pt.

Nähmaschinen

(Pfeifer u. Rohmann) billigst, auch gegen Teilzahlung. Zufriedenheitsgarantie. Rosenthalerstr. 19. 15722*

Lebens-Versicherung.

VICTORIA zu BERLIN.

Lebens-Versicherungsbestand: über 1 Milliarde u. 286 Mill. Mk.
Gesamt-Vermögen: 544 Millionen Mk.
Prämien- und Zinsen-Einnahme in 1905: 113 709 398 Mk.
Pro 1905 erhalten die Versicherten 22 870 732 Mark
Überschuss als Dividende. 14011.*

Volks-Versicherung.

VICTORIA.

FEUER-VERSICHERUNGS-ACTIEN-GESELLSCHAFT.

Ganz neue liberalste Bedingungen.

Feuer-Versicherung.



Reine Leih-
binden und
Buchbänd.
mit pa. Fe-
dern sind die
besten und
verzu-
fassen feinerlei Beschwerden. Außerdem
empfehle mein Lager von Bettunter-
lagestoffen, Gummistrümpfen, Wickel-
binden aller Art für Strampfadern,
sowie Sulpenford, hygienische Gummis-
artikel etc. **A. Reiche, Bandagist.**
Lieferant sämtlicher Krankenbetten,
Berlin C., Seidenstr. 15.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige Herrenmoden

Bestellungen nach Maß, tadellose
Ausführung i. eigener Werkstatt.

Spezial-Geschäft für

Herren-Bekleidung.

Kein Waren-Kredithaus.

J. Kurzberg.

An der Jannowitzbrücke 1, I.

Bahnhof Jannowitzbrücke.

Galvanophone

direkt viel
billiger
und besser als im
Laden!

Rothenburg

Berlin

Prenzlauerstr. 42 II Hof

Erdbebenkatastrophe in Chile.

Schon wieder hat sich eine schwere Erdbebenkatastrophe ereignet. Diesmal ist Chile der Schauplatz des Unglücks. Im Depeschenteil unserer gestrigen Nummer haben wir bereits einige Unglücksnachrichten gebracht, die heute durch neu eingegangene Telegramme ergänzt werden.

In der Hamburger Hauptstation für Erdbebenforschung wurde von den Apparaten in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag gleich nach Mitternacht ein größeres Erdbeben angezeigt. Die Tätigkeit der Apparate währte mehrere Stunden.

Ueber die Katastrophe liegen heute folgende Nachrichten vor:

Balparaiso, 17. August. Es fand hier ein sehr starkes Erdbeben statt. Die Hälfte der Stadt von Almendral bis zur Calle Bellavista, in welcher sich sowohl Privat- wie Geschäftshäuser und Lagerräume befinden, ist zerstört.

New York, 18. August. Nach einer Depesche des „New York Herald“ aus Balparaiso von gestern hat das Erdbeben, das vorgestern Abend 8 Uhr die Stadt heimgesucht, ohne daß irgend welche Anzeichen vorausgegangen wären, Hunderte von Menschen den augenblicklichen Tod gebracht. Viele Hunderte von Menschen liegen unter den Trümmern begraben, von denen wiederum viele den Tod in den Flammen gefunden haben. Sofort nach dem ersten Stoß brach Feuer aus und jeder öffentliche Verkehr hatte aufgehört. Die Panik und der allgemeine Schrecken, der hierauf folgte, waren unbeschreiblich, und die, die dem Tode entronnen waren, gebärdeten sich wie wahnsinnig vor Angst und konnten den Verunglückten wenig Hilfe leisten. Das Geschäftsviertel der Stadt ist fast ganz vom Feuer zerstört. Der Brand wütet fort, und dicke Rauchwolken erfüllen die Straßen, wo Massen obdachlos Umherirrender das furchtbare Unheil anstarren. Aus Santiago de Chile sind keine Nachrichten eingetroffen. Man fürchtet, daß die Stadt dasselbe schlimme Schicksal gehabt hat wie Balparaiso. Jüge sind seit dem ersten Stoß wieder in dieser Stadt angekommen noch von dort abgegangen. Es haben zwei deutlich von einander unterschiedene furchtbare Stöße stattgefunden, deren zweiter fast unmittelbar auf den ersten folgte und das Werk der Zerstörung vollendete. Die ganze Stadt schien plötzlich rückwärts und vorwärts zu schwingen, dann folgte ein plötzlicher Ruf von so ungeheurer Gewalt, daß ganze Reihen von Häusern in wenigen Sekunden zusammenstürzten. Unmittelbar darauf brach im Geschäftsviertel Feuer aus, und noch in der Nacht zum Freitag gaben Flammen im Bella Vista Viertel davon Kunde, daß auch dieser Stadtteil dem Untergang geweiht war. In der Umgebung der Stadt ereigneten sich viele Erdstöße.

New York, 18. August. Nach einem Telegramm der „Sun“ aus Lima sind viele Familien aus Balparaiso geflüchtet. Die Schiffe im Hafen und die Hafenanlagen selbst haben keinen Schaden gelitten. Die Straßen, die am meisten gelitten haben, sind Calle de Blanco, Calle de Condell, Calle de Esmeralda und die Avenida de las Delicias, in der die besten Wohnhäuser standen.

Buenos Aires, 17. August. Telegramme aus Mendoza besagen, daß Teile der chilenischen Ortschaften Andes, Santa Rosa und De Los Andes durch das Erdbeben zerstört sind. Viele Menschen seien umgekommen und es herrsche große Furcht, da jeder Verkehr mit dem übrigen Chile abgebrochen sei.

Die Londoner „Times“ melden, daß in einem großen Salpeterbergwerk bei Balparaiso eine Explosion stattgefunden hat, wobei Hunderte von Bergleuten den Flammentod in der Tiefe gefunden haben.

In den Theatern und Vergnügungsetablissemments, die zur Zeit der Katastrophe von einer sich dem Vergnügen hingebenden Menschenmenge gefüllt waren, spielten sich entsetzliche Szenen ab. Alles wollte den Ausgang gewinnen, wobei zahlreiche Personen totgetreten wurden.

An allen Ecken der Stadt brachen Feuersbrünste aus. Das ganze Andengebirge erzitterte während des Erdbebens. Aus Lima (Peru) wird vom 17. August über die Katastrophe telegraphiert:

In Balparaiso brachen infolge des Erdbebens an zahlreichen Stellen Feuersbrünste aus, die sich von der Plaza Orden nordwärts verbreiteten. Die Brände konnten nicht gelöscht werden. Nahezu alle Häuser in der Stadt sind beschädigt, und viele von ihnen sind völlig vernichtet. Die Stadt liegt in Dunkelheit, wodurch die Panik unter der Bevölkerung noch verstärkt wird. Viele Familien flüchteten auf die See. Das Wetter ist zum Glück schön und der Seegang ruhig. Die Verbindung mit Santiago ist unterbrochen. Ueber die Vorgänge dort ist hier nichts bekannt. Die Zahl der in Balparaiso Umgekommenen und Verwundeten ist noch nicht genau festgestellt, aber bedeutend. Die Erdstöße wiederholten sich, wenn auch milder. Der Hafen blieb unbeschädigt. Am meisten litten die Blanco-, die Condell- und die Esmeraldastraße sowie das Stadtviertel Delicias.

London, 18. August. Nach neueren Meldungen ist der durch das Erdbeben in Balparaiso angerichtete Schaden nicht so bedeutend, wie man anfänglich annehmen konnte, obwohl nur wenige Gebäude den Erdstößen widerstanden haben. Aus Buenos Aires wird berichtet, daß außer in Los Andes auch in Santa Rosa durch das Erdbeben große Zerstörungen angerichtet worden seien; in der Bevölkerung herrsche große Besorgnis angesichts des Ausbleibens von Einzelheiten.

Bremen, 18. August. Nach einem hier eingegangenen Privattelegramm aus der chilenischen Hafenstadt Valparaiso ist dieser Ort von dem Erdbeben vollständig verschont geblieben.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlin und der Provinz Brandenburg. Mit der heute herausgegebenen Lokalliste ist zum erstenmal der Versuch gemacht worden, dieselbe über die ganze Provinz Brandenburg auszuweiten. Veranlassung hierzu gaben die vielen Wünsche und Anfragen aus Parteikreisen (Arbeiterrohfabrikanten, Soldatinnen und andere Vereine), welchen es bisher bei ihren Anträgen und Partien, die sich bedeutend über den Rahmen der bisherigen Liste erstreckten, in Bezug auf die Lokalfrage unmöglich bzw. sehr erschwert war, sich genügend orientieren zu können. Außerdem be-

dürfen unsere Genossen in sehr vielen Provinzorten bei ihrem Kampf um die Erringung freier Lokale noch sehr der Unterstützung der übrigen Arbeiterschaft, da die eigene Kraft hierzu noch nicht ausreichend ist. Wir glauben aus allen diesen Gründen dem durch Erweiterung der Lokalliste Rechnung tragen zu müssen. Außerdem haben wir auch diesmal den Wunsch, die Liste in handlicherem Format herauszugeben, erfüllt.

Wir können nun nicht unterlassen, auch bei dieser Gelegenheit wieder alle Parteigenossen, Gewerkschaften, Gesangs- und sonstigen Vereine darauf aufmerksam zu machen, daß es unbedingt notwendig ist, die Lokalliste gewissenhaft zu beachten; im Bedarfsfalle sind Lokallisten bei allen Kommissionsmitgliedern jederzeit zu haben. Bei allen Abschlüssen von Festlichkeiten und Partien ist es unbedingt nötig, daß in den Beiträgen eine Klausel aufgenommen wird, wonach für den Fall, daß das betreffende Lokal für Arbeiterversammlungen später verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert. Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit lassen eine derartige Bestimmung dringend ratsam erscheinen. Es würde sich außerdem sehr empfehlen, wenn sich die Vereine bei Arrangierung irgend welcher Ausflüge, Partien usw. mit ihren Anfragen recht frühzeitig an die Kommission wenden würden, damit ihnen unbeschämte Vorkommnisse bei ihren Vergnügungen nach Möglichkeit erspart bleiben.

Desgleichen ist es Pflicht der Vorstände und Komitees, dafür zu sorgen, daß der Mehrbedarf an Bedienungspersonal vom Stellennachweis des Verbandes deutscher Gastwirte (Ordnungsverwaltung Berlin) Dirksenstr. 39, I, Telefon Amt 8 1818, bezogen wird.

Parteigenossen! Der Kampf um Versammlungsfälle ist auch ein Kampf um das Versammlungsrecht. Laut ein jeder seine Pflicht, so wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Kein auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehender Arbeiter darf ein gesperrtes Lokal besuchen. Beherrze ein jeder die Wahrung:

**Beachtet die Lokalliste!
Die Lokalkommission.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim.

Sonntag, den 26. August, nachmittags 2 Uhr, im Lokale „Zum Bräulaten“, Weihensee, Lehderstr. 122: Kreis-Generalversammlung.

Z Tagesordnung:

- 1. Der Provinzial-Parteitag für die Provinz Brandenburg.
- 2. Anträge zu demselben und Wahl von Delegierten.
- 3. Der Parteitag in Mannheim.
- 4. Anträge zu demselben und Wahl von Delegierten.
- 5. Kreisangelegenheiten.

Der Vorstand.

J. A.: Georg Freimwaldt.

Pankow. Die nächste Wahlvereinsversammlung findet bereits am 21. August ca. im Lokale des Herrn Roggdi statt. Tagesordnung: Referat und Diskussion über die Aufgaben des bevorstehenden Parteitag in Mannheim; Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Kurnert; Anträge an den Parteitag; Vereinsangelegenheiten. Eröffnung pünktlich 8 1/2 Uhr.

Franz-Buchholz. Am Dienstag, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr, wird die Wahlvereinsversammlung im Lokale des Herrn Raehne abgehalten. Tagesordnung: Vortrag über: „Politischer Massenstreik“; Referent: Genosse Strasser-Berlin; Diskussion; Vereinsangelegenheiten. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Weihensee. Am Montagabend 6 Uhr findet zu der bevorstehenden Kommunalwahl für Alt-Weihensee eine Handzettelverteilung statt. Die Genossen werden ersucht, sich in der „Seeterrasse“, Berlinerstraße 144, recht zahlreich einzufinden.

Am Mittwoch, den 22. August, abends 8 Uhr, findet ebenfalls in der „Seeterrasse“ eine öffentliche Kommunalwählerversammlung statt. Genosse Fendel referiert über die bevorstehende Kommunalwahl. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Das Komitee.

Teltow. Am Dienstag, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr, findet unsere regelmäßige Wahlvereinsversammlung bei Dery statt. Tagesordnung: Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlins. Auch gelangt die Broschüre von Göhre zur Ausgabe. Um zahlreiches Besuch bittet. Der Vorstand.

Romans-Reuendorf. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Schmidt, Wilhelmstr. 3, eine außerordentliche Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Der Parteitag in Mannheim. Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Jubel. 2. Wahl von drei Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht. Der Vorstand.

Schöneberg. Die Versammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Oß, Weiningerstraße 3, statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 2. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung. 3. Anträge zum Parteitage. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Parteigenossen! Wegen der reichhaltigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Genossen notwendig. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand.

Freidenau. Dienstag abend 1/2 9 Uhr Mitgliederversammlung bei Grube, Kaiser-Allee 85. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlins, der Parteitag, Generalversammlung des Kreises, Verschiedenes.

Behlendorf. Die nächste Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 21. August, im Lokal von Mielch, Potsdamerstr. 25, statt. Genosse Teplitz wird einen Vortrag über „Partei und Gewerkschaft“ halten. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Treptow-Baumhulsenweg. Am Dienstag, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr, hält der Wahlverein in „Suevers Festhän“, Baumhulsenweg 78, seine Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautet: 1. Vortrag des Genossen Rieger über den Parteitag in Mannheim und Anträge zu demselben. 2. Bericht über die Generalversammlung Groß-Berlins. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß zu dieser Versammlung keine besondere Einladung durch Handzettel ergeht. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Schwer von Begriffen?

Die Engroskirchenbauerei, die jetzt wieder für den nördlichen Teil der Schönhäuser Vorstadt im Gebiet der Gethsemanengemeinde von den kirchlichen Körperschaften mit gewohnter Mühseligkeit ins Werk gesetzt werden soll, war von uns (Nr. 190) der städtischen Schulverwaltung für die

leider so langsam fortschreitende Vermehrung der Gemeindeschulhäuser als ein nachahmenswertes Muster hingestellt worden. Demgegenüber weist das Stöckerblatt „Reich“ darauf hin, daß doch Kirchen und Schulen in Berlin unter völlig getrennter Verwaltung stehen, und daß die städtische Schulverwaltung über freisinnig sei. Nun, das weiß ja jeder. Sollte die Redaktion des „Reich“ wirklich so schwer von Begriffen sein, daß sie nicht zu kapieren vermochte, was unser Artikel bezweckte? Oder will sie, wider besseres Wissen, ihre Leser glauben machen, wir hätten der Stadtynode die Langsamkeit der Schulvermehrung bzw. der Schulverwaltung die Schnelligkeit der Kirchenvermehrung zur Last legen wollen?

Kamulant ist die Gerissenheit, mit der das Blättchen unsere kritischen Betrachtungen über Kirche, Pastoren usw. für sich und seinen Stöcker zu nutzen versucht. In unserem Artikel über die Engroskirchenbauerei war mit drei Zeilen das Stöckerche Rezept erwähnt worden, daß man, je weniger Leute in die Kirche kommen, desto mehr Kirchen bauen solle. Und unser in derselben Nummer 190 veröffentlichter Artikel über die Gefängnisreform hatte angeknüpft an eine Notiz des „Reich“, das übrigens auf diesen Artikel noch zurückkommen will. Unter Hinweis auf diese beiden Artikel wird nun im „Reich“ dreist und gottesfürchtig erzählt: „Der Bekämpfung Stöckers und unseres Blattes waren gestern mehrere Spalten des „Vorwärts“ gewidmet.“ Donnerwetter! Gleich mehrere Spalten?! Da muß der tolle heilige Stöcker — so wird das Häuflein der „Reich“-Leser sich sagen — ja immer noch eine ganz außerordentlich gewichtige Persönlichkeit sein, wenn ihm und seinem Blättchen „mehrere“ Spalten gewidmet werden!

Zum Lokalbojott. Unsere gestrigen Bemerkungen über den Militärbojott erfahren in der „Deutschen Tageszeitung“ infolgedessen Widerspruch, als es als unrichtig hingestellt wird, daß dieser Bojott nur den einen Zweck habe, die Geschäftsleute zu schädigen. Dieser Bojott werde nur zu dem Zwecke über ein Lokal verhängt, um „das Zusammenkommen mit den Genossen nach Möglichkeit zu verhindern“, während doch die Sozialdemokraten ein Lokal bojottierten, um den Wirt durch Geschäftsschädigung so weit zu bringen, daß er sich ihren Wünschen willfährig zeigt. Das ist vollständig unrichtig! Möchten wir der „Deutschen Tageszeitung“ zurückschicken. Bei dem von unserer Partei verhängten Bojott liegt es jederzeit in der Hand des Lokalinhabers, eine Schädigung seines Geschäfts zu verhindern, indem er seinen Saal zu Versammlungen zur Verfügung stellt. Die Arbeiter haben ein Recht, sich zu versammeln und wenn Saalhaber ihnen die Säle zu Versammlungen verweigern, so wird das Versammlungsrecht illusorisch, das Vereinigungsrecht der Arbeiter genommen. Dagegen wehren sie sich, indem sie nur bei solchen Saalwirten verkehren, die ihnen Säle frei geben und solche meiden, die ihre Säle verweigern.

Anders beim Militärbojott. Hier verhängen Organe des Reiches den Bojott. Er wird verhängt über Steuerzahler, die die Kosten für Unterhaltung des Heeres und der Marine aufbringen müssen, und so werden diese Geschäftsleute geschädigt. Der Zweck, die Soldaten vom Verkehr mit Genossen auszuschließen, wird auch nicht erreicht, dazu gibt es der Sozialdemokraten zu viel. Diese verkehren auch nicht nur in den von der Militärbehörde verbotenen Lokalen. Sozialdemokraten findet man überall. Außerdem braucht ein solcher Verkehr auch nicht gerade in einem Lokal stattzufinden, und so wird schon deshalb der Zweck des Militärbojotts nicht erreicht, ganz abgesehen davon, daß viele Leute, die zum Militär ausgehoben werden, Sozialdemokraten sind oder schon mit der Partei sympathisieren. Es bleibt demnach nur die ausschließliche Schädigung von Steuerzahlern übrig. Dabei bleibt es!

Bemerken wollen wir noch, daß und in unserer gestrigen Notiz infolgedessen ein Irrtum unterlaufen ist, als das Lokal „Vollgarten“ in Deutsch-Wilmersdorf bereits am 1. April d. J. seiner bisherigen Bestimmung als Restauration und Tanzlokal entzogen worden ist. Damit wird aber die von der Militärbehörde herausgegebene „Lokalliste“ noch viel schlimmer charakterisiert, indem von ihr noch am 30. Mai der „Vollgarten“ als ein Lokal bezeichnet wird, das von Militärpersonen zu meiden ist.

Arbeiter - Bildungsstätte Berlin. Heute Ausflug nach Friedrichsfelde. Bahnhof Alexanderplatz 2 Uhr, Schlesiener Bahnhof 2 1/2 Uhr. Straßenbahnlinien 60, 70 und 70 B. Für Nachzügler Restaurant „Eindenpark“ (G. Schutz), Wilhelmstr. 11. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Ueber Mängel in der Postbestellung zwischen Berlin und den Vororten hat sich die Berliner Handelskammer in einem Schreiben an die kaiserliche Oberpostdirektion gekündert und ausgeführt, daß sich die Klagen der Gewerbetreibenden und die langsame Bestellung der Postsendungen vermehrt haben und lebhaft darüber Beschwerde geführt werde, wie oft die Beförderungsdauer diejenige nach weit entfernten Provinzorten übersteigt.

Wir glauben — so heißt es in dem Schreiben — angesichts der immer wiederkehrenden Klagen doch die Aufmerksamkeit der kaiserlichen Oberpostdirektion von neuem auf diesen Gegenstand lenken zu sollen, zumal die am 1. d. M. durchgeführte Befestigung der bisher im Ortsverkehr für Postkarten, Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere geltenden Ausnahmetarife den Wunsch nicht ungerechtfertigt erscheinen läßt, daß nunmehr auch die Beförderung und Bestellung jener Sendungen gegenüber der im Fernverkehr erreichten Schnelligkeit nicht allzusehr zurückbleiben möge. Die erhobenen Beschwerden richteten sich bisher hauptsächlich gegen die langsame Beförderung der Briefpost; aber auch die Weiterleitung der von außerhalb nach den Vororten bestimmten Telegramme scheint längere Zeit in Anspruch zu nehmen, als dies unter den heutigen Verhältnissen zulässig sein sollte. Die Schloßbrauerei Schöneberg hat uns z. B. die anliegenden vier Telegramme vorgelegt, bei denen die Beförderung vom Haupttelegraphenamt Berlin bis zur Wohnung des Adressaten nach den auf den Ausfertigungen gemachten zuverlässigen Vermerken durchweg eine Stunde und mehr, bis zu 70 und 75 Minuten gedauert hat. Nach einer an den Empfänger gerichteten Mitteilung des kaiserlichen Postamts Schöneberg liegen nicht etwa vereinzelte Verzögerungen vor, sondern die Telegramme haben eine den gewöhnlichen Verhältnissen entsprechende Beförderung gefunden. Hier scheint und doch eine Verbesserung dringend geboten zu sein. Die kaiserliche Oberpostdirektion bitten wir daher, in Erwägung zu ziehen, ob sich nicht eine schnellere Beförderung der auf dem Haupttelegraphenamt für die Vororte ankommenden Telegramme, etwa durch Benutzung des Ferndruckes, erreichen läßt.

In ihrer Antwort hat die kaiserliche Oberpostdirektion Verbesserungen in der Bestellung von Telegrammen nach Schöneberg mit dem Ergebnis der Versuche abhängig gemacht, die gegenwärtig von den Ferndruckapparaten als Mittel zur Beschleunigung des Telegrammverkehrs gemacht würden und die einige Monate in Anspruch nehmen. Auch werde die Oberpostdirektion die Frage,

in der Beförderung und Bestellung der Postsendungen im Verkehr zwischen Berlin und den Vororten eine Beschleunigung erzielt werden kann, einer eingehenden Prüfung unterziehen.

Hoffentlich bleibt es nicht nur bei diesem Bescheid, der fast nur wie eine Beschleunigung aussieht. Es ist wirklich Zeit, Remedur zu schaffen in den tatsächlich unbilligsten Verhältnissen. Wie es scheint, ist eine der Ursachen, weshalb es bei der Postbestellung so wenig klappt, in der übertriebenen Sparsamkeit bei der Anstellung von Beamten zu finden.

Von einer Klage der am Viehhof wohnenden Hausbesitzer gegen den Magistrat wegen der in der dortigen Gegend sich sehr bemerkbar machenden üblen Gerüche war dieser Tage in einigen Zeitungen die Rede. An der zuständigen Stelle ist zwar von einer solchen bisher noch nichts bekannt, es dürfte eine solche auch wenig Aussicht auf Erfolg haben. Der Schlacht- und Viehhof wurde vor nunmehr 26 Jahren im Osten erbaut, als dort weder ein Haus noch in der Nähe Strohenszüge errichtet waren. Durch den Schlachthof hat die dortige Gegend auch einen gewaltigen Aufschwung genommen. Der Schlachthof war schon erbaut, als die ersten Häuser dort errichtet wurden. Auch die gewerblichen Betriebe, denen die Gerüche entstammen, sind von der Polizei konfessioniert worden.

Wenn auch eine Klage keine Aussicht auf Erfolg hat, so entbindet dieser Umstand die städtische Verwaltung keineswegs von der Pflicht, die dortigen Anwohner vor dem Gestank zu bewahren und schleunigst diesbezügliche Maßnahmen zu treffen; solche sind schon im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege geboten.

Von der Elektrifizierung der Stadtbahn hört man wieder einmal etwas. Es soll wirklich mit der Zeit langem geforderten Elektrifizierung der Stadtbahn ernst werden. Dem Vernehmen nach werden in diesem Herbst zwischen dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten und dem Finanzministerium Beratungen über eine eventuelle Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Vorortbahn stattfinden.

Also im Herbst Beratungen. Da wirds wohl noch eine Weile dauern.

Französische Kerze sind seit einigen Tagen in Berlin, um sich über verschiedene hiesige Einrichtungen zu unterrichten. Die französischen Damen, die mitgekommen sind, legten Blumen zu Füßen der Kaiserin Friedrich nieder, während vom Vorstand der Studientreuegesellschaft der Kaiser antelegraphiert wurde. Der Stil, in dem das geschah, unterscheidet sich in keiner Weise von dem der Berliner Stadtverordneten in Punkt Duzantismus. Man lese nur:

„Die im Kaiserin Friedrich-Haus versammelten und dort aufs herrlichste von ihren deutschen Kollegen aufgenommenen französischen Kerze haben die Ehre, Eurer Majestät dem Deutschen Kaiser ihre ehrfurchtsvollsten Huldigungen darzubringen. Die Damen, die an ihrer Reise teilnehmen, haben als Beweis der Anerkennung und Bewunderung für das hervorragende und bewunderungswürdige Werk, das in diesem Hause dem Wirklichen ist, Blumen vor der Wüste Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich niedergelegt.“

Wesentlich wurde neben staatlichen Instituten auch das Virchow-Krankenhaus, über dessen Einrichtungen sich die Kerzen sehr anerkennend äußerten, es wurde als das Modellkrankenhaus für Europa bezeichnet. Hoffentlich ist es bald fertig.

Büblers Urlaub und die Strafvolkzugsbehörde. Bekanntlich wurde Graf Bübler vor einiger Zeit aus seiner Festungshaft in Weichselmünde beurlaubt, weil sein Gut in Klein-Tschirne von einer Feuersbrunst heimgesucht worden war. Er benutzte aber diesen Urlaub weniger dazu, um seine eigenen Angelegenheiten zu ordnen, sondern vergnügte das Berliner Publikum durch eine Anzahl Versammlungsreden und brachte wieder „Leben in die Bude“. Für seinen haarsträubenden Witzsinn fand er immer noch zahlreiche Hörer. Das hat nun den Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens sehr geärgert und veranlaßt, eine Beschwerde über die Reden und Flugblätter des Grafen während seines Strafurlaubes an den Polizeiminister zu richten. Auf diese Beschwerde ist jetzt vom Ersten Staatsanwalt beim königlichen Landgericht I, Oberstaatsanwalt Ikenbiel, geantwortet worden, daß dem Grafen Bübler-Klein-Tschirne aus gewichtigen Gründen zur Abwendung wirtschaftlichen Unterganges Strafurlaub vom 2. Mai bis 25. Juni 1906 gewährt worden war. Da Graf Bübler nach Ablauf dieses Urlaubs seine Strafe freiwillig nicht wieder angetreten hat, habe der Oberstaatsanwalt seine zwangsweise Einlieferung in die Festungstulnengefangenenanstalt zu Weichselmünde veranlaßt. Die gegen das Auftreten des Grafen Bübler während des ihm gewährten Strafurlaubes gerichteten Vorstellungen seien damit erledigt. Wenn von dem Grafen Bübler Flugblätter strafbaren Inhaltes ausgegeben werden, so sei es ohne weiteres seine Amtspflicht, dagegen mit den zu Gebote stehenden Mitteln einzuschreiten.

Das Verhalten der Strafvolkzugsbehörde gegen den Grafen nicht vorteilhaft ab von dem mander Staatsanwälte gegen sozialdemokratische Redakteure und Arbeiter, die in Ausübung ihres Berufes ins Gefängnis müssen und so leicht wie der Herr Graf keinen Urlaub erhalten. Aber wir haben nichts gegen das Verhalten der Staatsanwaltschaft einzuwenden, nur sollte allgemein in loyaler Weise gegen politische Gefangene verfahren werden. Daß der Graf diesen Urlaub benutzte, um sein Vieh an den Mann zu bringen, kann der Staatsanwaltschaft nicht zur Last gelegt werden, obwohl in einem anderen Falle bei einer solchen mißbräuchlichen Verwendung des Urlaubs vielleicht doch Widerruf desselben erfolgt wäre. Daß der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens sich in seiner Beschwerde zu einer Denunziation verstehtigt, wie man aus der Antwort des Oberstaatsanwalts entnehmen kann, ist keineswegs zu billigen. Wer nimmt den Grafen heute noch ernst?

Wer trägt die Zigarettensteuer?

Der kostbare Bierat, mit dem nun um des Reiches Glanz und Herrlichkeit willen die Zigarettenpakete geschmückt sein müssen, hat einen heftigen Streit zwischen Fabrikanten und Händlern darüber herbeigeführt, wer das patriotische Werk der Verzehrung der Zigaretten auf sich nehmen soll. Im Grunde genommen sind sich wohl beide Parteien so ziemlich einig darüber, daß es das beste wäre, den Zigarettenhändlern diese Lasten aufzubürden, und halten die Behauptung unserer Regierungen- und Reichstags-Politikminister, die „Industrie“ werde die Steuern tragen, für eitles, trügerisches Geschwätz. Wenn auch die Versammlung der Zigarettenhändler, die am Freitag in den Arminhallen stattfand, in einer Resolution erklärte, es sei unmöglich, die Preiserhöhung auf die Konsumenten abzuwälzen, so war man sich doch darüber einig, daß der Preis-schleuderei im Zigarettenverkauf ein Ziel gesetzt werden müsse, und der Syndikus des Verbandes deutscher Zigarettenfabrikanten, Herr Greiert, sagte, ohne viel Widerspruch zu finden, kurz und bündig: „Der allein richtige Weg ist, daß die Steuer auf die Konsumenten abgewälzt wird, und dazu wird es auch ganz sicher kommen.“

Was aber Empörung unter den Zigarettenhändlern hervorgerufen hat, ist der Umstand, daß die ja ziemlich gut organisierten Fabrikanten zunächst einmal die ganze Steuer auf die Händler abzuwälzen suchen und ihre Ware sogar noch um ein Gut Teil mehr verteuerten, so daß den Händlern, die, bedrängt durch die Schleuder-konkurrenz, einen entsprechenden Preisaufschlag nicht durchzuführen konnten, die Existenz unmöglich gemacht wird. Von dem Syndikus der Fabrikanten wurde der über die Steuer hinausgehende Preisaufschlag damit begründet, daß die Fabrikanten ja nicht nur die Wankelmut bezahlen müssen, sondern noch weitere große Unkosten durch das Zerstückeln, Streichen und Aufkleben der Zigaretten, sowie durch die Schereiten mit den Steuerbeamten haben, besondere Buchhalter einstellen müssen, um der Behörde die Kontrolle möglich zu machen, und dergleichen mehr. Dagegen wandten die Händler ein, daß sie selbst nach dem 1. September auch ein Gut Teil dieser Unannehmlichkeiten zu tragen haben werden.

Das Referat in der Versammlung hielt Redakteur Haffel-bach aus Hamburg. Er meinte, daß es zu einer Einigung zwischen Händlern und Fabrikanten kommen müsse und werde, und schlug

eine Resolution vor, in der den Zigarettenfabrikanten empfohlen wird, neben ihrem im Preis erhöhten alten Marken neue einzuführen, die mit dem bisherigen Verdienst im Detailverkauf zu 2 und 3 Pf. abgegeben werden können. Auf sämtlichen Packungen soll der feste Detailpreis bemerkt werden. Um der Preis-schleuderei vorzubeugen, sollen sich Händler und Großisten verpflichten, die vom Fabrikanten vorgeschriebenen Preise streng innezuhalten, und andererseits die Fabrikanten und Großisten, ihre Waren nur gegen den erwähnten Revers an Wiederverkäufer abzugeben. Die Händler sollen sich verpflichten, nach Möglichkeit die Waren solcher Fabrikanten auszuhalten, die den Revers ablehnen oder nicht innehalten. Ist auf dieser Grundlage keine Einigung mit allen maßgebenden Fabrikanten und Importeuren zu erzielen, so wird die Einführung von Eigenmarken und Vereinsmarken empfohlen, verbunden mit der Ausschaltung aller Zigarettenmarken, mit denen geschleudert wird.

Diese Resolution schien jedoch, wie die sehr erregte Debatte ergab, der Versammlung nicht weitgehend genug. Sie wurde zurückgezogen und folgende von dem Zigarettenhändler F r e h b i t t e r empfohlene angenommen:

„Die versammelten Zigarettenhändler erklären auf das Bestimmteste, den von den Fabrikanten teilweise bis zu um ein Drittel über die Wankelmutsteuer erhöhten Preisaufschlag nicht tragen zu können und auch nicht tragen zu wollen. Die Versammlung hält es auch für gänzlich ausgeschlossen, diese Preiserhöhung auf die Konsumenten abzuwälzen zu können. Sie erblidt in der Wankelmut der Fabrikanten, die Steuer allein auf die Händler abzuwälzen, eine Herausforderung des gesamten Zigarettenhändlerstandes. Sie beauftragt den Vorstand des Neuen Vereins der Zigarettenhändler Berlins und Umgegend, eventuell unter Hinzuziehung noch weiterer geeigneter Personen, Vorschläge auszuarbeiten, die geeignet sind, die Interessen der Händler in dieser Beziehung zu wahren, und so schnell wie möglich eine neue Versammlung einzuberufen, die über diese Vorschläge beschließen soll. Die Versammlung ist ferner einmütig der Ansicht, daß nur eine starke Organisation der Zigarettenhändler geeignet ist, gegen das horrende Vorgehen der Fabrikanten anzukämpfen und die Interessen des Standes in jeder Beziehung zu wahren, und beschließt deshalb, in eine rege Agitation zum Beitritt in den Neuen Verein der Zigarettenhändler Berlins und Umgegend einzutreten.“

Die Aufforderung, sich zu organisieren, wurde in der Versammlung von allen Rednern an die noch unorganisierten Händler dringend gerichtet, selbst die Fabrikanten stimmten dem bei und ihr Verbandsyndikus desgleichen. Er sagte auch, daß es das beste sei, wenn in solchen Streitfällen von Organisation zu Organisation verhandelt werde, und daß nur dadurch eine beiden Parteien gerecht werdende Einigung erzielt werden könnte. Hoffentlich wird Herr Greiert diese vernünftige Ansicht auch dann immer vertreten, wenn es wieder einmal gilt, Vereinbarungen mit der Tabakarbeiterorganisation zu schaffen.

Im übrigen herrschte in der Versammlung, die so überraschend zahlreich besetzt war, daß sich der große Saal als viel zu klein erwies, eine äußerst erregte Stimmung, die sich in mancherlei Zwischenrufen Luft machte, namentlich auch, als der Vertreter einer Dresdener Zigarettenfabrik sprach und die Bilanz seiner Firma richtete, welche auf die Zweipennig-Zigaretten trotz der 2,50 M. Steuer nur 2 M. aufgeschlagen hatte, dafür aber die mit 3,50 M. Steuer belastete Dreipennig-Zigarette um 4 M. verteuerte. Lebhaft wurde auch darüber klage geführt, daß den Großisten von manchen Fabrikanten übermäßig hoher Rabatt gewährt und dadurch die Schmal- und Schleuderkonkurrenz befördert wird.

Die Organisation der Zigarettenhändler hat übrigens in kurzer Zeit sowohl in Berlin wie Charlottenburg und in anderen Vororten große Fortschritte gemacht.

Opfer der Arbeit. Ein schwerer Unglücksfall hat sich Freitagabend auf dem Grundstück Taubensstraße 10, auf dem eine hiesige Brauerei gegenwärtig einen Neubau errichten läßt, zugefallen. In der zweiten Etage waren mehrere Zimmerleute, darunter der 20jährige Karl Bolle aus der Reinickendorferstraße 115, mit dem Legen von Balken beschäftigt. Bei dieser Arbeit tat B. plötzlich einen Fehltritt, verlor das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe hinab. Der Bedauernswerte zog sich bei dem Sturze schwere innere Verletzungen sowie einen Armbruch zu und wurde nach Auflegung von Rotbanden auf der Unfallstation in der Kronenstraße dem Krankenhaus Moabit zugeführt.

Durch Radfahrer überfahren und schwer verletzt wurden gestern im Straßenverkehr zwei Personen. Beim Ueberfahren des Jahredammes der Neuen-Königstraße geriet die achtjährige Schülerin M. Rinner an einen vorüberfahrenden Radfahrer heran, wurde auf das Pflaster geworfen und überfahren. Neben anderen Verletzungen erlitt die Kleine einen komplizierten Beinbruch und mußte nach der Unfallstation in der Alten Schützenstraße gebracht werden. — In der Röhrenstraße wurde ein Schulknabe von einem Zweirad überfahren und ebenfalls schwer verletzt davongetragen.

Die alte Kunst, von fahrenden Straßenbahnwagen abzuspringen, hat Freitagabend wieder einmal einen schweren Unglücksfall gezeitigt. Der Arbeiter Karl Kolberg, Kastanienallee 40 wohnhaft, hatte einen Straßenbahnwagen durch die Invalidenstraße benutzt und sprang in der Nähe des Stettiner Bahnhofes vom Trittbrett ab, obwohl sich der Wagen in voller Fahrt befand. K. stürzte nieder, schlug mit dem Kopf auf den Fahrdamm und blieb benennungslos liegen. Schwer verletzt wurde er nach der nahen Unfallstation in der Eichendorffstraße gebracht, wo er die erste Hilfe erhielt.

Bermi und zu erkennen. Seit dem 26. Juli dieses Jahres wird der Kärntnerlehrling Stephan Jorgacs, am 16. August 1893 zu Oranica in Ungarn geboren, von seiner Arbeitsstelle, Fehrbellinerstraße 5, vermißt. Beschreibung: 1,40 Meter groß, dunkelblond, graue Augen, gute Zähne, Sprache gebrochen deutsch. Bekleidung: ohne Kopfbedeckung, grauen Leinwandhemd, dunkelblau gestreifte Hose, barfuß, barfuß. Der Genannte hat zur angegebenen Zeit die Wohnung verlassen und ist bisher über seinen Verbleib nichts bekannt geworden. Personen, welche Angaben zur Sache machen können, werden gebeten, dies der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier zu den Akten 5291, 4. 6. 06 mitzuteilen.

Am 14. dieses Monats, morgens 5 1/2 Uhr, wurde vor dem Hause Adersstraße 143 ein unbekannter Mann in hilflosem Zustande aufgefunden und in das Krankenhaus am Friedrichshain geschafft, wo er, ohne die Besinnung wieder zu erlangen, verstorben ist. Der Mann ist circa 50 Jahre alt, 1,70 Meter groß, hat dunkelbraune Haare und starke Augenbrauen, blaue Augen, hohe Stirn, lange spitze Nase, grau melierten starken Voll- und Schnurrbart. Zähne im Oberkiefer fehlen. Bekleidet war er mit altem dunklen Jacketanzug und Schäftstiefeln. Nachricht über die Person mündlich oder schriftlich nimmt die Kriminalpolizei zur Nr. 6189, 4. 41. 06 entgegen.

Der Zoologische Garten besitzt seit einigen Tagen eine eigenartige Vogelform, welche die Küsten und Inseln um den südlichen Teil von Südamerika bewohnt und dort eine merkwürdige Lebensweise führt: sie nährt sich nämlich zeitweise hauptsächlich von den Eiern der dort brütenden Seevögel, besonders der Pinguine. Der Scheidenschädel, so genannt wegen des absonderlich gestalteten Schädels, dessen Burgel bis über die Rosenlöcher mit einer Hornscheibe umgeben ist, hat etwa die Größe einer Taube, ist gedrungen gebaut und schmerzlich und seiner Organisation nach den Regenfeisern verwandt. Das interessante Tier gelangt nur äußerst selten lebend nach Europa und ist in einem der Wasserflugzeuge des Zool. Museums untergebracht.

Das Berliner Aquarium konnte zwar, was die Abteilung der Reptilien und Amphibien anbelangt, besonders die Familie der Schlangen durch neue und wertvolle Arten und Exemplare bereichern, indessen findet der Besucher auch in den anderen Gruppen dieser Kaltblüter seltene und interessante Spezies. Während von den Schwanzlurchen die die Riesen unter ihnen vergegenwärtigenden japanischen Riesensalamander und amerikanischen Schlamm-

teufel seit vielen Jahren ständig vertreten sind und Gelegenheit zu Studien und neuen anziehenden Beobachtungen geboten haben, gehört der langgeschwänzte „Armmolch“ aus den süblichen Vereinigten Staaten zu den Neulingen unter der Bewohnerchaft, da er nordem noch nie hier gezeigt werden konnte; der in seiner Heimat tatsächlich amphibisch lebende merkwürdige Eiter unterscheidet sich von all seinen Rahverwandten dadurch, daß der lange laafrömige Körper nur Vorderfüße oder „Arme“ besitzt. In der Schilddrüsenorgane verdient neben den langhalsigen Plati- und Schlangenhalschilddrüsen aus Südamerika usw. die eigenartige dreigegebänderte Droschenschilddrüse aus China besondere Beachtung.

Feuerbericht. In der vorletzten Nacht um 12 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Schadowstraße 1b gerufen. Eine Gefahr war nicht zu ermitteln. Der Wächter Sch., der Feuer gemeldet hatte, wurde der Polizei übergeben. Früh um 3 Uhr brannten in einer Wohnung in der Köpenickerstraße 66 Gardinen und anderes. In der Kochowstraße 2 und Elbingerstraße 92 mußten zwei Wohnungsbrände gelöscht werden. Gestern vormittag um 8 Uhr erfolgte ein Alarm nach der Neuen Friedrichstraße 21b, wo der Pförtner und Fahrstuhlführer Linke im Fahrstuhlschacht eingeklemmt war. Die Feuerwehr befreite den Mann und schaffte ihn dann nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshain, wo er verbunden wurde. Nicht weit von dieser Unfallstätte wurde mit Erfolg in der Kaiser Wilhelmstraße 13 ein Sauerstoffapparat bei einem Schwerkranken benutzt. Freier hatte die Behr an mehreren Stellen Pechhölzchenbrände zu löschen und Hilfe zu leisten.

Arbeiter-Samariterkolonne. Montagabend 9 Uhr Übungsstunde der 2. Abteilung, Brunnenstraße 164. Vortrag über Vergiftungen und gefährliche Krankheitszustände. Daran anschließend praktische Übungen. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. — Heute nachmittag findet das Sommerfest der Kolonne im herrlichen Naturgarten der Mariannenshöhe, Mariannenufer 2, statt. Kongert, Vorstellung der Gesellschaft „Sewandowski“, Familienaffektöden und Tanz. Freunde und frühere Mitglieder der Kolonne sind freundlichst eingeladen.

Vorort-Nachrichten.

Vororte unter sich.

Nachdem der Kampf um Schule und Rathaus in der nördlichen Vorortgemeinde Rosenthal beendet ist, hat der dortige Gemeindevorstand am Freitag der Nachbargemeinde Rieder-Schönhausen den Krieg erklärt. In der Schönholzer Heide, welche zu Rieder-Schönhausen gehört, soll die Seemannstraße gepflastert werden. Die Steinfuhrwerke haben nur eine Möglichkeit, jenen Teil von Rieder-Schönhausen zu erreichen, indem sie durch Reinickendorf und Wilhelmshagen-Rosenthal fahren. Am Freitag hat nun der Rosenthaler Gemeindevorsteher diese einzige Zufahrtsstraße gesperrt, indem er einen Steinsechmeister beauftragte, sie in einer Breite von zwei Metern aufzureißen und die Steine in Form einer Mauer davor zu legen. Die Straßenregulierungsarbeiten sind dadurch ins Stoden geraten. Diese Maßnahme ist schon vor längerer Zeit in der Rosenthaler Gemeindevorstellung angefragt worden, weil durch das Schwere Fuhrwerk angeblich die Rosenthaler Straßen zerfahren werden. Die Rieder-Schönhauser Geschäftsleute, welche im Westen des Dries wohnen, sind über diese Maßnahme der Rosenthaler in heller Empörung, weil kein Fuhrwerk sie erreichen kann. Am Freitag wurde nach der Gemeindevorsteher von Rieder-Schönhausen telephonisch von der Absperrung des Ortsteiles in Kenntnis gesetzt, damit er den Landrat veranlasse, hier unzugänglich einzugreifen und dem Rosenthaler Gemeindevorsteher aufzugeben, für die Herstellung des Verkehrs zu sorgen. Die Rosenthaler hielten es nicht einmal für nötig, auch nur einen Steinsech an der aufgerissenen Straße hinzustellen, um den Anschein einer notwendigen Renovierung zu erwecken.

Rixdorf.

In der am 10. August von der 10. und 11. Abteilung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Rixdorf einberufenen Volksversammlung sprach Genosse Dr. M a u r e n b r e c h e r über: „Deutschland und die russische Revolution“. Genosse Marenbrecher führte aus, daß es notwendig sei, daß wir zu dem Geruch einer deutschen Intervention in Rußland Stellung nehmen. Den Dementis stellte er unter anderem das Vorgehen der deutschen Regierung bei der Flottenvorlage entgegen. Auch in Oesterreich-Ungarn wurde dementiert; aber staatsrechtlich belanglos von dem Kaiserpräsidenten in Ungarn. Wichtiger als diese Kritik der Dementis ist die Tatsache, daß man der deutschen Regierung eine Intervention zutrauen kann und auch im Auslande zutraut. England hat seine Haltung durch die Begrüßung der Dumamitglieder auf der interparlamentarischen Konferenz bekannt gegeben. Auch Frankreich traut es niemand zu. Was ist geschehen, daß man von der deutschen Regierung eine Intervention erwarten zu können glaubt? Die Mitteilung des „Lokal-Anzeigers“ über das Handschreiben des deutschen Kaisers an den Zaren gibt den russischen Revolutionären Veranlassung, auf den Versuch des Landesverrates seitens des Zaren in ihren Flugblättern hinzuweisen. Es besteht der Verdacht, daß man dem Zaren nicht nur durch Telegramme und Handschreiben, sondern schließlich auch mit robusteren Machtmitteln Unterstützung bieten wolle. Besonders zu beachten ist das Verhalten der offiziellen Publizisten. Es ist System in der Sache, wie man das Bürgertum zur Stimmung erziehen will. Zu bedenken sind auch frühere Vorkommnisse, wie der Fall des Regierungsrates Martin, der auf Grund einschlägiger Kenntnisse nachwies, daß Rußland vor dem Bankrott stehe, und über den dann Regierung und Presse herfiel. Die Deutsche Bank kauft Russenpapiere jedenfalls im Einverständnis mit der deutschen Regierung, die der russischen möglichst hilfreich unter die Arme greifen will. Auch die polizeilichen Ausweisungen zählen hier. Mit Presse, Bank und Politik unterstützt unsere Regierung das heutige Rußland. In der ganzen Welt wird keiner anderen Regierung eine Intervention zugezutraut. Nach dieser Erörterung der formellen Frage, die weniger wichtig ist, müssen wir unsere Stellung zu einer Intervention klarlegen. Wir müssen Europa und der ganzen Welt sagen, daß eine solche Aktion der deutschen Regierung bei uns schärfsten Widerstand finden wird. Mit drei Parolen will man die öffentliche Meinung beeinflussen. Zunächst die, der Albert Birich durch den Satz Ausdruck gegeben hat: „Deutschland hat ein wesentliches Interesse, daß kein autonomes Polenreich entstehe“. Im Rückblick auf die Militärkonvention von 1863 gibt die Regierung vor, die Grenzen zu schützen. Wenn dann die Grenze nach Warschau verlegt wird, wird es eben als militärische Notwendigkeit begründet. Zum zweiten wird der „Schutz der Deutschen in den Ostprovinzen“ genannt. Deutsche, die sich vor Jahrhunderten dort angesiedelt, dann deutsche Bauern nach sich zogen und schließlich durch die lettische Revolution in der zweiten Hälfte des Mittelalters genugam bekannt wurden. Neben diesen beiden Parolen wird dann noch davon geredet, daß so viel deutsches Geld in Rußland sei. Die Politik des deutsch-russischen Vereins richtet sich hier scheinbar gegen den Zaren. Der Zar soll gezwungen werden, den Zahlungsberechtigungen nachzukommen; um aber Steuern einzubringen zu können, muß die Revolution unterdrückt werden. Werden die Russenpapiere der Entwertung entgegengehen, so wird das Bürgertum die Regierung drängen, in Rußland zu intervenieren. Wenn eine Agitationswelle mit diesen Parolen durch das Land geht, wird es zu spät sein, den Stroh parieren zu können. Jetzt können wir über diese Dinge noch reden. Eine Schmach in den Akten der Geschichte wäre es, wenn gesagt werden müßte, die deutsche Regierung habe die Revolution in Rußland niedergeworfen. Wichtiger als aller Streit über die Theorie des Massenstreiks ist das Gerüchsein in einer solchen Zeit. Die Aufklärung über die Parolen gehört in die Massen hinein. Der Indifferentismus gibt der Regierung Mut. Wir müssen den Indifferenten sagen, daß sie die Stützen der Segner sind; wir müssen die Leidenschaften erregen und die Aufmerksamkeit schärfen.

Mit diesen Worten schloß der Redner unter starkem Beifall seine Ausführungen. Einstimmig nahm die Versammlung folgende Resolution an:

Die heute Anwesenden protestieren auf das schärfste gegen eine event. geplante Intervention Deutschlands zugunsten des zaristischen Regiments. Sie sind der Meinung, daß nur das internationale Proletariat imstande sein wird, in eine energische Protestbewegung einzutreten.

Es ist jedoch notwendig, immer neue Anhänger für den Sozialismus zu gewinnen, daher verpflichten sich die Anwesenden, soweit sie noch nicht Mitglieder des Rixdorfer Wahlvereins sind, denselben beizutreten und immer neue Kämpfer demselben zuzuführen.

Die Resolution wurde von der stark besuchten Versammlung, an der besonders viele Frauen und jüngere Arbeiter teilnahmen, einstimmig angenommen. Eine Diskussion fand nicht statt.

Arbeiter, Parteigenossen!

Seht die Wählerlisten nach! Dieselben liegen auch am Sonntag, von 8—10 Uhr vormittags, im Rathaus aus. Da diesmal auf Grund einer Neueinteilung gewählt wird, ist es Pflicht jedes einzelnen, sich davon zu überzeugen, ob er in der Wählerliste eingetragen ist.

Wer nicht in der Liste steht, darf am Wahltage nicht wählen. Das Wahlrecht zur Stadtverordnetenwahl ist ohnehin ein winziges; gerade deshalb ist es doppelt notwendig, dafür zu sorgen, daß uns am Wahltage keine Stimmen verloren gehen. Sichere sich jeder sein Wahlrecht, indem er sich überzeugt, ob er auch in der Wählerliste steht.

Schöneberg.

Statistisches aus Schöneberg. Die Bevölkerungszunahme des Ortes hat im ersten Halbjahre 1906 mit derjenigen der letzten vier Jahre ungefähr Schritt gehalten. Seit 1903 beträgt die jährliche Bevölkerungszunahme etwa 10 000, mit Ausnahme des vorigen Jahres, wo sie nur 8000 erreichte. Gegenwärtig beträgt die Einwohnerzahl 145 323. In demselben Zeitraum ist die jährliche Bevölkerungszunahme etwa 10 000, mit Ausnahme des vorigen Jahres, wo sie nur 8000 erreichte. Gegenwärtig beträgt die Einwohnerzahl 145 323. In demselben Zeitraum ist die jährliche Bevölkerungszunahme etwa 10 000, mit Ausnahme des vorigen Jahres, wo sie nur 8000 erreichte. Gegenwärtig beträgt die Einwohnerzahl 145 323.

Die Arbeitslosigkeit ist gegenüber dem Vorjahre ziemlich stationär geblieben. Für die Volksbibliothek, die etwa 13 000 Bände umfaßt, gelangt in nächster Zeit ein bereits im Druck befindlicher Katalog zur Ausgabe, nachdem die gesamte Bibliothek einer grundlegenden Reorganisation unterzogen worden ist.

Charlottenburg.

Berein Freier Kindergärten. Mittwoch, den 22. August, veranstaltet der Verein für Charlottenburg bei Bauer, Berlinerstraße 56a, ein Kinder-Spielfest. Die Reigen und Spiele der Kinder werden von Kindergärtnerinnen geleitet werden. Im Saale wird eine kleine Ausstellung fröhlicher Arbeiten über die im Kindergarten geübten Beschäftigungen ausgestellt. Um 8 Uhr abends wird Reichstags-Abgeordneter Adolf Hoffmann eine Ansprache halten. Beginn des Festes um 3 Uhr. Eintritt 15 Pf. für Erwachsene und 10 Pf. für Kinder.

Wilmerdorf.

Zu dem Erdbeinsturz am Freitag wird uns noch von Augenzeugen folgende Ergänzung mitgeteilt: Der Erdbeinsturz erfolgte vormittags zwischen 10 und 11 Uhr. Holsteinische Str. 40. Es wurden drei Arbeiter verunglückt, von denen zwei Verletzungen davon trugen. Es wäre Pflicht des Politers Henkel gewesen, auch den nicht so schwer Verletzten in ärztliche Behandlung zu geben, selbiger mußte in verlegtem Zustande selbst einen Arzt aufsuchen. Der Unternehmer, bei dem sich der Unfall zugetragen, heißt Reiffe.

Drewitz.

Die Erziehung des jetzigen Ortsvorstehers Röhse findet morgen abend von 7—9 Uhr im Wilschen Lokal statt. Die Wähler der 3. Klasse werden aufgefordert, Mann für Mann zu erscheinen und ihre Stimme dem Kandidaten Paul Lehmann, Zimmerer, Reuendorferstr. 19, zu geben. Jede Wahlkarte von seinem Wahlrecht Gebrauch. Der Vorstand des Wahlvereins.

Gerichts-Zeitung.

Verurteilte Pictat.

Die Verkäuferin Marie L. hatte von dem Warenhaus Stein für den Nachmittag beabsichtigt Teilnahme an der Beerdigung einer Tante Urlaub erhalten. Als der Chef erfuhr, daß nicht eine Tante, sondern der Vater einer Hausnachbarin beerdigt worden war, entließ er die Verkäuferin sofort. Die Klägerin behauptet vor dem Kaufmannsgericht, sie habe diese Kollage gebrauchen müssen, da sie, wenn sie gesagt hätte, sie möchte an der Beerdigung eines Bekannten teilnehmen, sicherlich keinen

Urlaub bekommen hätte. Der alte Herr habe ihr aber sehr am Herzen gelegen, und es sei ihr ein Bedürfnis gewesen, dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. Das Kaufmannsgericht war der Ansicht, daß die Aussage der Klägerin zwar verwerflich sei, aber da im Grunde einem edlen Motive entsprungen, die Beklagte noch nicht zur sofortigen Entlassung berechtigt. Die Firma wird demgemäß zur Zahlung des Restbetrages von 100 Mark verurteilt.

Stundenlohn oder Afford. Wegen die Firma Kleine u. Kopyron klagte der Maurerpolier St. auf Zahlung von 55 Mark Restlohn und Erstattung von 46,50 Mark, die er als Vorkauf aus seiner Tasche an Arbeiter gezahlt hat. Der Beklagte Kleine wandte ein, St. habe nichts zu bekommen, denn es handele sich um eine Affordarbeit und die Auszahlungen an den Kläger und seine Helfer überstiegen bereits um 206 Mark die vereinbarte Affordsumme. Die Zahlungen an den Kläger mit 80 Pf. pro Stunde seien Abschlagszahlungen gewesen. Allerdings hätte die Arbeit schon begonnen gehabt, als dem Kläger gesagt worden sei, er bekomme pro Kubikmeter 3,50 Mark, und als ihm ein entsprechender Affordzettel überreicht worden sei. — Der Kläger machte demgegenüber geltend, er habe bereits am 25. Mai mit der Arbeit (Stofffundamentierung und Einbau usw.) begonnen und erst am 11. Juni sei ihm der Affordzettel übergeben worden. Er habe ihn aber nicht unterschrieben, sondern eingestrichelt. Unter diesen Umständen sei kein Affordvertrag zustande gekommen. — In der Verhandlung vor der Kammer 3 des Berliner Gewerbegerichts befand sich ein Zeuge der Beklagten, daß der Kläger nicht prozessiert habe, als die Ueberreichung des Affordzettels und die Kennung des Affordbetrages erfolgte. Er sei einverstanden gewesen.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß sich der Kläger schon durch die widerspruchsfreie Annahme des Affordzettels damit einverstanden erklärt habe, daß Afford berechnet werden sollte, und zwar auch für die bis dahin geleistete Arbeit. — Die Parteien verlegten sich darauf, indem der Kläger sich verpflichtete, dem Kläger 25 Mark zu zahlen. Dadurch erübrigten sich langwierige Feststellungen darüber, wieviel Kubikmeter geleistet sind und ob die Affordsumme durch die Teilzahlungen längst überholt war, wie der Kläger behauptete.

Vermischtes.

Ein Lotterieschwindler verhaftet.

Der aus Lübeck gebürtige Lotterielokalektor Gustav Heinrich Fischer ist, wie aus Altona gemeldet wird, gestern verhaftet worden. Fischer hatte über 100 000 Prospekte der Königsberger Geldlotterie zur Freilegung des königlichen Schlosses in Königsberg in die Welt geschickt mit der Aufforderung, 3,50 Mark für jedes Los einzufenden; er hat auf diese Weise etwa 30 000 Mark vereinnahmt. Lose zur Freilegung hatte aber Fischer nicht. Nach seiner Verhaftung sind über 500 Briefe und Postanweisungen aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn eingelaufen. Die Zahl der Geschädigten beläuft sich auf mehrere Tausend. Fischer, der in Altona ein und in Hamburg zwei Kontore gemietet hatte, benutzte für seine Manipulationen ein Postfach; er will früher in Kopenhagen ein Lotteriegeschäft betrieben haben.

Abgeführt. Der Oberlehrer Oberbed aus Nachen ist von der Weihen Spitze im Stanner Tale abgeführt und dabei umgekommen. Oberbed hatte die Tour ohne Führer unternommen.

Eisenbahnunglück. Ueber einen in vergangener Nacht im Bahnhof Revinig auf der Linie Paris—Straßburg eingetretenen Unfall wird aus Paris-Dur folgendes berichtet: Infolge des Versagens der Kupplung auf der sieben Kilometer von Revinig entfernten höhergelegenen Station Ruffi rollten 21 Waggons nach Revinig ab. Der Bremser des letzten Wagens konnte einen Zusammenstoß mit einer in Revinig haltenden Lokomotive nicht verhindern und wurde zermalmt. Der angerichtete Materialschaden ist sehr bedeutend. Die Räumungsarbeiten zur Wiederherstellung des Verkehrs sind im Gange.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Die Jünglinge. Montag: Der Ring des Nibelungen. Dienstag: Bajazet. Die Wappenspiele. Mittwoch: Götterdämmerung. Donnerstag: Der Waffenschmied. Freitag: Lohengrin. Sonnabend: Fra Diavolo. Sonntag: Die Zauberflöte. Montag: Die Meistersinger von Nürnberg.

Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Romeo und Julia. Montag: Prinz Friedrich von Homburg. Dienstag: Die Journalisten. Mittwoch: Nathan der Weise. Donnerstag: König Richard III. Freitag: Die drei Mosen. Sonnabend: Ditho. Sonntag: Wilhelm Tell. Montag: Der Schurk der Treue.

Neues Königl. Opernhaus. Sonntag: Das Heimchen am Herd. Montag: La Traviata. Dienstag: Das Heimchen am Herd. Mittwoch: Martha. Donnerstag: Das goldene Kreuz. Freitag: Das Heimchen am Herd. Sonnabend: Die Hebräer. Sonntag: Das goldene Kreuz. Die schöne Galathea. Montag: Das Heimchen am Herd.

Reising-Theater. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Die verfluchte Glode. Abends: Rosmersholm. Montag: Die Weber. Dienstag: Rosenmontag. Mittwoch: Und Sipps lang. Donnerstag: Ein Volkseind. Freitag: Die Weber. Sonnabend: Traumbild. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Rosenmontag. Abends: Der Hübner. Montag: Rosmersholm.

Theater des Westens. Sonntag bis Sonntag: Die lustige Witwe.

Schiller-Theater O. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Freischütz. Abends: Der Troubadour. Montag: Oberon. Dienstag: Carmen. Mittwoch: Martha. Donnerstag: Carmen. Freitag: Der Postillon von Longjumeau. Sonnabend: Die Aristokraten. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Die Zauberflöte. Abends: Undersucht. Montag: Das Nachtlager in Granada.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmshäusliches Theater) Sonntag: Carmen. Montag bis Donnerstag: Geschlossen. Freitag: Undine. Sonnabend: Geschlossen. Sonntag: Der Troubadour. Montag: Wey dem, der läßt.

Berliner Theater. Sonntag und die folgenden Tage: Herold Holms.

Kunstspielhaus. Sonntag und die folgenden Tage: Spokenliebe.

Romische Oper. Sonntag: Hoffmanns Erzählungen. Montag: Don Pasquale. Dienstag bis Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen. Freitag: Sigarot Hochzeit. Sonnabend und Sonntag: Hoffmanns Erzählungen. Montag: Undersucht.

Kleines Theater. Sonntag bis Donnerstag: Minnenliebe. Diplomatie in der Ehe. Das Trottoir roulant. Freitag: Ein idealer Gatte. Sonnabend, Sonntag: Minnenliebe. Diplomatie in der Ehe. Das Trottoir roulant. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Nachts. Montag: Ein idealer Gatte.

Trionon-Theater. Sonntag und die folgenden Tage: Die Frau ohne Lächeln.

Zentral-Theater. Sonntag: Der Kaktusbinder. Montag: Die Hebräer. Dienstag: Der Kaktusbinder. Mittwoch: Der Bettelstudent. Donnerstag: Der Kaktusbinder. Freitag: Der Jägerbaron. Sonnabend und Sonntag: Der Kaktusbinder. Montag: Der Jägerbaron.

Carl Weich-Theater. Sonntag und die folgenden Tage: Adele.

Thalia-Theater. Sonntag bis Freitag: Bis früh um Fünf. Sonnabend und Sonntag: Wenn die Bombe platzt. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Bis früh um Fünf. Montag: Wenn die Bombe platzt.

Reitens-Theater. Sonntag und die folgenden Tage: Die Höhle des Löwen.

Reichshallen-Theater. Steintiner Sängerkreis.

Metropol-Theater. Auf — ins Metropol!

Apollo-Theater. Sonntag und die folgenden Tage: Berlin im Omnibus. Spezialitäten.

Passage-Theater. Abends: Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.

Bellevue-Theater. Spezialitäten.

Karl Hoyerland-Theater. Spezialitäten.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Bis Mittwoch geschlossen. Donnerstag und die folgenden Tage: Im wunden Lege.

Urania-Theater. Laubentzweige 45/49. Der jüngste Kussbruch des Venus. Mittwoch: Die deutsche Dichtkunst. Sonnabend: Im Lande der Ritterschaftszone.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentlich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

J. Z. 10. Auskunftstelle beim Jollant. — **N. Z. 55.** Sie hätten sich selbst anmelden müssen. Zinsen werden nicht erhoben. — **N. R. 138.** Schließen Sie zur Vermehrung aller Weiterungen einen Gütertrennungsvertrag bei Gericht oder Notar. — **R. J. Berlin.** Sie müssen beim Magistrat gegen die Entziehung des Eintrags erheben. — **G. P. 10.** Lassen Sie die Hande davon. — **B. S. 100.** Der Arzt darf dem Bräutigam nur mit Genehmigung der Braut Auskunft geben. — **W. P. 64.** Der Ausgang des Prozesses ist zweifelhaft. Kommen Sie in die juristische Sprechstunde. — **G. P. 73.** 1. Ihr Schlichter kann das Geld Ihrer Frau nicht spenden. 2. Die Pfändung ist zulässig, soweit Sie mehr als 1500 M. jährlich verdienen. 3. Sie können den Eid zurückgeben. — **W. P. 25.** Da der Mietvertrag nur auf 1 Jahr geschlossen ist, bedarf er nicht der Schriftform, ist also gültig. — **Z. 30.** 1. Das eingebrachte Vermögen der Frau besteht ihr Eigentum. 2. Das Statut ist maßgebend. — **Winkel. Ja.** — **G. W. 13.** Es gilt schlichte Kündigungsschrift. — **G. W. 57.** Versuchen Sie es doch. Der Antrag ist an den Polizeipräsidenten zu richten. — **J. P.** Die rückständigen Beiträge müssen nachgezahlt werden. — **G. P. 192.** Noch nicht verjährt. — **Hilke!** Wenn Sie den Mietvertrag mit unterschreiben haben, müssen Sie zahlen. — **N. R. 99.** Ja. — **G. W. 26.** Nein. — **B. 77.** Nein. — **G. P. 100.** 1. Ehefrau, die ihren Mann verlassen hat, hat Anspruch auf Unterhalt in Geld, wenn sie einen Grund zur Scheidung hat. 2. Während Bestehens der Ehe haben Sie das Recht darauf, daß die Kinder bei Ihnen sind. 3. Formulare für den Antrag (der beim Amtsgericht Berlin-Weidung zu stellen ist), ist in Stadtkassen „Arbeiterrecht“ Seite 225 (Formular 21) abgedruckt. 4. Ja. — **G. P. 77.** Rückzahlungspflicht besteht nicht, aber Grundverpflichtung während der Dauer der Ehe besteht. Die mitgeteilte Statutenänderung wäre rechtlich wirksam. — **W. S. 1.** Nein. — **G. P. 39.** Ist Ihre Ehe hier geschlossen, so geben Sie und Ihre Ehefrau persönlich die Erklärungen bei dem Standesamt, wo die Ehe eingegangen ist, ab, andernfalls bei dem Amtsgericht Berlin, Neue Friedrichstraße 16/17. 2. Nein. Lassen Sie sich selbst zum Vormund bestellen. 3. Nein. — **P. 450.** Meinstenfalls kommt in Betracht. Beantragen Sie Erhebung der Invalidentrente. — **G. 107.** Ja. — **G. Drechsler. S. B. Tegel** und **B. 28:** Fordern Sie den Hauswirt auf, das Ungeziefer innerhalb einer bestimmten Frist zu beseitigen. Läßt diese Frist fruchtlos ab, so können Sie entweder Schadenersatz verlangen oder die Mietzahlung verweigern oder, falls der gemietete Raum nur teilweise untauglich ist, einen entsprechenden Teil der Miete zu zahlen verweigern. — **000.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **W. S.** Das Testament ist so gültig; doch muß Ihre Frau den Namen unter das Datum (nicht daneben) setzen. — **N. R. 20.** Ja. — **G. 50.** Bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres durchschnittlich 20 M. monatlich. Die Höhe richtet sich nach der Lebensleistung der Mutter. Nach die Kosten einer Krankheit sind zu ersetzen. — **Jan.** Erklären Sie dem Wit, daß Sie auf Erfüllung des Vertrages bestehen, und fordern Sie eventuell Schadenersatz. — **W. G. 67.** Klage ausständig. — **T. 1000.** Nein.

Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“, Wochenchrift für kommunalpolitisch und Gemeindeforschung. Herausgeber Dr. Albert Sabelmann. Verlag von Paul Singer, Berlin. — In der uns heute zugegangenen Nr. 33 der „Kommunale Praxis“ wird das Verhalten des preussischen Ministers Breitenbach in Sachen des Lokalvertrages einer scharfen und gerechtfertigten Kritik unterzogen. Vom Standpunkte der kommunalen Politik aus muß sich eine Auffassung, wie sie der Herr Minister kund gegeben hat, besonderen Anstoß erregen.

Ueber Mißverwaltung und Mißkontrolle handelt eine sehr eingehende Arbeit über die Verhältnisse in München, die auch für die Gemeindeverwalter an anderen Orten dankenswerte Anregungen enthält. Aus dem reichen Inhalt dieser Nummer heben wir u. a. die Darstellung der Betriebskostensteuer in Vantow hervor.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich nur 2,50 M. Grobnummern kann man jederzeit kostenlos vom Verlage der „Kommunale Praxis“, Berlin W. 15, beziehen.

„Blut.“ Kritische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhart) 33. Heft. (Monatenschein einschließlich der „Blut“-Beilage) vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlage 4.—. Verlag, Berlin-Charlottenburg, Voehelstr. 66).

Heinrich Franck,
Berlin N. 54, Brunnenstr. 185.
Besichtigen Sie bitte sofort:
völlig hell, 180 Pf. berg.
Billige Rohtabake.
Max Jacoby, Stroitzstr. 52.
Rixdorf,
Otto Bredow, Hermannstr. 56.
Wollwaren, Strümpfe, Trikotagen,
Putz- und Modewaren.
Zahn-Klinik.
Olga Jacobson,
Invalidenstr. 145.

Roh-Tabak
Rein amerikanisches
Lager I. best. Nisch.
a. Pfd. 80 Pf.
W. Herm. Müller,
Berlin, Magaststr. 14.

Wer — Stoff — hat
fertige Anzüge nach Maß 20 M.
Tabellierter Stoff, haltbare Futterläden.
Bei Stofflieferung billige Preise.
Franke, Uckerstraße 143,
1632L.* Ecke Invalidenstraße.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handnähung! 16292*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Grand Prix Weltausstellung
Paris 1900: St. Louis 1904.
Innentastlicher Untertrieb, auch in moderner
Rustschickerei.
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen

H Hygien. Bedarfsartikel
Illustr. Preisl. frei.
Gustav Engel, Berlin 172,
Potsdamer Straße 131.

H. Vinas 50 M., bis 8. Sonntag 4.
billig! Gerichtstraße 32, Dittich.
Maybach-Hof 3, per 1./10. zwei
Bohnung, 21 u. 22.50 M., Stof, I.*
Weidenweg 12, ff. Wöln jr. Trösch, I.

Grünende Auen,
berühmte Wälder, Berg u. Thäl! Berlin's
schönstes Idyll! Hohen-Neuendorf
(Nordbahn 30 Pf.) Gas-, Wasserleitung,
Kingsport, bis-a-bis Schuppenhaus.
R. 12 M. Bausstellen mit u.
ohne Wald, ff. Kuz.
Sommerhäuser erbaut u. Baulich
am Bahnhof oder Berlin,
Neue Königstr. 82.
Wollenberg.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuwert. Katalog
m. Empfehlung Aerzte u. Prof. grat. u. ff.
H. Enger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW, Friedrichsstr. 91/92.

Kolonie Alpenberge
bei Buch!
Die vorzüglichsten Porzellan-
verfasser Joers in Alpenberge, 20 Biemig,
Tour bis Buch, dann durch Dorf
gang geradwegs bis zur Alm, wo der
Verlauf stattfindet aus erster Hand.
A. Joers, Charlottenburg,
Joachimsthalsstr. 35. 5976

Stoppdecken
billigt direkt in der
Fabrik
72. Wallstr. 72.
wo auch alle Stoppdecken ausgearbeitet
werden. Bernhard Strohmaier,
Berlin Ka. Müllstr. Katalog gratis.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellensuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort
(setzgedruckt) 10 Pf. Worle mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Gardinenhand Große Frankfurter-
straße 9, partier. 17
Tepiche! (sehr billige) in allen
Größen für die Halle des Wertes
im Teppichlager Berlin, Godeler
Markt 4, Bohnhof Ecke. 266/14*

Habraden, Teilzahlungen. Berg-
straße 28, Falkenstr. 40. 16638*
Geschäftsdrucker, auch ff. Mobil.
50,00. Holz, Blumenstraße 36 b. *

Gerrenstrad, Damenstrad,
wie neu. 45,00. Holz, Blumen-
straße 36 b. 17108*

Tepiche mit Gardinenleinen Badin-
lederlage Große Frankfurterstraße 9,
partier. 71

Herren-Garderobe nach Maß,
saubere Arbeit, großes Stofflager.
Valeto!, Anzug 36 Mark an. Kauf
beim Handwerker, laßt den Hand-
werker verdienen Teilzahlung gefällig.
J. Dörge, Dresdenstraße 109.

Kinderwagen, Kinderbettstellen,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgelagte
Sportwagen. Schneider, Ausfuhr-
straße 172. 2665*

Kleiderplid 20 Mark, Kommode
21, Vertiko 29, samisches Kleider-
spinderritt, modern 40, Säulen-
kränze 54, Garderobenschränke 88,
Büchertische 21, Kuchentisch 27, Schlaf-
tische 28, Kuchentische, englische
Schlafzimmer, Küchenschemel. Auch
Teilzahlung. Transport frei. Wall-
straße 81. 148/13*

Stoppdecken billigt ff. Groß
Frankfurterstraße 9, partier. 71

Hochvernehme Herrenanzüge,
Sommeranzüge, die aus feinsten
Wollstoffen gefertigt wurden, 18 bis
38,00, Herrenhosen 7—12,00 verkauft
täglich, Sonntags. Deutsches Ver-
kehrshaus, Bägerstraße 63, 1. Trepp.

Schäfte und Unterleder, speziell
Eichengerbung, Lederhandlung Kühl,
Schönberg, Bohnstraße 43. +104*

Kanarienhähne, Brannenstraße 29.

Vernostleidung! Radartikel,
reiche Auswahl. Adolf Beder,
Wühlendamm.

20 Kanarienvogel nebst He-
denzung verkauft unzugänglich
billig Kellner, Wilmannsstraße 44. 16108

Kanarienvogel, Zerstörungs-
verkauf Komolff, Kreuzbergstraße 20.

Kanarienvogel, 6,00, Naben-
straße 47 II. 142/11*

